

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



## Bis der Kopf raucht ab Seite 8

**Interview:**  
**Chancen für Bildung**

Christiane Spiel über zu frühe Schnittstellen und die Bedeutung des Kindergartens. **8**

**Schwerpunkt:**  
**Aus Rütli lernen**

Wie aus Deutschlands berüchtigter Schule ein Liebling der Bildungspolitik wurde. **16**

**Schwerpunkt:**  
**Risikofaktor Schule**

Rund 75.000 Jugendliche haben weder Job noch Ausbildung. **20**



8

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



14

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



32

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



36

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

## Schwerpunkt:

### Ständesystem Bildung

12

„Wer schon hat, bekommt noch mehr.“ Nach diesem Motto wird Bildung verteilt. Übergänge werden für viele zu Hürden.

### Der sanfte Schuleinstieg

14

Noch bevor Kinder eine Schule von innen gesehen haben, werden die Weichen für den späteren Bildungsverlauf gestellt.

### Aus Rütli lernen

16

Wie die Berliner Rütli-Schule von der berüchtigtsten Hauptschule Deutschlands zum Liebling der Bildungspolitik wurde.

### Eine Frage des Geldes?

18

Mehr als 100 Millionen Euro geben Österreichs Eltern pro Jahr für Nachhilfe aus. Auch für die Unis gibt es mittlerweile Kurse.

### Risikofaktor Schule

20

Rund 75.000 Jugendliche haben weder Job noch Ausbildung. Bei der Prävention spielen die Lehrpersonen eine zentrale Rolle.

### Anderssein als Normalität

22

Viele halten an der Sonderschule fest. Dabei würde die inklusive Schule die viel gefragten sozialen Kompetenzen besser vermitteln.

### Liebling zwischen Schein und Sein

26

International avanciert die duale Ausbildung zum Exportschlager, hierzulande streben immer weniger Junge eine Lehre an.

### Die Schule von morgen

28

Welche Lerninhalte braucht es, um Kinder und Jugendliche auf das Leben in einer ungewissen Zukunft vorzubereiten?

### Von GegnerInnen zu PartnerInnen

30

Wir haben bei den ersten AbsolventInnen der viel diskutierten Zentralmatura nachgefragt, wie es gelaufen ist.

### Matura um jeden Preis?

32

Die Reifeprüfung am Ende der Oberstufe ist der Eckpfeiler des höheren Schulsystems. Doch macht sie heute noch Sinn?

### Irinas Weg

34

Kinder aus ArbeiterInnenfamilien sind an den Universitäten eine Ausnahmeerscheinung. Nötig wäre eine Willkommenskultur.

<b>Lernen fürs Arbeitsleben</b>	<b>36</b>	<b>Standards:</b>	
Bildung dient der Mehrung des Humankapitals. Das gelingt nicht allen. Die Schule wird zum „Platzanweiser für den Arbeitsmarkt“.		<b>Standpunkt: Zum Haareraufen</b>	<b>4</b>
<b>Bildung? Ja, bitte!</b>	<b>38</b>	<b>Veranstaltung: Donauraum auf Überholspur</b>	<b>5</b>
Was die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu etwas Besonderem macht und warum Spaß dabei wichtiger ist als der Markt.		<b>Aus AK und Gewerkschaften</b>	<b>6/7</b>
<b>Lohndünger Weiterbildung</b>	<b>40</b>	<b>Historie: Das Programm</b>	<b>11</b>
Weiterbildung zahlt sich aus: Mehr Lohn für die Beschäftigten, aber auch mehr Gewinn für die Unternehmen.		<b>Zahlen, Daten, Fakten</b>	<b>24</b>
<b>Interview:</b>		<b>Neues aus der SOZAK: Bauer gegen König</b>	<b>42</b>
<b>Chancen für Bildung!</b>	<b>8</b>	<b>Frisch gebloggt</b>	<b>44</b>
Christiane Spiel über zu frühe Entscheidungen, weitergegebene Stereotype und eine gerechtere Verteilung der Mittel.		<b>Nicht zuletzt – von Gabriele Schmid</b>	<b>45</b>
		<b>Man kann nicht alles wissen</b>	<b>46</b>
		<b>Erklärungen aller grün markierten Worte.</b>	

#### [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internetfähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: [www.beetagg.com/downloadreader](http://www.beetagg.com/downloadreader)

[blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)

[twitter.com/AundW](https://twitter.com/AundW)

[www.facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://www.facebook.com/arbeit.wirtschaft)

[www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk](http://www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk)

## Weg mit den Stolpersteinen!

Redaktion intern

„Der niedrige sozioökonomische Status führt zu Benachteiligungen. Das beginnt schon vor Schuleintritt“, hält Bildungspsychologin Christiane Spiel fest (S. 8). Wir schildern die zahlreichen Steine, die jungen Menschen im Bildungssystem in den Weg gelegt werden (S. 12). Den ersten Stolperstein soll die Schuleingangsphase beseitigen (S. 14). Wir beschäftigen uns mit Hintergründen des Schulabbruchs (S. 20) und wir berichten über eine Schulform, die es eigentlich nicht mehr geben sollte (S. 22). Neugierig blicken wir ins Nachbarland Deutschland, wo aus der berühmten Rütli-Schule ein Vorzeigeprojekt wurde

(S. 16). Wir widmen uns dem großen Geschäft mit der Nachhilfe (S. 18), analysieren Probleme des Erfolgsmodells Lehre (S. 26), blicken zurück auf den ersten Durchgang der Zentralmatura (S. 30) und hinterfragen den Sinn der Reifeprüfung (S. 32). Und wir schildern Hürden für ArbeiterInnenkinder an der Uni (S. 34). Wir fragen uns, welches Wissen Schule in einer größer werdenden Welt vermitteln kann und soll (S. 28, 36). Wir erläutern Besonderheiten gewerkschaftlicher Bildung (S. 38) und schildern den ökonomischen Nutzen von Weiterbildung (S. 40). Gabriele Schmid legt in der Kolumne

„Nicht zuletzt“ einen Behandlungsplan für die Patientin Schule vor. Unsere Rubrik „Neues aus der SOZAK“ beschäftigt sich mit dem Thema Streik (S. 42). Unter „Frisch gebloggt“ lesen Sie Interessantes aus unserem ExpertInnenblog [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at). Online finden Sie uns wie gewohnt unter [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) sowie auf [www.facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://www.facebook.com/arbeit.wirtschaft) und [twitter.com/AundW](https://twitter.com/AundW). Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen ([aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)) und wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Für das Redaktionskomitee  
Sonja Fercher



Sonja Fercher  
Chefin vom Dienst

© ÖCB-Verlag/Paul Sturm

## Standpunkt

# Zum Haareraufen!

**E**s war im Sommer vor ein paar Jahren, als ich bei einer Feier einer Flüchtlingsberatung einem afrikanischen 13-Jährigen mit den Worten vorgestellt wurde: „Der geht’s gut, die war grad an einem See in Kärnten auf Urlaub.“ Ohne zu zögern fragte er: „Dem mit der Insel?“ Lachend antwortete ich: „Nein, nicht am Wörthersee“, bass erstaunt über die geografischen Kenntnisse des jungen Mannes. Es sollte nicht die einzige Überraschung bleiben, denn als Nächstes stellte er mir die eher rhetorische Frage, ob ich eigentlich wisse, wie Inseln entstehen, um es mir stolz zu erklären. Gut, dass die Insel im Wörthersee wohl anders entstanden ist als jene im Meer, von denen er sprach, darüber sollte man wohlwollend hinwegsehen. Die eigentliche Überraschung nämlich kommt erst: Der aufgeweckte junge Mann war Sonderschüler. Eine Betreuerin erzählte mir später von Lausbubenstreichen, die er sich immer wieder erlaubte. Eines Tages wurde es zu bunt, weshalb sie ein ernstes Gespräch mit ihm führen musste.

### Zu viele in falschen Schulen

Auf ihre Frage, warum er das denn tue, antwortete er keck: Weil er in einem anderem Raum an einen Computer gesetzt wird, wo er dann in Ruhe im Internet surfen kann. Es ist vielleicht unnötig, sei aber dennoch angemerkt: Er spricht fast

perfekt Deutsch. Diese Begegnung geht mir seit damals nicht mehr aus dem Kopf. Denn im Grunde ist sein Bildungsweg fast schon symbolisch für das, was im österreichischen Bildungssystem falsch läuft: Nicht nur zu viele MigrantInnen landen in Schulen, in denen sie eigentlich nichts verloren haben, vielmehr landen insgesamt zu viele Kinder in falschen Schulen.

Seit einer gefühlten Ewigkeit ist bekannt, was der größte Missstand im österreichischen Bildungssystem ist: die soziale Selektion. Ja, es ist ein Missstand, denn wie anders sollte man es nennen, wenn die Fähigkeiten einer sehr großen Zahl an Kindern und jungen Menschen schlichtweg ignoriert werden? Dass ihnen allein aufgrund des Bildungsstands und des Verdiensts ihrer Eltern nicht die ganze Bandbreite an Bildungswegen offensteht? Ebenfalls seit einer ebenso gefühlten Ewigkeit ist bekannt, was die wichtigsten Maßnahmen sind, um diesem Missstand zu begegnen: die gemeinsame Schule zumindest bis 14 Jahre und Ganztagschulen.

Ich finde es zum Haareraufen, dass nicht die Fähigkeiten, Begabungen und Interessen der Kinder darüber entscheiden, welchen Bildungsweg sie gehen. Es ist zum Haareraufen, dass die Auswahl der Schule im zarten Alter von zehn Jahren stark vorherbestimmt, welchen weiteren Bildungsweg die Kinder gehen. Ich

finde es zum Haareraufen, dass die Neue Mittelschule nicht so umgesetzt wird, wie sie sinnvoll wäre: Als gemeinsame Schule der Zehn- bis Zwölfjährigen, die endlich mit der unsinnigen sozialen Selektion Schluss macht. Ich finde es zum Haareraufen, dass man ausgerechnet in der Bildung mit Labels hantiert: Da wird einer Hauptschule das Label Neue Mittelschule verpasst, um der Form zu entsprechen, dort wird das Label Gymnasium zum Erhalt eines Statussymbols missbraucht, obwohl man damit die Selektivität des österreichischen Bildungssystems manifestiert.

### Auf dem Rücken junger Menschen

„Aber es geht doch was weiter“, war in letzter Zeit öfters zu lesen. Vieles davon geht auch durchaus in die richtige Richtung. Allerdings ist es mir absolut unverständlich, weshalb die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen nicht schon längst Standard ist. Auch das kann man nur als Missstand bezeichnen, denn damit werden die eindeutigen wissenschaftlichen Ergebnisse zahlreicher Studien seit Jahren schlichtweg ignoriert – und das auf dem Rücken von jungen Menschen, die dadurch um ihre Chancen gebracht werden und im schlimmsten Fall, wie jenem des jungen Afrikaners, versumpfen, statt gefördert zu werden. Und das ist und bleibt zum Haareraufen!

# Donauraum auf Überholspur

**Niedrige Einkommen und hohe Jugendarbeitslosigkeit prägen viele Länder im Donauraum. In Wien tauschten sich Sozialpartner bei einer internationalen Konferenz über mögliche Maßnahmen aus.**

**Die Donau verbindet** 14 Länder, 115 Millionen Menschen und einige Herausforderungen. So liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im Donauraum deutlich unter dem der EU-28. In Kroatien hat die Jugendarbeitslosigkeit dramatisch zugenommen. Um die gemeinsamen Herausforderungen und Chancen auch gemeinsam zu bewältigen bzw. zu nutzen, fand in Wien eine Sozialpartner-Konferenz für VertreterInnen von Gewerkschaften, Wirtschaftskammern und Arbeitgeberorganisationen in den Ländern entlang der Donau statt.

„Der soziale Dialog ist ein Grundfundament der Sozialpartnerschaft. Wir reden miteinander, und diese Art der Konfliktlösung muss auch auf europäischer Ebene an Bedeutung gewinnen“, sagte Erich Foglar. Wesentlich seien Löhne, von denen die Menschen anständig leben können. Der ÖGB-Präsident betonte, dass es keine „Lohn-und-Sozialdumping-Union“ geben dürfe. Zweites Grundfundament sei die duale Berufsausbildung, die Foglar als „Rückgrat der österreichischen Wirtschaft“ bezeichnete. Sie trägt wesentlich dazu bei, dass Österreich eine tradi-

tionell niedrige Jugendarbeitslosigkeit hat. Auch für Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl ist „das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ein gesamteuropäisches, und auch hier ist es eine sozialpartnerschaftliche Aufgabe, zur Lösung dieses Problems beizutragen.“ Durch verstärkte gewerkschaftliche und sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sollen die Rechte der ArbeitnehmerInnen in der gemeinsamen Region verbessert werden.

Mehr Infos unter:  
[www.dalmex.at](http://www.dalmex.at)



Bei einer internationalen Konferenz trafen in Wien VertreterInnen von Gewerkschaften, Wirtschaftskammern und Arbeitgeberorganisationen aus 14 Ländern des Donauraums zusammen.



Angeleitet von AK-Lehrlingsexpertin Lisa Sinowatz beschäftigte sich ein Workshop mit der Rolle der Sozialpartner in der Berufsausbildung in Österreich. Die duale Ausbildung beugt Jugendarbeitslosigkeit vor.



ÖGB-Präsident Foglar nahm zur aktuellen Lage Stellung: „Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht und haben nur ein Ziel: In Europa einen Ort zu finden, an dem sie in Frieden und Freiheit leben können.“



„Wenn Verkehrsnetze ausgebaut, Forschung und Innovation gefördert und der Zugang zu neuen Technologien verbessert werden, kann der Donauraum aufholen“, erklärte Bundespräsident Heinz Fischer.

## IMPRESSUM

**Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,  
Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Sonja Fercher (CvD),  
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.

**E-Mail:** sonja.adler@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Bettina Eichhorn, Philipp Starlinger,  
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0  
**E-Mail:** aboservice@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee:**

Bernhard Achitz, Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi  
Buxbaum, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Elisabeth  
Glantschnig, Angelika Gruber, Richard Halwax, Melissa Huber,  
Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer, Sylvia Kuba,  
Barbara Lavaud, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Markus  
Marterbauer, Martin Müller, Klaus Mulley, Ruth Naderer, Brigitte  
Pellar, Charlotte Reiff, Philipp Schnell, Georg Sever, Josef  
Thoman, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin  
Zimmermann, Josef Zuckerstätter

**Redaktionsmitglieder:**

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),  
Walter Schauer (Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Beatrix Beneder, Sonja Bettel,  
Katja Dämmrich, John Evers, Ingolf Erler, Astrid Fadler, Sophia  
Fielhauer-Resei, Kurt Kremzar, Sabine Letz, Michael Mazohl,  
Maja Nizamov, Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Christian Resei,  
Alexandra Rotter, Reinhold Russinger, Gabriele Schmid, Lisa  
Sinowatz, Irene Steindl, Petra Völkerer

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße  
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744  
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@  
oegbverlag.at, Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten  
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,  
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

[www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung](http://www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung)

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede Autorin trägt  
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

**EGB:**

## Wirtschaftswachstum in EU ankurbeln!

**Generalsekretär Visentini zur Herbstprognose: Kosten für Flüchtlinge sind ein zusätzlicher Grund, warum wir mehr Nachfrage brauchen.**

„Die Europäische Kommission muss Lohnerhöhungen aktiver fördern, um die Nachfrage anzukurbeln und Investitionen zu sichern“, kommentierte Luca Visentini die jüngst präsentierte EU-Herbstprognose, die niedriges Wachstum in Kombination mit hoher Arbeitslosigkeit prognostiziert. Der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB/ETUC) sagte weiter: „Ich bin erstaunt, dass Kommissar Pierre Moscovici den **Juncker-Investitionsplan** nicht einmal erwähnt hat – offenbar erwartet er sich davon nicht allzu viel.“

Der EGB begrüßt die Zahlen der Kommission, wonach die Flüchtlinge einen zwar geringen, aber positiven Einfluss auf die europäische Wirtschaft haben würden. „Die Notwendigkeit, Flüchtlinge unterzubringen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren, ist ein weiterer Grund, warum

die EU die Nachfrage ankurbeln und Investitionen fördern muss.“ Der EGB ist besorgt, dass die Kommission Arbeitsmarkt- und Strukturreformen verlangt, während sie gleichzeitig hofft, dass höhere Einkommen die Nachfrage erhöhen würden. Ein klarer Widerspruch, da die Reformen das Gegenteil bewirken würden, nämlich die Einkommen der Menschen niedrig zu halten.

Schlechte Nachrichten gab es für Österreich: Es wird bei der Arbeitslosigkeit im EU-Vergleich deutlich zurückfallen. Für 2016 lautet die Prognose der EU-Kommission 6,1 Prozent, das ist nur mehr Rang sieben. Noch vor zwei Jahren hatte Österreich die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU.

Mehr Infos unter:

[www.etuc.org](http://www.etuc.org)

**PRO-GE:**

## Her mit der Freifahrt für Lehrlinge!

**Die Hälfte aller Lehrlinge muss ihre Fahrtkosten selbst bezahlen. Mit einer neuen Kampagne kämpft die PRO-GE-Jugend dafür, dass das ein Ende hat.**

Das **Berufsschulinternat** ist Hunderte Kilometer von zu Hause entfernt und der Lehrling muss für die An- und Abreise selbst aufkommen? „Kann passieren“, sagt PRO-GE-Bundesjugendvorsitzender Sascha Ernsts. „Weil sich heutzutage die Berufsschulen auf bestimmte Berufe spezialisieren, kommt es immer häufiger vor, dass du mehrere Bundesländer durchqueren musst, um zu deiner Schule zu kommen. Wenn zum Beispiel ein junger Mann aus Landeck in Tirol Papiertechniker werden will, muss er dafür pro Lehrjahr nicht nur zehn Wochen Internat und eine Anfahrt von über 300 Kilometern in Kauf nehmen, sondern auch noch für die An- und Abreise selbst aufkommen.“

Damit Lehrlinge nicht mehr auf ihren Fahrtkosten sitzen bleiben, startete die PRO-GE-Jugend die Kampagne „We are

looking for a Freifahrt“. Um möglichst viele Lehrlinge zu erreichen, informieren die jungen GewerkschafterInnen vor Berufsschulen und in Betrieben über diesen untragbaren Zustand. „Mithilfe eines Fragebogens erheben wir, wie oft Lehrlinge zwischen Wohnort und Berufsschulinternat hin- und herfahren und was sie das Ganze kostet“, erklärt Bundesjugendsekretär Thomas Klösch. „Mit unserem Fahrtkostenrechner sehen die Lehrlinge sofort, wie viel sie pro Jahr für die Fahrt zur Berufsschule und zurück ausgeben. Dann ist es nicht mehr schwer, sie von unserer Forderung nach voller Erstattung der Fahrtkosten zu überzeugen.“ Für alle, die den Fragebogen ausfüllen, gibt es tolle Preise zu gewinnen.

Mehr Infos unter:

[tinyurl.com/odlxqw5](http://tinyurl.com/odlxqw5)

vida:

## Mehr Fairness im grenzüberschreitenden Verkehr

**Europäische Initiative sagt Geschäftspraktiken, die zu Sozial- und Lohndumping führen, den Kampf an. Unterstützen Sie die Forderungen mit Ihrer Unterschrift!**

**Europäische BürgerInnen**, TransportarbeiterInnen und Gewerkschaftsmitglieder haben die europäische BürgerInnen-Initiative „Fair Transport Europe“ gestartet. Sie rufen die Europäische Kommission auf, die in den Verkehrsbranchen Beschäftigten bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen europaweit gleich und somit fair zu behandeln, und zwar ungeachtet des Herkunftslandes. Mindestens eine Million Unterschriften wollen die Verkehrsgewerkschaften für faire Bedingungen im Transportbereich sammeln.

Damit sich die europäischen Behörden mit der **BürgerInnen-Initiative** auseinandersetzen müssen, ist es nötig, bis zum 14. September 2016 in der gesamten EU zumindest eine Million Unterstützungserklärungen von EU-BürgerInnen zu sammeln.

Wer die Anliegen der Verkehrsbeschäftigten unterstützen will, kann das ab sofort online auf <http://sign.fairtransport-europe.eu/> tun. Für den Eintrag wird die Nummer des Reisepasses oder des Personalausweises benötigt.

In Österreich wird die BürgerInnen-Initiative und Kampagne von der Gewerkschaft vida unterstützt, europaweit von der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF). Die ETF repräsentiert über 3,5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder aus den Verkehrssektoren von über 40 europäischen Ländern, davon über 200.000 in Österreich in Bahn, Straße, Luft- und Schifffahrt. Der Verkehr ist vitaler Bestandteil der europäischen Volkswirtschaft. Der Transportsektor erzeugt nahezu fünf Prozent des europäischen Brutto-

inlandsprodukts (BIP) und zählt mehr als 11 Millionen direkt Beschäftigte. Das entspricht fünf Prozent aller ArbeitnehmerInnen in der EU.

„Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten geraten immer mehr unter Druck“, kritisiert der Vorsitzende des vida-Fachbereichs Eisenbahn, Roman Hebenstreit, der österreichisches Mitglied im Vorstand der Europäischen Transportarbeiter-Föderation ist. „Die Qualität von Verkehrsdienstleistungen sowie die Sicherheit von Passagieren, Beschäftigten und Waren muss unter fairen Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen aufrechterhalten werden. Das wollen wir mit unserer Bürgerinitiative erreichen“, so Hebenstreit.

Mehr Infos unter:

[www.fairtransporteurope.eu](http://www.fairtransporteurope.eu)

## Rechte Politik in Europa oder Gefahr von rechts außen?

**Podiumsdiskussion am 3. Dezember zum Thema:**

**„Was kann jeder und jede Einzelne gegen rechtsextreme Tendenzen unternehmen?“**

Rechtsextreme Tendenzen sind in Europa derzeit wieder im Aufwind. Sie verändern das gesellschaftliche Klima und forcieren Tendenzen, gegen die Gewerkschaften massiv auftreten müssen. In einer gemeinsamen Veranstaltung der AK Wien und der IG Metall wird die Zukunft des Rechtsextremismus in Europa thematisiert und analysiert: Welche Auswirkungen haben rechtsextreme Entwicklungen auf das politische System und im Speziellen auf ArbeitnehmerInnen? Wie erkenne ich Rechtsextremismus im Betrieb und welche Handlungsmöglichkeiten gibt es, sich dagegen zu wehren? Was kann jede/r Einzelne gegen rechtsextreme Tendenzen unternehmen?

**Begrüßung:** Erich Foglar (ÖGB-Präsident), Rudi Kaske (AK-Präsident)

**Es diskutieren:**

Anton Pelinka (Politikwissenschaftler, Professor an der Budapester Central European University)

Willi Mernyi (Vorsitzender des Mauthausen Komitees)

Doron Rabinovici (Schriftsteller und Historiker)

Wolfgang Lemb (gf. Vorstandsmitglied der IG Metall)

Moderation: Christa Zöchling (Journalistin der Wochenzeitung „Profil“)

**Donnerstag, 3. Dezember 2015, 19 Uhr, AK-Bildungszentrum, Großer Saal, Theresianumgasse 16 – 18, 1040 Wien**

**Eintritt frei!**

**Anmeldung:** [sozak@akwien.at](mailto:sozak@akwien.at)

**Livestream unter:** [www.ichwardabei.at](http://www.ichwardabei.at)



# Chancen für Bildung!

*Bildungspsychologin Christiane Spiel über zu frühe Entscheidungen, weitergegebene Stereotypen und darüber, warum manche Schulen mehr Geld bekommen sollten.*

## ZUR PERSON

### Christiane Spiel



Christiane Spiel begann ihre Berufslaufbahn als Gymnasiallehrerin für Mathematik und Geschichte. Danach studierte sie Psychologie an der Universität Wien und war als Wissenschaftlerin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin und an der Universität Graz tätig. Sie hat die Bildungspsychologie als wissenschaftliche Disziplin begründet und ein Strukturmodell konzipiert, das die Bildungskarriere und lebenslanges Lernen ins Zentrum stellt. Sie ist unter anderem Mitglied der **Zukunftskommission für das Österreichische Schulwesen** und des **Entwicklungsrats für die PädagogInnenbildung NEU** in Österreich.

**Arbeit&Wirtschaft:** *Es heißt immer, Bildung ist eine Chance und deshalb müssen wir mehr für unsere Bildung tun. Stimmt das?*

**Christiane Spiel:** Studien zeigen eindeutig über sehr viele Länder hinweg: Je höher die Bildung ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass jemand ein höheres Einkommen hat, dass jemand gesünder ist und länger lebt. Natürlich hängt das auch davon ab, in welche Berufssparten man geht, weil das Einkommen, die Chancen am Arbeitsmarkt und die Aufstiegschancen sehr unterschiedlich sein können. Aber in Summe kann man das sehr wohl so sagen. Krankheiten wie Alzheimer treten zum Beispiel bei Personen mit höherer Bildung im Mittel um bis zu fünf Jahre später auf. Das hat damit zu tun, dass eine höhere Bildung meist auch bedeutet, mehr über einen

gesunden Lebensstil zu wissen, mehr Bewegung zu machen, eher zum Arzt zu gehen, den passenden Arzt zu wählen und so weiter.

**Bildung wirkt sich also auf das ganze Leben aus?**

Ja, und es ist vor allem so, dass die Personen, die von Anfang an gerne und viel gelernt haben, das ihr Leben lang aufrechterhalten. Damit ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass es ihnen gut geht, dass sie gesund sind, dass sie sich selbst versorgen können und dass sie mehr Interessen haben. Denn plötzlich zu sagen „So, und jetzt fange ich an zu lernen“, wenn man es in früheren Jahren nicht getan hat – das fällt sehr schwer.

**Seit Jahren spricht man vom „lebenslangen Lernen“. Manche sagen, das klingt ein bisschen wie „Lebenslanglich“ beim Gefängnis.**

Lebenslanges Lernen als bedrohlich zu empfinden, basiert auf einem Missverständnis. Denn das heißt ja nicht, dass ich ununterbrochen lerne. Es heißt nur, dass ich offen bin für Neues, dass ich es interessant finde, neue Dinge zu lernen und zu erfahren. Es geht darum, dass ich Gelegenheiten zum Lernen aufgreife und es nicht als Bedrohung sehe, wenn ich mich im Beruf weiterbilden soll. Weiterbildung schafft mir ja mehr Optionen, zum Beispiel für einen Aufstieg.

Wenn ich mich während meiner Berufstätigkeit öfter weiterbilde, werde ich das nach der Pensionierung auch eher beibehalten. Wenn wir uns die Alterspsy-

ramide anschauen, wird das immer notwendiger werden, weil immer mehr Menschen älter werden, und es immer weniger Junge gibt, die die Älteren erhalten können. Eine höhere Bildung, ein Interesse an Neuem, erhöht auch die Wahrscheinlichkeit, dass ich mich gut selbst organisieren und selbst erhalten kann. Weiterbildung im hohen Alter hat noch etwas Positives: Sie schafft die Basis für soziale Beziehungen. Je älter ich werde, desto mehr steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen, mit denen ich Kontakt hatte, sterben. Das bedeutet, dass ich vereinsame. Wenn ich in die Volkshochschule gehe, einen Sprachkurs mache oder Reisen unternehme, dann lerne ich dort Menschen kennen, die gleiche Interessen haben. Damit habe ich die Möglichkeit, auf Basis dieser gemeinsamen Interessen neue soziale Beziehungen einzugehen.

**Viele Menschen haben Angst, dass sie sich mit steigendem Alter nichts mehr merken.**

Die gute Nachricht ist, und das belegt die Forschung: Lernen ist in jedem Lebensalter möglich. Natürlich ist es so, dass gewisse Dinge im Alter schwerer gehen, aber nicht alles. Wichtig ist dabei die Basis, das heißt, dass ich bereits in jungen Jahren neugierig auf Neues bin und mir das erhalte. Eigentlich sollte die Schule den Grundstein dafür legen und auch vermitteln, wie man lernt.

Lernen ist ja ein Prozess: Ich überlege mir, was ich lernen möchte und welche Ziele ich mir setze. Ich brauche das Selbstvertrauen, dass ich es schaffen

**Vor allem der niedrige sozioökonomische Status führt zu Benachteiligungen in der Schule, hält Bildungspsychologin Christiane Spiel fest.**



werde. Und ich brauche Lernstrategien: Wie teile ich mir die Zeit ein, brauche ich jemanden als Unterstützung, brauche ich Materialien dazu und so weiter. Und zum Schluss reflektiere ich, wie der Lernprozess gelaufen ist und was ich daraus für das nächste Mal lernen kann.

Es kommt noch etwas dazu in höherem Alter: Wir haben zwei grobe Bereiche der Kognition. Der eine hat zu tun mit dem Arbeitsgedächtnis und der Konzentrationsfähigkeit, wir nennen das die Mechanik. Da haben wir schon relativ früh eine Abnahme, die beginnt schon um das Alter von 20 Jahren. Der zweite Bereich, die Pragmatik, ist das erworbene Wissen, das ich weiter aufbauen und vernetzen kann. Das Schöne ist, da sind die älteren Personen besser, weil die jungen noch nicht so viele Wissensbestände haben. Über etwas drüber schauen, etwas Größeres organisieren und vieles dabei im Blick zu haben, das ist etwas, was wir bis ins hohe Alter relativ gut aufrechterhalten können. Wir sollten deshalb nicht nur auf die Verluste achten, sondern auf das, was wir gut können. Dann macht das Lernen mehr Freude.

***Wenn man über Chancen durch Bildung spricht, muss man auch schauen, ob man überhaupt die Chance zur Bildung hat. Da steht ja Österreich nicht so gut da. Wo liegen da die Probleme?***

Die Statistiken zeigen, dass in erster Linie niedriger sozioökonomischer Status zu Benachteiligungen führt. Das zeigt sich auf unterschiedlichen Ebenen. Es beginnt schon vor Schuleintritt, weil

Kinder aus solchen Haushalten oft weniger gefördert werden, sodass der Start in der Schule schwerfällt. Das heißt, man sollte zu dem einen verpflichtenden Kindergartenjahr und dem Sprachscreening am besten ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr einführen und auch ein breiteres Entwicklungsscreening machen. Denn es geht nicht nur um Sprache, sondern auch um Instruktionsverständnis, Empathie, Regelverständnis, Umgang mit Rückmeldungen oder auch Frustrationstoleranz, also ob ein Kind, wenn etwas nicht klappt, gleich verzweifelt.

Eine weitere schwierige Situation ist der Übergang von der Volksschule in die weiterführende Schule. Die Volksschullehrerin bzw. der Volksschullehrer ist die Person, die mit ihrer Benotung die Entscheidung über den Zugang zum Gymnasium trifft. Von höher gebildeten Eltern wird oft Druck ausgeübt, dass ihr Kind unbedingt ins Gymnasium gehen muss. Nicht jede Lehrerin, jeder Lehrer kann diesem Druck standhalten – und gibt dann bessere Noten, als gerechtfertigt wäre. Die Übergangentscheidung hängt nur zu 30 Prozent mit den Leistungen der Kinder zusammen und zu 70 Prozent mit dem Wunsch der Eltern.

Diese frühe Entscheidung für einen Schultyp bedingt dann spätere Entscheidungen. Nach der 8. Schulstufe besuchen viel mehr Kinder, die schon in der Unterstufe im Gymnasium waren, eine Schule, die zur Matura führt, als Kinder, die aus der Neuen Mittelschule kommen. Auch das Milieu in einer Schule spielt eine große Rolle. Bei

den neuesten Analysen der Standarderhebungen – das sind die ersten Erhebungen in Österreich, an denen alle Kinder teilnehmen – zeigt sich ganz stark, dass nicht nur der eigene sozioökonomische Hintergrund oder ein Migrationshintergrund eine Rolle spielt, sondern auch, wie eine Klasse zusammengesetzt ist. Wenn in einer Klasse viele Kinder sind, die ebenfalls keine gute Ausgangssituation haben, steigt das Risiko für das individuelle Kind deutlich an, die geforderten Leistungen nicht zu erbringen.

***Wie könnte man das vermeiden?***

Im nächsten **Nationalen Bildungsbericht**, dessen Mitherausgeberin ich bin, gibt es ein eigenes Kapitel dazu. Danach sollten alle Klassen hinsichtlich des sozioökonomischen und des Migrationshintergrundes der Kinder eine Mischung aufweisen. Davon profitieren alle, da dann auch der Konkurrenzdruck nicht so groß ist. Hilfreich wäre ein Sozialindex, das heißt, dass die Schulen nicht pro Kind einen bestimmten Betrag bekommen, sondern auf den sozioökonomischen Status und den Migrationshintergrund Rücksicht genommen wird, und Schulen, die hier höhere Anteile haben, auch mehr Geld bekommen.

Die Schulen bräuchten auch mehr Autonomie, damit sie das Geld je nach Bedarf für zusätzliche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder mehr Sprachlehrer und Sprachlehrerinnen oder kleinere Gruppen einsetzen können. Wien ist da übrigens am meisten benachteiligt, weil immer mehr Men-

## BUCHTIPP

Christiane Spiel:  
„Schule: Lernen  
fürs Leben?!“

Galila Verlag, 2015,  
224 Seiten, € 21,90  
ISBN: 978-3-902533-66-1



Bestellung:  
[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

schen in die Städte ziehen und deshalb in Wien fast alle Klassen die Höchstzahl an Schülerinnen und Schülern haben und gleichzeitig den höchsten Anteil an Migrantinnen und Migranten.

***Hat die unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen auch etwas mit dem Bildungssystem zu tun?***

Geschlechtsstereotype, also die Zuschreibung von bestimmten Eigenschaften und Verhaltensweisen zu Buben und Männern oder Mädchen und Frauen und die Erwartung, dass sich diese auch so verhalten, sind in unserer Gesellschaft stark verankert. Es wird zum Beispiel angenommen, dass Mädchen eher fleißig sind, aber für gewisse Fächer nicht so begabt, während es heißt, Knaben seien faul, in gewissen Fächern aber begabter. Wenn diese Stereotype immer wieder transportiert werden, führt das dazu, dass sie von den Mädchen und Buben angenommen werden. Das führt dazu, dass die Mädchen meistens bessere Noten haben und „braver“ sind. Auch das gehört zum weiblichen Stereotyp. Als Konsequenz schließen die Mädchen häufiger die Schule positiv ab.

Es gibt viel mehr Knaben, die die Pflichtschule nicht positiv abschließen, dann keinen Lehrplatz finden und arbeitslos sind als junge Frauen. Das hat mit dem männlichen Stereotyp zu tun, denn ein Streber zu sein ist ein Schimpfwort für einen Knaben in der Pubertät. Es ist viel cooler zu sagen, die Schule ist furchtbar, ich lehne sie ab und lerne nichts. Aber dann besteht die Gefahr, arbeitslos zu werden.

Mädchen haben wieder den Nachteil, dass man sie mit gewissen Berufen und Fächern verbindet, die meist weni-

ger anerkannt sind, und das bedeutet meist weniger Einkommen. Nach wie vor wählen Mädchen zu einem hohen Prozentsatz als Lehrberuf Friseurin und Knaben eine technische Lehre. Eine Friseurin verdient viel weniger als jemand in einem technischen Bereich. Eine aktuelle Studie, die wir gemacht haben, hat außerdem gezeigt: Lehrerinnen und Lehrer würden den begabtesten Mädchen empfehlen, Lehrerin zu werden, während sie den begabtesten Knaben empfehlen würden, Techniker zu werden. Techniker verdienen auch mehr als Lehrerinnen.

***Machen Lehrerinnen und Lehrer das absichtlich, dass sie Buben und Mädchen anders behandeln?***

Nein, überhaupt nicht. Ein großer Teil der Menschen ist sich der Geschlechtsstereotype überhaupt nicht bewusst. Kindern wird auch nach wie vor häufiger ein Spielzeug gekauft, das geschlechtsstereotyp ist: Mädchen bekommen Barbiepuppen, die Knaben Autos. Die Kinder spielen dann natürlich auch eher mit den geschlechtsstereotypen Spielsachen und Eltern spielen mit ihren Kindern auch häufiger mit diesen Spielsachen als mit anderen. Die Kinder freuen sich, wenn die Eltern mit ihnen spielen, daher wird das noch verstärkt. Je älter die Kinder werden, desto mehr verhalten sie sich so, wie die Stereotype es vorhersagen. Damit schließt sich der Kreis.

***Was müsste getan werden, um Chancengleichheit zu schaffen?***

Das Wichtigste ist der Elementarbereich, denn je früher ich Benachteiligungen ausgleiche, desto weniger Probleme gibt es nachher, und desto weniger Geld muss ich in Relation in die Hand nehmen. Das spart auch Frustrationen, denn wenn man über eine längere Schulkarriere ständig Misserfolgserlebnisse hat, wird man frustriert. Es gibt viele Studien, die klar zeigen, dass der Besuch eines Kindergartens mit hoher Qualität dazu führt, dass die Personen später mehr verdienen, es weniger **Delinquenz** gibt und so weiter. Der zweite Schritt ist, dass man die Einrichtungen

nicht im Gießkannenprinzip mit Finanzen versorgt, sondern in Abhängigkeit von der Zusammensetzung ihrer Schülerschaft. Das gilt für alle Bildungsinstitutionen.

Wichtig ist auch, dass die Autonomie der Bildungseinrichtungen erhöht wird, damit man schnell und standortspezifisch Maßnahmen setzen kann, um die Kinder bestmöglich zu unterstützen. Man muss auch viel mehr auf Vielfalt achten, auf die Vermeidung von Stereotypen. Das wird mit der neuen Ausbildung für Pädagoginnen und Pädagogen versucht, die jetzt begonnen hat. Aber bis das wirkt, dauert es viele Jahre. Deshalb muss man sofort auch andere Maßnahmen setzen.

Ein ganz kritischer Punkt sind die frühen Schnittstellen im Bildungssystem. Über die muss man sehr gut nachdenken. Ich persönlich bin für die Gesamtschule, aber sie muss gut sein, denn wenn man nur das Schild austauscht und sonst nichts ändert, bringt es nichts. Man muss das sehr gut vorbereiten. Die Schule müsste innen differenziert sein, damit man individuell fördern kann und natürlich auch die fördern kann, die in manchen Bereichen sehr begabt sind. Es geht ja nicht nur darum, Benachteiligungen auszugleichen, sondern darum, jedes einzelne Kind nach seinen Möglichkeiten und Potenzialen zu fördern.

Wir sollten außerdem über ein Bildungsminimum nachdenken, damit jeder Bürger, jede Bürgerin die Möglichkeit hat, sich selbst wirtschaftlich zu erhalten und am kulturellen und politischen Leben teilzunehmen. Die Schulbildung sollte nicht enden, wenn jemand 15 Jahre alt geworden ist, sondern wenn er oder sie das Bildungsminimum erreicht hat. Dafür bräuchte es eine grundlegende Änderung.

***Wir danken Ihnen für das Gespräch.***

***Das Interview führte Sonja Bettel für Arbeit&Wirtschaft.***

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Das Programm

*1996 beschlossen ÖGB und Bundesarbeitskammer ein gemeinsames Bildungsprogramm. Damit legten sie die Basis für notwendige neue Entwicklungen.*

1996 feierte die zentrale Bildungsorganisation des ÖGB ihr 50-jähriges Bestehen. Als Schlussfolgerung aus dem Rückblick auf diese 50 Jahre schrieb Wolfgang Greif, damals pädagogischer Mitarbeiter des Bildungsreferats:

*Da ist ... als Moment zu sehen, dass sich GewerkschaftsfunktionärInnen und BelegschaftsvertreterInnen ... zunehmend der Legitimationsdiskussion stellen müssen. ... Gewerkschaftliche Bildungsarbeit muss hier gemeinsam mit den Belegschaftsvertretungen Modelle entwickeln, wie auch ArbeitnehmerInnen eines „modernen“ Typs die Notwendigkeit der Organisation ihrer Interessen deutlich gemacht werden kann. Strukturell kann diese Herausforderung wohl nur durch eine Konzentration der Kräfte innerhalb des Organisationsgeflechts arbeitnehmerorientierter Bildungsarbeit bewältigt werden. Denn auch der Kernbereich gewerkschaftlicher Erwachsenenbildung präsentiert sich heute als ein breitgefächertes System unterschiedlicher Bildungsträger und Einrichtungen. Dieses System umfasst die traditionellen Bereiche der Gewerkschaftsbildung als Kern der Organisationsarbeit ebenso wie hochqualifizierte Spezialausbildungen in der Funktionsausbildung. Für die Weiterentwicklung dieses Systems ist es unabdingbar, dass ÖGB, Gewerkschaften und die Kammern für Arbeiter und Angestellte ihre Kooperation aufrecht erhalten und weiter intensivieren.*

Von solchen Überlegungen ausgehend, setzten sich 1995 Bildungsverantwortliche und BildungsexpertInnen aus ÖGB und AK in einer Arbeitsgruppe zusammen, um den Koordinationsbedarf festzustellen und die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen. Das Ergebnis der Diskussionen war ein gemeinsames Programm, das im Mai 1996 die Zustimmung des Vorstands der Bundesarbeitskammer und im Juni 1996 die Zustimmung des ÖGB-Präsidiums erhielt. Es handelte sich um ein sehr nüchternes Organisationskonzept, das völlig auf „blumige“ Formulierungen verzichtete, aber vielleicht gerade deshalb den Anstoß zu Veränderungen gab. Als „Kriterien für die Durchführung des Programms“ wurden unter anderem folgende Richtlinien festgelegt:

- » **Prinzip der Programmstruktur: Aufsteigende Kursteilnahme – keine Teilnahme an Spitzen- und Spezialkursen, wenn die Grund- und Aufbaustufen nicht absolviert sind. ...**
- » **Berücksichtigung der speziellen Situation der Teilnehmer (wie Freistellung, Verdienstentgang, Betriebsart, Geschlecht, Alter, regionale Besonderheiten, Vorbildung).**
- » **Mehr Zeitflexibilität bei den Kursformen (Rücksichtnahme auf das Zeitbudget und atypische Arbeitszeiten ...).**
- » **Bessere Verknüpfung zwischen den Bildungsbedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe und den Bildungszielen der „Anbieter“ (mehr Qualifizierungsangebote; ständige Verbindung von Qualifikation und politischer Bildung; ...).**



**Die Bildungsk Kooperation von ÖGB und AK war immer eng, ein Beispiel ist die Informationskampagne zum Arbeitsverfassungsgesetz 1974. Mit dem AK-Gesetz 1992 erhielt sie dann eine gesetzliche Grundlage – auch das war ein Motiv für das Ausarbeiten des gemeinsamen Bildungsprogramms.**

Bildungsmanagement ist ein lebendiger Prozess. Manche der Projekte des Programms bestanden den Praxistest nicht oder mussten unter neuen Rahmenbedingungen neu konzipiert werden, andere dagegen wirken bis ins 21. Jahrhundert. So sind zum Beispiel die ÖGB-AK-Bildungsforen in den Bundesländern aus den 1996 angeregten „ÖGB-AK-Ausschüssen für gewerkschaftliche Bildungsarbeit“ hervorgegangen.

Ausgewählt und kommentiert  
von Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at

# Ständesystem Bildung

*Nach dem Motto „Wer schon hat, bekommt noch mehr“ wird Bildung in Österreich verteilt. Die größte Hürde sind Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen.*

Sonja Fercher

*Chefin vom Dienst der Arbeit&Wirtschaft*

**A**lexandra lebt am Land und besucht die örtliche Hauptschule. Sie hat nicht die gleichen Bildungschancen wie andere Kinder! Mit diesen Worten steigt eine neue Homepage in die zentrale Herausforderung der österreichischen Bildungspolitik ein: die Vererbung von Bildung.

Unter [www.gerechtebildung.jetzt](http://www.gerechtebildung.jetzt) kann man für ein Kind verschiedene Kriterien auswählen und sich ansehen, welchen Bildungsweg es am wahrscheinlichsten einschlagen wird – je nachdem, ob es ein Mädchen oder ein Bub ist, ob es am Land oder in der Stadt wohnt, nicht zu vergessen: welchen Bildungsabschluss die Eltern haben und welche Sprache die Familie im Alltag spricht. Außerdem kann man ein zweites Kind ergänzen und somit Bildungswege vergleichen.

## Die andere Herkunft

Nennen wir das zweite Kind Franz. Er lebt ebenfalls am dünn besiedelten Land und hat Eltern, die PflichtschulabsolventInnen sind. Das Ergebnis: Beide werden mit hoher Wahrscheinlichkeit nach der Volksschule eine Hauptschule besuchen (mehr als 80 Prozent). Fast gar nichts ändert sich, wenn man die Alltagssprache von Alexandra und Franz auf „Nicht Deutsch“ ändert. Beide Kinder werden ebenso wie ihre im Alltag Deutsch sprechenden Schulkolleginnen mit großer Wahrscheinlichkeit ins Poly gehen, an eine Berufsbildende Höhere (BHS) oder Mittlere Schule (BMS).

Völlig anders sieht es hingegen aus, wenn die Eltern ein Studium absolviert haben: In diesem Fall gehen Alexandra und Franz sehr wahrscheinlich auf eine AHS (39 und 31 Prozent) oder eine BHS (12 bzw. 18 Prozent). Die vom Jahoda-Bauer-Institut, dem BIFIE und dem Bildungsministerium geförderte Homepage illustriert damit ein Problem, unter dem das österreichische Bildungssystem leidet: Der Bildungshintergrund und die sozioökonomische Herkunft der Eltern entscheiden darüber, welche Bildungswege die Kinder einschlagen werden – und nicht die ethnische Herkunft, wie es RechtspopulistenInnen gerne propagieren. Der Nationale Bildungsbericht aus dem Jahr 2012 formuliert deutlich: „Die soziale Herkunft ist die zentrale Ungleichheitsdimension. Sie wirkt sich durchgehend in der Bildungslaufbahn auf den Kompetenzerwerb und den Schulbesuch aus.“

Auch eine andere Herkunft bestimmt über den Bildungsweg der Kinder: Die schulische Herkunft nämlich, und zwar noch dazu sehr früh. „Die wahrscheinlich wichtigste Entscheidung in der Bildungskarriere eines Kindes, die Wahl zwischen Hauptschule bzw. Neue Mittelschule und AHS, muss in Österreich bereits mit 10 Jahren getroffen werden – hauptsächlich bestimmen das die Eltern. Ist ein Bildungsweg einmal eingeschlagen, wird dieser, unabhängig von der Schulleistung, meist weiterverfolgt“, heißt es etwa auf [www.gerechtebildung.jetzt](http://www.gerechtebildung.jetzt). Außerdem hat diese frühe Entscheidung Einfluss auf die Leistungen der Kinder selbst. Vergleiche mit anderen Ländern zeigen, so der Nationale

Bildungsbericht, dass beispielsweise die Leseleistung der Kinder in jenen Ländern weniger vom sozioökonomischen Status der Eltern abhängt, wo die „Erstselektion“ erst mit 16 Jahren stattfindet.

Mittlerweile setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass der Grundstein für Ungleichheiten bereits im Kindergarten gelegt wird. Der Ausbau der Kindergartenplätze in den vergangenen Jahren zeigt, dass der Besuch des Kindergartens für die Kinder positive Effekte hat. Allerdings besteht weiterer Handlungsbedarf, immerhin stellt der Nationale Bildungsbericht auch fest, dass es der Einrichtung nicht gelingt, Kinder aus sozial benachteiligten Familien stärker zu fördern.

## Stärke des Systems

Viel wurde unternommen, um Chancengleichheit im Bildungssystem zu erreichen. Nicht zuletzt die Berufsbildenden Schulen ermöglichten und ermöglichen vielen Kindern aus sogenannten bildungsfernen Schichten den Zugang zur Universität. Immerhin bieten sie beides: Die Möglichkeit, ein Studium zu beginnen, sowie den direkten Einstieg in den Beruf nach der Matura. Letzterer kann für sozial schwächere Eltern deshalb von Bedeutung sein, weil sie ihre Kinder nicht mehr mit ihren ohnehin bescheidenen finanziellen Ressourcen weitertragen müssen. Im Nationalen Bildungsbericht ist vor diesem Hintergrund davon die Rede, dass die Berufsbildenden Schulen „die Stärke des österreichischen Schulsystems“ sind, da ihnen „eine Reduktion der Chancengleichheiten nach sozialer



**Die Bildungsreform lässt die Köpfe rauchen. Vor allem die Gesamtschule würde für Gerechtigkeit sorgen. Diese aber lässt auf sich warten.**

Herkunft“ gelingt. Einzige Einschränkung: An den Berufsschulen bleiben Kinder mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert.

## Die gerechtere Gesamtschule

Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass die gemeinsame Schule bis 14 Jahre Ungleichheiten am besten entgegenwirkt. Deshalb ist die wohl wichtigste Maßnahme der vergangenen Jahre die im Jahr 2012 erfolgte Einführung der sogenannten Neuen Mittelschule (NMS). Die ersten Erfahrungen in Österreich zeigen bereits die positiven Auswirkungen dieser Schulform: Im Vergleich zu den Hauptschulen wechseln mehr Neue MittelschülerInnen in die AHS als HauptschülerInnen. Auch ermöglicht sie mehr Kindern mit Migrationshintergrund den Sprung in eine Schulstufe, die zur Matura führt. Allerdings ist es weiterhin so, dass acht von zehn MaturantInnen die AHS-Unterstufe besucht haben.

Die sozioökonomische Herkunft sowie der Bildungshintergrund der Eltern beeinflussen auch, wie gut SchülerInnen die in der Schule vermittelten Inhalte erlernen. In der vierten Schulstufe zeigen Kinder von bildungsfernen Eltern laut Nationalem Bildungsbericht deutlich schlechtere Leistungen: Ganze zwei Jahre macht der Rückstand aus, den sie im Vergleich zu den Kindern von MaturantInnen haben.

Spielt der Migrationshintergrund also gar keine Rolle? Zumindest nach der Volksschule hat er keinen Einfluss darauf, in welchen Schultyp die Eltern ihr Kind schicken. Dies ändert sich jedoch

im Alter von rund 14 Jahren: Kinder mit nicht deutscher Umgangssprache schaffen den Sprung von der Haupt- in eine höhere Schule deutlich seltener als ihre KollegInnen, die nur Deutsch sprechen, in Zahlen: 29 und 42 Prozent. Wie bereits erwähnt zeigt die Neue Mittelschule hier bereits eine kompensierende Wirkung.

Haben Kinder aus sozioökonomisch schwächergestellten Familien es einmal bis zur Matura geschafft, wartet die nächste Hürde auf sie: der Unizugang, der in den vergangenen Jahren deutlich eingeschränkt worden ist. Grundsätzlich haben der freie Hochschulzugang sowie die steigenden Studierendenzahlen viel dazu beigetragen, die soziale Mobilität in der österreichischen Gesellschaft zu erhöhen. Heute kommen drei Viertel der österreichischen Studierenden aus bildungsfernen Schichten, bei der Hälfte haben die Eltern keine Matura.

## Soziale Selektion reloaded

Der Bericht zur sozialen Lage der Studierenden kommt vor diesem Hintergrund zu dem Schluss: „Der Hochschulsektor trägt in beträchtlichem Ausmaß zur sozialen Mobilität in der Gesellschaft bei.“ Allerdings: Der Befund relativiert sich, wenn man sich die relativen Zahlen ansieht. Nach diesen müsste der Anteil der Kinder von NichtakademikerInnen unter den Studierenden nämlich deutlich höher sein. Dem ist aber nicht so: Die Studierwahrscheinlichkeit für Kinder, deren Vater Akademiker ist, ist „um den Wahrscheinlichkeitsfaktor 2,5 höher als für Studierende aus bildungsfernen Famili-

en“. Die nun an immer mehr Unis eingeführten Zugangsbeschränkungen reißen sich in das System der sozialen Selektion ein. So kommt eine Studie der Arbeiterkammer zu dem Ergebnis, dass etwa in der Humanmedizin der Anteil der Kinder von AkademikerInnen seit der Einführung der Zugangsbeschränkungen noch einmal angestiegen ist.

„Wer schon hat, bekommt noch mehr.“ Nach diesem Motto wird Bildung also in Österreich verteilt. Es profitieren vor allem jene von höherer Bildung, deren Eltern auch schon eine solche genossen haben. Paradoxerweise setzt sich diese Logik im Berufsleben fort, denn ArbeitnehmerInnen mit höheren Abschlüssen werden eher auf Weiterbildungen geschickt als schlechter Qualifizierte. Es gibt also noch viel zu tun, damit allen Kindern die ganze Bandbreite an Bildungswegen offensteht und sie vom Bildungssystem auch bestmöglich profitieren können.

Internet:

Nationaler Bildungsbericht:  
[www.bifie.at/nbb](http://www.bifie.at/nbb)

Bildung in Zahlen:  
[tinyurl.com/oc5xxxg](http://tinyurl.com/oc5xxxg)

Blogtipp:  
„Soziale Selektion im Hochschulsystem“:  
[tinyurl.com/pwb94pf](http://tinyurl.com/pwb94pf)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[sonja.fercher@oegb.at](mailto:sonja.fercher@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Der sanfte Schuleinstieg

*Schon im Kindergarten werden die Weichen für den späteren Bildungsverlauf gestellt. Die Schuleingangsphase soll für mehr Gerechtigkeit sorgen.*

**Kurt Krenzlar**

Abteilung Bildungspolitik der AK Wien

**F**reudestrahlend hält ein Kind die prall gefüllte Schultüte in der Hand. Die Schultasche ist bereits auf den Rücken geschnallt und alle halten noch einmal kurz inne – um ein Erinnerungsfoto zu schießen, das wohl in kaum einer Fotosammlung fehlt –, bevor es zum ersten Mal in die Schule geht. Und auch wenn die Schule bei vielen später Horrorgefühle auslöst: In der Regel freuen sich die „SchulanfängerInnen“ auf die Schule. Zudem sind sie sehr lernmotiviert und haben viele Fragen.

## Weichenstellung im Kindergarten

Elementarbildung: Mit diesem sperrigen Begriff werden Einrichtungen wie Krippe und Kindergarten bezeichnet. Es geht also um Kinder aller Altersstufen bis zum Schuleintritt. Diese Gruppe hat in der bildungspolitischen Diskussion zuletzt deutlich an Bedeutung gewonnen, immerhin sagen alle Studien, dass gerade in Österreich das (Aus-)Bildungsniveau der Eltern in besonders hohem Ausmaß vererbt wird. Nicht nur das: Entscheidende Weichen für den späteren Bildungsverlauf werden bereits gestellt, bevor die Kinder eine Schule von innen gesehen haben. Von daher haben elementare Bildungseinrichtungen sogar eine Schlüsselfunktion für Chancengerechtigkeit im Bildungssystem.

Der Übergang von der elementaren Bildungseinrichtung in die Volksschule ist ein einschneidendes Ereignis im Leben eines Kindes und seiner Eltern. Al-

lerdings wird er nicht von allen uneingeschränkt positiv erlebt, sondern ist auch mit Ängsten verbunden. Das Kind erlebt in seiner Rolle und in seinen Beziehungen große Veränderungen, immerhin gehörte es im Kindergarten zuletzt zu den erfahrenen, älteren Kindern, die jüngere Kinder angeleitet haben. In der Volksschule wiederum gehört es zu den Jüngsten an der Schule und erhält keine Orientierung von Älteren. Umso mehr kommt es darauf an, diesen Übergang für alle so sanft wie möglich zu gestalten. Schließlich hängt von seinem Gelingen vielfach die Bewältigung weiterer Übergänge ab.

Die Regierung hat sich vorgenommen, einen Schwerpunkt auf die Elementarpädagogik und die Grundschule zu legen. Im September haben nun die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung ein Zehn-Punkte-Förderungsprogramm zur Umgestaltung und Weiterentwicklung der Elementarbildung präsentiert.

## Chancengerechtigkeit

Elementarbildung „soll die Fähigkeiten und Talente der Kinder durch altersgerechte Förderung zur Entfaltung bringen – unabhängig von Geschlecht, sozioökonomischer oder regionaler Herkunft“, heißt es in der Einleitung des Papiers. Und: „Im Sinne der Chancengerechtigkeit müssen in Österreich qualitativ hochwertige Kinderbildungseinrichtungen flächendeckend verfügbar sein.“

Grundsätzlich gibt es zwischen den zwei Bildungseinrichtungen wesentliche Gemeinsamkeiten. So ähneln sich allein

## BUCHTIPP

Helen Knauf:  
**Frühe Kindheit gestalten**  
Perspektiven zeitgemäßer  
Elementarbildung  
Kohlhammer Verlag,  
174 Seiten,  
2009, € 20,50  
ISBN: 978-3-1702-0539-0



**Bestellung:**  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

schon die Curricula, wenn auch die Begrifflichkeiten mitunter unterschiedlich sind. Für elementare Bildungseinrichtungen sind im BildungsRahmenPlan „Prinzipien für Bildungsprozesse“ vorgegeben. Für die Volksschule wiederum gilt ein „Lehrplan“, der „allgemeine didaktische Grundsätze und Bestimmungen“ enthält. Bei beiden steht die Individualität der Kinder im Zentrum, sprich auf ihre Bedürfnisse und Begabungen soll eingegangen werden. Das Verstehen und Lernen der Kinder soll dadurch erleichtert werden, dass der Stoff an die Lebenswelten der Kinder geknüpft und somit anschaulich gemacht wird.

Ein weiterer Grundsatz ist die „Sachrichtigkeit“, wie es bei der Elementarbildung bezeichnet wird, also die „entwicklungsgemäße Aufbereitung von Lernarrangements unter Berücksichtigung inhaltlicher und begrifflicher Sachrichtigkeit“. Im Lehrplan der Volksschule heißt es außerdem: „Gegebenenfalls Vereinfachung aus methodischen und psychologischen Gründen; Zeit und Möglichkeit für das Lernen durch Versuch und

**Entscheidende Weichen für den späteren Bildungverlauf werden schon gestellt, bevor die Kinder eine Schule von Innen gesehen haben.**



Irrtum.“ Ist in der Elementarbildung von „Empowerment“ die Rede, so heißt dies in der Volksschule „Aktivierung und Motivierung“. Auch hier ähneln sich die Beschreibungen, ebenso bei dem Stichwort „Ganzheitlichkeit“, also dem Verständnis von Lernen als Prozess von Geist und Körper, die beide einbezogen werden müssen. Während in der Elementarbildung von „Inklusion“ die Rede ist, wird im Lehrplan der Volksschule von „Integration“ gesprochen: Alle Kinder sollen gemeinsam lernen, unabhängig davon, ob es Kinder mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“ gibt.

### Schuleingangsphase

Im Regierungsprogramm 2013–2018 wird als Ziel „Schuleingangsphase und Stärkung der Volksschulen“ angeführt. Mit der Schuleingangsphase soll zwischen Kindergarten und Volksschule ein sanfterer Übergang geschaffen werden. Konkret bedeutet das, dass das letzte Kindergartenjahr und die ersten beiden Volksschuljahre zusammengefasst werden. SchülerInnen unterschiedlicher Altersgruppen können miteinander unterrichtet werden. Auch die PädagogInnen der beiden Einrichtungen sollen sich stärker vernetzen.

Das Bildungsministerium hat daher im Herbst 2014 Volksschulen und Kindergärten ermutigt, standortbezogene Modelle der Zusammenarbeit zu entwickeln. An diesem Projekt, das zwei Schuljahre dauert, nehmen bundesweit je 35 Kindergärten und Volksschulen teil. Bei der Zusammenarbeit geht es unter anderem um umfassende und durchgehen-

de Sprachförderung. Die Sozialpartner treten in ihrem neuen Programm für zwei verpflichtende Kindergartenjahre für alle Kinder ab vier ein – „Basisphase“ genannt. Der Kindergarten ist im ersten Jahr allein für die Kinder zuständig, im zweiten Jahr soll er mit der Schule zusammenarbeiten. „Im zweiten Basisjahr sollen altersgerecht und spielerisch vorschulische Inhalte sowie sprachliche, motorische, emotionale und soziale Vorläuferfähigkeiten mit Fokus auf das Erlangen der Schulfähigkeit vermittelt werden“, heißt es im Papier.

Wichtig für den wirklich sanften Übergang in die Volksschule sind natürlich auch die PädagogInnen selbst. Die Sozialpartner fordern deshalb: „Es braucht gemeinsame Basismodule in der Ausbildung, gemeinsame Fort- und Weiterbildung, wechselseitiges ‚Hospitieren‘ oder institutionenübergreifende Übergangskonzepte.“ Dafür braucht es selbstverständlich auch ausreichende Ressourcen.

### Übergang neu

Wenn die Basisphase und die ersten beiden Schuljahre zu einer gemeinsamen Einheit zusammenwachsen, muss natürlich auch der Übergang zwischen den beiden Institutionen neu gestaltet werden. Bisher wurde eine sogenannte Schulreifeststellung vorgenommen. Diese lässt sich aber nicht mit einem Stichtag verordnen.

Eine Neustrukturierung ist also unerlässlich. An die Stelle einer punktuellen Entscheidung soll eine gemeinsame (Kindergarten, Schule, Eltern) Begleitung und Feststellung der Schulfähigkeit im letzten Kindergartenjahr treten.

Dokumentationen über den Entwicklungsstand (z. B. Portfolio) sollen nicht als Selektionsinstrument verwendet werden, sondern der Schule vielmehr Auskunft darüber geben, was das Kind an gezielter Förderung braucht und an Talenten mitbringt.

### Eltern einbeziehen

Ganz wichtig ist auch die Einbeziehung der Eltern als Partner. Regelmäßige Gespräche der PädagogInnen und Eltern über den Entwicklungsprozess des Kindes müssen auf Augenhöhe stattfinden, damit der Übergang bestmöglich gelingt. Auf dass die Augen der Kinder weiter in der Schule strahlen mögen, als wären die neuen Inhalte, die sie lernen, ähnlich leckere Naschereien wie jene, die sie in ihrer Schultüte gefunden haben.

Internet:

Sozialpartnerpapier „Zukunft der Elementarbildung in Österreich“:  
[tinyurl.com/q4qkgr2](http://tinyurl.com/q4qkgr2)

Leitfaden zur sprachlichen Förderung am Übergang vom Kindergarten in die Grundschule, Charlotte Bühler Institut:  
[tinyurl.com/o3yvgfv](http://tinyurl.com/o3yvgfv)

„Kinderbetreuung und Elementarbildung: Die Entwicklung der letzten zehn Jahre“:  
[tinyurl.com/pcmtge3](http://tinyurl.com/pcmtge3)

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[kurz.kremzar@akwien.at](mailto:kurz.kremzar@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Aus Rütli lernen

*Wie die Rütli-Schule von der berüchtigtsten Hauptschule Deutschlands zum Liebling der Bildungspolitik wurde. Und was Österreich daraus lernen kann.*

Irene Steindl  
Freie Journalistin

**W**ir sind ratlos“, schrieb 2006 die Schulleitung der Berliner Rütli-Hauptschule in einem offenen Brief. Die Stimmung in einigen Klassen sei geprägt von Aggression, Respektlosigkeit und menschenverachtendem Auftreten, die Gewaltbereitschaft sei gestiegen, die LehrerInnen sprechen nicht die Sprache ihrer SchülerInnen und würden sich nur mehr mit Handys in einige Klassen trauen, um jederzeit Hilfe rufen zu können. Auf einmal wurde aus der Rütli-Schule im Berliner Bezirk Neukölln die berüchtigtste Schule Deutschlands. Sie verkörperte das Versagen des Schulsystems in sozialen Brennpunkten.

Das war vor neun Jahren. Heute ist Rütli ein Vorzeigemodell gelungener Integration und das Lieblingskind der deutschen Bildungspolitik. Doch was hat den Unterschied ausgemacht? Abgesehen vom schlechten Ruf ließ der Brief der Schule potenzielle UnterstützerInnen auf den Plan treten. Vor allem hat die öffentliche Hand Geld in die Hand genommen, in Zahlen: 32 Millionen Euro.

Was hat Rütli mit Österreich gemeinsam? Die Bildungswissenschaftlerin Gertrud Nagy hat die Entwicklung städtischer Haupt- und Mittelschulen in Österreich erforscht und festgestellt, dass immer mehr Schulen zu sozialen Brennpunktschulen wie einst Rütli werden. Ihr Fazit: „Wir müssen dringend gegensteuern!“

Gertrud Nagy sieht einen gemeinsamen Nenner zwischen Haupt- und Mittelschulen in österreichischen Ballungs-

räumen und der deutschen Rütli-Schule: ein sehr hoher Anteil an SchülerInnen mit Migrationshintergrund – und vor allem mit Herkunft aus einem sozial und ökonomisch schwachen Elternhaus. Der Knackpunkt, meint Nagy, ist die fehlende soziale Durchmischung an diesen Schulen. Ahmed und Kevin, wie sie überspitzt Prototypen dieser SchülerInnen nennt, finden sich in Brennpunktschulen gehäuft mit anderen, die null Bock auf die Schule und wegen ihrer schlechten Leistungen kaum berufliche Perspektiven haben. Sie werden zu Jugendlichen, die durch Aggression und Machtkämpfe Anerkennung suchen.

Ängste bildungsnaher Eltern, die Gesamtschule könnte ein niedrigeres Anforderungsniveau bedeuten, wenn Lehrkräfte nicht konstruktiv mit einer Vielfalt von Kindern umgehen können, kann Nagy nachvollziehen. Langfristig führe an einer besseren sozialen Durchmischung mittels Gesamtschule aber kein Weg vorbei. „Wenn wir weitermachen wie bisher, dann müssen wir alle dafür zahlen. Und ich meine wirklich alle!“, warnt Nagy eindringlich. Denn wenn Ahmed und Kevin nicht mit Lisa und Alexander zusammenkommen, bedeute das Parallelgesellschaften, leicht radikalisiere Jugendliche, FacharbeiterInnenmangel und hohe Kosten für Eingliederungsmaßnahmen.

## Mehr als eine Schule

Im Jahr 2009 wurde die Rütli-Schule mit einer benachbarten Realschule und einer Grundschule zu einer Gemeinschaftsschule, zum „Campus Rütli“, fusioniert.

## BUCHTIPP

Gertrud Nagy:  
**Die Angst der  
Mittelschicht vor  
der Gesamtschule**  
edition innsalz, 191 Seiten,  
broschiert, 2015, € 16,50  
ISBN: 978-3-902981-37-0



**Bestellung:**  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Damit wurde die Hauptschule aufgelöst, seit dem Schuljahr 2011/12 gibt es zudem eine gymnasiale Oberstufe. Im besten Fall können die SchülerInnen heute 13 Jahre lang zusammen lernen. Genial daran findet Nagy die Entwicklung der Schule hin zu einem lokalen Bildungsverbund. Auf dem 48.000 Quadratmeter großen Campus sind zahlreiche Beratungs- und Betreuungsangebote zu finden: Kindergärten, eine Sporthalle, eine Volkshochschule, ein Gesundheitsdienst, Jugendklubs, ein Café und Berufsberatungsstellen. Dazwischen gibt es Grün- und Spielflächen. Der Stadtteil wurde durch den Campus aufgewertet. „Rütli ist nicht nur ein Projekt der Schulpolitik, sondern auch der Stadtentwicklung“, so Nagy.

Eine gemeinsame Schule nach ähnlichem Konzept könnte auch in Österreich erfolgreich sein. „Stellungnahmen der Sozialpartner wie im Bad Ischler Dialog 2013 zeigen Konsens, dass die frühe Trennung mit zehn Jahren abgelehnt wird – auch wenn meist der Begriff Gesamtschule gemieden wird“, meint Nagy. Aber die Angst der Mittelschicht vor die-



## Immer mehr Schulen in Österreich werden zu sozialen Brennpunktschulen wie einst Rütli.

ser Schulform sei derzeit zu groß, um sie in den nächsten Jahren zu realisieren. Man müsse Schadensbegrenzung betreiben, indem sozial benachteiligte Kinder mittels bester Lernkultur gefördert werden – und in Form einer gerechten Mitzuteilung.

### Bedarfsorientierte Mittelverteilung

Soziale Brennpunktschulen brauchen mehr finanzielle Ressourcen, fordert Bildungswissenschaftlerin Nagy und plädiert wie Arbeiterkammer und OECD (2012) für eine bedarfsorientierte Mittelverteilung. Die Idee dahinter: Schulen mit mehr sozial benachteiligten Kindern erhalten mehr Ressourcen, da sie unter schwierigeren Bedingungen arbeiten und mehr Aufwand als gut funktionierende Schulen haben. „Manchmal braucht es Ungleichheit, um Gleichheit zu erzeugen“, sagt Nagy. Derzeit spielt die Zusammensetzung der SchülerInnen einer Schule bei der Verteilung von Personal- und Sachaufwand kaum eine Rolle. In einigen Kantonen der Schweiz, in Teilen Deutschlands und in den Niederlanden ist die bedarfsorientierte Mittelverteilung längst gang und gäbe. „Das Geld, das wir heute in Bildung einsparen, investieren wir morgen in Gefängnisse“, bringt es die Rektorin der Rütli-Schule Cordula Heckmann auf den Punkt. Und das scheint, angesichts der Chronik ihrer Schule, nicht einmal dramatisierend.

„Ich unterstelle jeder Lehrperson, dass sie einen möglichst guten Unterricht halten will. Aber wenn sie mit so vielen Problemen befasst ist, kommt das Lernziel zu kurz“, erklärt die Bildungs-

wissenschaftlerin. Am Campus Rütli hat man gute Lösungen gefunden. Vor Ort kümmern sich SchulpsychologInnen und SozialpädagogInnen um die Anliegen der SchülerInnen. Damit werden die Probleme aus dem Unterricht genommen, die LehrerInnen können sich auf ihre Lehrziele konzentrieren und werden entlastet. Eine gute Bildungsreform setze auch bei der Ausbildung und Auswahl der Lehrkräfte an, betont Nagy. In Rütli habe die neue Schulleitung gesagt: „Da kommt jetzt Arbeit auf uns zu – schulinterne Fortbildungen, Arbeit an Wochenenden. Wer das nicht mittragen will, soll lieber gehen.“ Ein Drittel des Lehrpersonals hat die Schule verlassen.

### Beste Lehrpersonen

Die gemeinsame Unterrichtsentwicklung hat dazu geführt, dass die SchülerInnen nun deutlich bessere Leistungen erbringen. Heute gehören zum Kollegium in Rütli auch türkische und arabische LehrerInnen, die die Sprache der SchülerInnen sprechen. Vor allem aber, meint Nagy, sollten an Schulen in sozialen Brennpunkten nur die besten Lehrpersonen unterrichten, die es schaffen, auch leistungsschwachen Kindern Freude am Lernen zu vermitteln.

Am Campus Rütli setzt man auf neue Lernkultur und Personalisierung, das heißt, Kinder entsprechend ihrer Möglichkeiten zu fördern und zu fordern. Bestenfalls holt man dazu die Eltern mit ins Boot. Die Rütli-Schule hat das mit zum Erfolg geführt. Interkulturelle ModeratorInnen vermitteln den Kontakt zu den meist türkischen und

arabischen Eltern, sie begleiten LehrerInnen bei Hausbesuchen und dolmetschen bei Elterncafés.

### Eine Wende ist möglich

Im Jahr 2014 haben die ersten SchülerInnen in Rütli das Abitur gemacht. Etwa fünf Prozent der Kinder verließen die Schule ohne Abschluss – vor neun Jahren waren es noch knapp 20 Prozent. Dazu muss gesagt werden, dass die Zusammensetzung der SchülerInnen unverändert ist: 86 Prozent der etwa 900 Jugendlichen haben Migrationshintergrund, rund 80 Prozent der Familien leben von staatlichen Transferleistungen. Die soziale Durchmischung verändert sich aber bereits in den unteren Klassen. Laut Rektorin Cordula Heckmann sei es nur eine Frage der Zeit, bis der Wandel alle Jahrgänge erreicht.

Nach dem Aufschrei der Schulleitung vor neun Jahren hat sich die Gesellschaft, nicht nur die Schule, die Frage gestellt: Wohin führt es, wenn wir soziale Brennpunktschulen verkümmern lassen? Diese Diskussion wünscht sich Gertrud Nagy auch für Österreich. „Wollen wir jahrelang mit unserem Steuergeld für Maßnahmen zur sozialen Eingliederung zahlen, nur weil die Politik verabsäumt, allen Jugendlichen gute Chancen zu bieten?“

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[steindlirene@gmail.com](mailto:steindlirene@gmail.com)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Eine Frage des Geldes?

*Mehr als 100 Millionen Euro geben Österreichs Eltern pro Jahr für Nachhilfe aus. Gratisangebote und ganztägige Schulformen können die Eltern entlasten.*

Astrid Fadler  
Freie Journalistin

Im Herbst 2014 starteten erstmals an allen Wiener Volksschulen kostenlose Lernhilfekurse in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch. Diese Neuerung hat sich bereits in den aktuellen Statistiken niedergeschlagen: Während die Ausgaben für Nachhilfeunterricht im vergangenen Jahr österreichweit leicht gestiegen sind, sind sie in der Bundeshauptstadt gesunken. Für die Nachhilfebranche sind dies aber noch keine schlechten Nachrichten, denn die Ausgaben für Nachhilfe sanken nur geringfügig von 40 auf 39,5 Millionen Euro. ExpertInnen begründen dies damit, dass Nachhilfe bei VolksschülerInnen seltener vorkommt und das Gratisangebot vielfach von jenen genutzt wurde, die ansonsten keine externe Nachhilfe engagieren würden bzw. sich diese nicht leisten konnten.

## Mehr als 1.200 Kurse

Seit Februar 2015 wird der kostenlose Nachhilfeunterricht in diesen Fächern auch für die Sekundarstufe 1 (Neue Mittelschule und AHS-Unterstufe) angeboten. SchülerInnen bzw. Eltern können zwischen zwei Möglichkeiten wählen: Direkt in den Schulen gibt es Semester-Lernhilfekurse mit Anmeldung, in sogenannten Lernstationen (meist an VHS-Standorten) können die SchülerInnen unangemeldet vorbeikommen und etwa vor einer Schularbeit kurzfristige Hilfe bekommen. Wird in der Lernstation der Bedarf nach langfristiger Unterstützung festgestellt, so ist die Einschreibung in

einen Lernhilfekurs möglich. Falls nötig, werden auch im Semester neue Kurse eingerichtet.

Die im Mai 2015 auf Basis von Telefoninterviews mit mehr als 3.300 Eltern (mit rund 5.500 Kindern) veröffentlichte IFES-Studie im Auftrag der AK Wien zum Thema Nachhilfe ergab:

- » 36 Prozent der Haushalte mit Schulkindern nehmen externe Nachmittagsbetreuung (schulische Betreuung, Hort, Ganztagschule) in Anspruch. Mehr als die Hälfte davon hat den Eindruck, dass während dieser Betreuung so gut geübt wird, dass keine Nachhilfe mehr nötig ist. Andererseits sehen 23 Prozent keine nennenswert positiven Effekte der Nachmittagsbetreuung auf den Nachhilfebedarf.
- » 57 Prozent der Eltern lernen täglich oder mehrmals pro Woche mit ihren Kindern oder kontrollieren die Aufgaben.
- » 40 Prozent aller befragten Eltern sind durch das Helfen und Beaufsichtigen zeitlich sehr belastet. Ein weiteres Drittel spricht von einer gewissen Belastung. Eine österreichweite AK-Studie zeigte 2014 deutlich positive Effekte von Ganztagschulen: Dort lernen nur 24 Prozent der Eltern täglich mit den Kindern, während im Durchschnitt aller Formen der Nachmittagsbetreuung 40 Prozent zusätzlich selbst mit den Kindern lernen.
- » Nachhilfe wird sowohl regelmäßig während des ganzen Jahres als auch vor Schularbeiten und Prüfungen beansprucht, am häufigsten in Mathematik und Fremdsprachen.
- » Knapp die Hälfte der Eltern, die für externe Nachhilfe zahlen mussten, ist dadurch finanziell sehr stark bzw. spürbar

## BUCHTIPP

Jochen Krautz:  
**Ware Bildung:**  
Schule und Universität  
unter dem Diktat der  
Ökonomie  
256 Seiten, 2007, € 19,95  
ISBN: 978-3720530156



**Bestellung:**  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

belastet. Wobei die Kosten in der AHS-Oberstufe besonders hoch sind.

» 42 Prozent der Wiener Eltern haben ein Schulkind, in dessen Schule regelmäßig Förderunterricht abgehalten wird, bei 30 Prozent gibt es diesen nur gelegentlich.

Die Studie bestätigt unter anderem zwei langjährige ÖGB-Forderungen: Ausbau der schulischen Fördermaßnahmen sowie mehr verschränkte Ganztagschulen mit Unterricht, Üben und Freizeit über den ganzen Tag.

## Hilfe im Netz

Digital Natives mit Eigeninitiative und Selbstdisziplin, aber ebenso Eltern mit Auffrischungs- oder Nachhilfebedarf können auch online Unterstützung finden. Auf YouTube etwa gibt es die Videos der amerikanischen Non-Profit-Organisation Khan Academy auch auf Deutsch. Der Erziehungswissenschaftler Salman Kahn nutzte bereits 2006 das Internet, um Kindern und Jugendlichen auf der ganzen Welt kostenlosen Bildungszugang zu ermöglichen. Das Projekt, damals revolutionär, hat inzwischen über 2,3 Mil-



Wenn die Schule die Inhalte nicht vermitteln kann, buttern Eltern viel Geld in Nachhilfe. Ganztägige Schulen könnten dem entgegenwirken.

lionen AbonnentInnen weltweit und bietet 4.000 YouTube-Nachhilfevideos in 65 verschiedenen Sprachen an.

Die „coolste Nachhilfe Deutschlands“ bietet The simple Club in den Fächern Mathematik, Physik, Biologie, Chemie und seit Kurzem auch Wirtschaft. Keine Nachhilfe im Stil des typischen Bildungsfernsehens, aber den Online-Kommentaren nach zu schließen zumindest jugendgerecht. In jedem Fall haben Lern- und Nachhilfevideos auf YouTube theoretisch den Benefit, dass die sich UserInnen gegenseitig in Form von Postings auf die Sprünge helfen können.

## Peer-to-Peer-Lernen

Höchstens zehn Euro pro Stunde soll es kosten, wenn SchülerInnen einander beim Lernen helfen – österreichweit vermittelt über eine Online-Plattform. Der Gedanke von Talentify ist, dass beide Seiten profitieren – die schwachen SchülerInnen, die eine Perspektive bekommen und gestärkt werden, und die NachhilfelehrerInnen, die das eigene Wissen vertiefen und außerdem ihre Sozialkompetenzen erweitern. Außerdem bietet Talentify auch Hilfe bei der „Lebensvorbereitung“ und will junge Menschen auf dem Weg ins Berufsleben begleiten. Es geht um Fragen wie „Wo liegen meine Talente? Was will ich einmal werden und was braucht es dazu?“. Geübt werden Zeitmanagement, Kommunikation, Lebensläufe schreiben etc.

Das geflügelte Wort „Gratis ist nichts wert“ stimmt im Bildungsbereich, wo zum Glück nach wie vor viele Angebote

von der öffentlichen Hand finanziert werden, meist ganz und gar nicht. Kostenfreie Maßnahmen bieten manchmal mehr Bürokratie und weniger Flexibilität, aber sie sind weder minderwertig, noch werden sie gering geschätzt. Während Nachhilfeinstitute, Maturaschulen und Co in den Medien allgegenwärtig sind, sind Gratis-Angebote in der Regel auch ganz ohne Werbung ausgebucht – so wie etwa die staatlichen Abendgymnasien mit ihren sieben Standorten in ganz Österreich. Diese Schulen bieten berufs begleitend erwachsenengerechte Unterrichtsmethoden, funktionieren aber im Wesentlichen ähnlich wie andere Gymnasien – inklusive kostenlosem Förderunterricht. Außerdem werden Fernkurse angeboten.

## Nach der Matura

Erst seit einigen Jahren auf dem Bildungsmarkt sind die Vorbereitungskurse zu den kapazitätsbeschränkten Studienrichtungen (Veterinär-)Medizin, Publizistik und Psychologie. Laut einer Studie des Wissenschaftsministeriums sind die Kosten für diese Kurse aber in dieser relativ kurzen Zeit, konkret seit 2009, merklich gestiegen. Über ein Drittel der Medizin Studierenden investierte mehr als 500 Euro in die Vorbereitung für das Zulassungsverfahren. In den Fächern Architektur, Biologie, Informatik, Wirtschaft, Pharmazie, wo es erst seit 2013 Zugangsbeschränkungen gibt, konnten vielfach mangels Kapazitätsüberschreitung ohnehin alle TestteilnehmerInnen aufgenommen werden. Trotzdem gibt es auch hier kostenpflichtige Vorbereitungskurse.

„Erfreulicherweise wurden bei der Novelle des Universitätsgesetzes im vergangenen Oktober Schritte in die richtige Richtung gesetzt“, so Martha Eckl, Bildungsexpertin der AK Wien. Erstens muss künftig bei Aufnahme- oder Auswahlverfahren seitens der Universitäten sichergestellt werden, dass diese zu keinerlei Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sowie der sozialen Herkunft führen. Zweitens: Der Prüfungsstoff muss ab dem Wintersemester 2019/20 auf der Homepage der Universität kostenlos zur Verfügung stehen. „Das spätere Inkrafttreten hat urheberrechtliche und praktische Gründe. Bis dahin kann der Prüfungsstoff auch auf andere geeignete Weise – aber jedenfalls kostenlos – bereitgestellt werden.“

Internet:

AK-Studie: Nachhilfe in Wien 2015.  
Studienbericht:  
[tinyurl.com/q3nxx7u](http://tinyurl.com/q3nxx7u)

AK-Studie: Nachhilfe in Österreich.  
Bundesweite Elternbefragung 2014:  
[tinyurl.com/pnhshay](http://tinyurl.com/pnhshay)

VHS-Gratislernhilfe:  
[www.vhs.at/gratislernhilfe](http://www.vhs.at/gratislernhilfe)

Datenbank der Bildungsförderung:  
[www.kursfoerderung.at](http://www.kursfoerderung.at)

Abendgymnasien in Österreich:  
[www.abendgymnasium.at](http://www.abendgymnasium.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Risikofaktor Schule

*Durchschnittlich 75.100 Jugendliche haben weder Job noch Ausbildung.  
Bei der Prävention spielen die Lehrpersonen eine zentrale Rolle.*

**Elke Radhuber**

*Kommunikationswissenschaftlerin, Trainerin  
und Psychotherapeutin in Ausbildung unter  
Supervision*

Ich war jung und brauchte das Geld.“ So werden gerne Stationen in der frühen Job-Biografie augenzwinkernd kommentiert, die nicht zur späteren Karriereplanung passten. Heute gibt es ein ganz anderes Phänomen bei jungen Menschen: große Lücken im Lebenslauf. Sie verweisen auf einen Status, der „Not in Education, Employment or Training“, kurz NEET, genannt wird.

In Österreich sind jährlich laut einer aktuellen AK-OÖ-Studie durchschnittlich 75.100 Jugendliche davon betroffen.<sup>1</sup> Somit sind 7,4 Prozent junger Menschen zwischen 15 und 24 Jahren weder in Beschäftigung, im Bildungssystem oder in einer Trainingsmaßnahme integriert. Die detaillierten Zahlen zeigen, dass die Anzahl der Betroffenen konjunkturabhängig ist und in den Krisenjahren ansteigt. Rund 38 Prozent der NEET-Jugendlichen sind länger als ein Jahr im NEET-Status.

## NEET hat viele Gesichter

Die klassischen NEETs gibt es nicht. Es sind Jugendliche beiderlei Geschlechts mit verschiedenen Bildungsabschlüssen und unterschiedlichem Gesundheitszustand, die freiwillig oder unfreiwillig aus dem Erwerbs- und Bildungssystem ausgeschlossen sind. Unter ihnen findet man also sowohl solche, die aktiv eine Arbeit oder für sie geeignete Ausbildung suchen, als auch solche, die nicht arbei-

ten können oder wollen oder sich bewusst eine Auszeit nehmen. Zu finden sind Jugendliche aus bildungsfernen Familien, die Klassen wiederholen mussten und keinen Pflichtschulabschluss vorweisen können. Unter den NEETs sind aber auch MaturantInnen aus gut situiertem Elternhaus, die beispielsweise an der harten Aufnahmesektion überfüllter Unis scheitern. Oft sind es Jugendliche, die sich bereits weiter vom Arbeitsmarkt entfernt haben und aufgrund der vermeintlichen Aussichtslosigkeit keine Alternativen mehr suchen.

## Risiko Nr. 1: Früher Schulabbruch

Allerdings zeigt sich, dass es individuelle und gesellschaftliche Risikofaktoren gibt. Die EU-Agentur Eurofound hat für die Europäische Union errechnet, dass beispielsweise Jugendliche mit Migrationshintergrund ein um 70 Prozent höheres NEET-Risiko haben. Gesundheitliche Einschränkungen erhöhen das NEET-Risiko um 40 Prozent, und Jugendliche, deren Eltern arbeitslos waren, haben ein um 17 Prozent erhöhtes Risiko. Außerdem sind Jugendliche aus bildungsfernem Elternhaus, aus dem urbanen Bereich und (vor allem weibliche) Jugendliche mit Betreuungspflichten häufiger betroffen. Auch problematische familiäre Umstände, traumatische Erfahrungen, emotionale Auffälligkeiten, Drogen, Alkohol und finanzielle Engpässe können erschwerend wirken. Übergeordnet kann als zentralstes Merkmal ein früher Schulabgang („early school leavers“) für eine NEET-Betroffenheit ausgemacht werden.

Aus österreichischen Forschungsin-terviews geht zudem hervor, dass bishe-rige Erfahrungen mit dem System Schu-le oft prägend waren. Viele NEET-Be-troffene erzählen von Mobbing- und Ausgrenzungserfahrungen, Leistungs- und Lernschwierigkeiten, Konflikten mit LehrerInnen sowie Schulängsten, die ihre Schulkarriere gekennzeich-net haben. Hinzu kommen Umbruchpha-sen (z. B. Schulwechsel, Klassenwieder-holung, Wechsel in Ausbildungskontex-te etc.), die als schwierig erlebt wurden. Die sehr unterschiedlichen und persön-lichen Geschichten der Jugendlichen zeichnen das Bild, dass unzureichende oder falsche Information, ungeeignete oder mangelnde Unterstützung sowie Misserfolgserfahrungen bei vielen zu Frustration oder Resignation führen.

## Vorbilder (be)leben

Umgekehrt zeigen die Interviews auch, dass hilfreich erlebte Unterstützung oder positive Vorbilder die Betroffenen auch wieder Mut schöpfen lassen. Allen Hin-dernissen und Fehlschlägen zum Trotz können so auch positive Kehrtwendun-gen stattfinden. Studienteilnehmer Christian<sup>2</sup> hat offenbar die positive Er-fahrung mit einem didaktisch phantasie-vollen Nachhilfelehrer nachhaltig inspi-riert: Er hat nach vielen Umwegen und Hindernissen das Ziel entwickelt, selbst Lehrer zu werden. Durch die Lehre mit Matura konnte er schließlich seinen Traum verwirklichen und Lehramt stu-dieren. So wie Christian gelingt immer-hin 32 bis 47 Prozent ein erfolgreicher Ausstieg aus dem NEET-Status.<sup>3</sup>



Für viele SchulabbrecherInnen waren bisherige Erfahrungen mit dem System Schule prägend.

Die Studien machen auf einen wichtigen Aspekt aufmerksam: Bei gefährdeten Jugendlichen kann die Beziehung zu den Lehrpersonen ausschlaggebend für den (Nicht-)Abbruch der Schule sein. Folglich ist es wichtig, dass LehrerInnen diesbezüglich sensibilisiert und geschult werden, um Risiken zu erkennen und handeln zu können. In der Praxis bedeutet das, eine gute Beziehung zu den abbruchgefährdeten Jugendlichen zu pflegen und Unterstützungsangebote verfügbar zu haben.

### Nicht (nur) eine Frage des Willens

Wie sich abzeichnet, ist die NEET-Situation kaum eine Frage der individuellen Entscheidung. Die Antwort ist vielmehr in der Chancenverteilung und im Bildungssystem mit den damit verbundenen Möglichkeiten zu suchen. Die Beeinträchtigung des Einzelnen ist jedoch groß, da ein selbstbestimmtes Leben und persönliche Entfaltung im NEET-Status schwierig ist. Hinzu kommt, dass die volkswirtschaftlichen Kosten und negativen sozialpolitischen Folgen gesamtgesellschaftliche Relevanz haben und politische Strategien erfordern. Die bunt zu-

sammengesetzte NEET-Gruppe benötigt ein ebenso vielschichtiges Angebot. Grob können die Maßnahmen in Prävention und Maßnahmen zur Reintegration am Arbeitsmarkt beziehungsweise ins (Aus-)Bildungssystem unterschieden werden.

Die frühzeitige Prävention ist laut ExpertInnen ganz wesentlich. Damit soll ein früher Schulabbruch verhindert werden, um die Chancen am Arbeitsmarkt später zu erhöhen. So wird etwa die Etablierung eines Frühwarnsystems empfohlen. Dieses zielt darauf ab, auf erste Probleme, die sich oft bereits Jahre vorher abzeichnen, reagieren zu können. Damit könnte den Betroffenen zeitgerecht Unterstützung angeboten werden (z. B. psychologische Unterstützung bei Mobbing).

### Jugendcoaching

Prävention kann auch standortbezogen erfolgen: Schulen mit schwierigen Ausgangsbedingungen könnten gezielt mit benötigten Ressourcen unterstützt werden (z. B. alternative Lehrpläne bei hohem Migrationsanteil). Da sich der Übergang zwischen Schule und Beruf häufig schwierig gestaltet, werden vermehrte Berufsorientierung und Jugendcoaching vor der 9. Schulstufe vorgeschlagen.

Bei der Reintegration von NEET-Jugendlichen werden insbesondere niederschwellige und bedürfnisgerechte Maßnahmen mit einer persönlichen und vertrauensvollen Beziehungsarbeit angeraten. Diese kann beispielsweise im Rahmen von aufsuchender Jugend- und Sozialarbeit oder durch Online-Anlaufstellen geleistet werden. Österreich hat

im internationalen Vergleich nicht nur niedrige Jugendarbeitslosigkeits-, sondern auch eine der niedrigsten NEET-Zahlen. Da die Potenzialförderung der Jugend immer auch eine Investition in die Zukunft ist, kann nur für eine weitere Absenkung der NEET-Raten plädiert werden. Wie Versuche in anderen Ländern zeigen, haben die Maßnahmen zudem wünschenswerte Nebeneffekte: So konnten in Griechenland mit neuen Lernmethoden nicht nur positive Effekte gegen frühen Schulabbruch erreicht werden, sondern es kam auch allgemein zu einer Steigerung der schulischen Leistungen.

Internet:

Online-Anlaufstelle für Jugendliche:  
[www.unentdeckte-talente.at](http://www.unentdeckte-talente.at)

AK OÖ und Uni Linz: „Jugendliche weder in Beschäftigung, Ausbildung noch in Training: Ein Bundesländervergleich in Österreich“ (2015):  
[tinyurl.com/nmeyl9f](http://tinyurl.com/nmeyl9f)

AK und Stadt Wien: „Quo Vadis Bildung? Eine qualitative Längsschnittstudie zum Habitus von Early School Leavers“ (2014):  
[tinyurl.com/o4v4jk3](http://tinyurl.com/o4v4jk3)

Sozialpolitische Studienreihe des BMASK:  
„Unterstützung der arbeitsmarktpolitischen Zielgruppe ‚NEET‘“ (2014):  
[tinyurl.com/qheql4t](http://tinyurl.com/qheql4t)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[kontakt@elkeradhuber.at](mailto:kontakt@elkeradhuber.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>1</sup> Zahlen variieren je nach Erhebungsinstitut und Beobachtungszeitspanne. Die an dieser Stelle genannten Zahlen kommen aus dem Forschungsbericht 2015 der AK OÖ. Diese betreffen den Forschungszeitraum von 2006 bis 2013. Eine umfangreiche Studie des Sozialministeriums (Sozialpolitische Studienreihe) zieht einen Untersuchungszeitraum von 2006–2011 heran: Da ist von durchschnittlich 78.000 Jugendlichen bzw. 7,8 Prozent der 16- bis 24-jährigen Betroffenen jährlich die Rede. Das IHS spricht wiederum von 12 Prozent bzw. 128.000 BildungsabbrecherInnen bei den 15- bis 24-jährigen Personen. [http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2015/PK0588/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2015/PK0588/index.shtml)

<sup>2</sup> Christian wurde im Rahmen der Studie „Quo vadis Bildung?“ interviewt.

<sup>3</sup> innerhalb des Beobachtungszeitraumes von fünf Quartalen

# Anderssein als Normalität

*Viele halten noch an der Sonderschule fest. Dabei würde die inklusive Schule die viel gewünschten sozialen Kompetenzen besser vermitteln.*

Sophia Fielhauer und Christian Resei  
Freie JournalistInnen

**K**lassengesellschaft, Leistungsmaschinerie und Ausschluss von nicht normgetreuen Kindern: Diese Schlagworte scheinen den Schulalltag weiterhin zu bestimmen. Zu Recht? „Bei Kindern verwirklichen Eltern gerne ihre eigenen Ansprüche und Träume. Sie wollen ihr Kind auf eine – vermeintlich klare – Zukunft vorbereiten“, erklärt Maria Beham. Gemeinsam mit ihrer Kollegin Jasmin Mandler betreibt die Psychologin eine Praxis mit dem Namen „die Entwicklungshelferinnen“. Ihrer Ansicht nach werden die individuellen Bedürfnisse der SchülerInnen „oft aus den Augen verloren“.

## Das einzelne Kind sehen

Wie lassen sich die gestiegenen Ansprüche an die Schule mit der Inklusion von Kindern mit besonderen Bedürfnissen – ein gesellschaftlicher wie bildungspolitischer Anspruch – miteinander vereinbaren? Notwendig dafür ist eine individuell adäquate Lernumgebung. Das Ziel: Alle Kinder sollen in gleicher Würde leben können, das einzelne Kind soll gesehen werden. Das aktuelle, äußerst strukturierte Regelschulsystem stellt jedoch zumeist die Wissensvermittlung in den Mittelpunkt – und von den SchülerInnen wird erwartet, sich in dieses System einzufügen. „Der Fokus liegt oft nicht auf den individuellen Bedürfnissen des Kindes. Vielmehr geht es darum, wie Kinder es schaffen, die Lernziele zu erreichen“, weiß Beham. „Kinder mit besonderen

Bedürfnissen müssen da erst ihren Platz finden. Bisher galt, dass in Sonderschulen oder Integrationsklassen beschult wird“, erklärt Mandler. „Jetzt gibt es den Anspruch, dass sie inklusiv mit allen anderen Kids unterrichtet werden. Das stellt sehr hohe Anforderungen an das Schulsystem.“ Die Vorteile: Schüler, die altersentsprechend entwickelt sind, erleben, dass es auch Kinder mit besonderen Bedürfnissen gibt, die ebenso ihre Persönlichkeit und einen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Von sich aus sind die Jungen unvoreingenommen, aber sie übernehmen oft Vorurteile der Erwachsenen – vor allem die Defizitorientierung. Psychologin Beham: „Es ist aber wichtig, dass Anderssein Teil der Normalität wird. Inklusion ist ein wichtiges Ziel im derzeitigen Schulsystem. Wie gehen Lehrer mit Kindern um, wie fördern sie Anerkennung? Es muss weniger um Lob und Tadel gehen, sondern um einen würdevollen Umgang miteinander.“ Eine Schule, die für alle perfekt ist, gibt es aber eben auch nicht. „Ich glaube an die Individualität und Persönlichkeit. Es sollte unterschiedliche Unterrichtsformen geben, und es wird immer Kinder geben, die einen speziellen Förderbedarf haben“, erklärt Beham.

Grundsätzlich obliegt den Eltern die Entscheidung, ob das Kind in eine Sonderschule oder Integrationsklasse geht. Vielen Eltern aus bildungsfernen Haushalten wird nicht genug erklärt, welche Tragweite ihre Entscheidung für die langfristige Bildungszukunft ihrer Kinder haben kann. Neben Kindern mit Behinderung landen vor allem Mäd-

chen und Burschen mit Migrationshintergrund in Sonderschulen, oder sie werden mit dem Begriff „sonderpädagogischer Förderbedarf“ (SPF) bezeichnet.

Ihre Anzahl steigt: Im Schuljahr 2000/01 besuchten laut Statistik Austria 1,71 Prozent aller PflichtschülerInnen eine Sonderschule, im Schuljahr 2010/11 waren es bundesweit 1,98 Prozent. Dabei sollte ein solches Attest nur mit äußerster Zurückhaltung ausgestellt werden, immerhin verschlechtert es die Chancen am Arbeitsmarkt erheblich.

## Eingeschränktes Angebot

Grundsätzlich beruht das Sonderschulsystem darauf, dass Kinder, die dem Unterricht in der Volks-, Haupt- oder Polytechnischen Schule wegen körperlicher oder geistiger Behinderung nicht folgen können, in eine Sonderschule überwiesen werden. Seit 1993 dürfen die Eltern entscheiden, ihre Auswahl wird allerdings vom konkreten schulischen Angebot eingeschränkt. In der Steiermark etwa werden mehr als 80 Prozent aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf integriert, in Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg liegt der Anteil bei nur knapp über 30 Prozent.

Im August 2014 forderte der **Monitoringausschuss** die Abschaffung der Sonderschule bis September 2015, da diese Schulform der UN-Behindertenrechtskonvention widerspreche. Der Ausschuss argumentiert, dass die Sonderschule diskriminierend ist, weil sie einzig auf das Merkmal der Beeinträchtigung abstellt. Sonderschulen waren bereits im Jahr 2008 vom Ausschuss als

## Neben Kindern mit Behinderung landen vor allem Buben und SchülerInnen mit Migrationshintergrund in Sonderschulen – Anzahl steigend.



menschenrechtswidrig kritisiert worden. Das Ziel auch damals: eine inklusive geführte gemeinsame Schule aller Kinder bis 14 Jahre, die auf individuelle Bedürfnisse eingeht.

### Gescheite Rahmenbedingungen

Kurt Kremzar, Bildungsexperte der AK Wien, ist für die inklusive Schule: „Das Problem ist, dass es nicht alle Eltern so sehen. Gerade bei den Sinnesbehinderungen gibt es Eltern, die Angst haben, dass ihre Kinder nicht gut betreut werden, wenn sie in eine normale Schule gehen. Es ist auch eine Frage der Ressourcen.“ Grundsätzlich müsse das Ziel eine inklusive Schule sein. „Eine allgemeine Sonderschule werden wir nicht mehr brauchen. Wenn man gescheite Rahmenbedingungen hat, könnte die Sonderschule abgeschafft werden“, findet Kremzar.

Dass viele Eltern gegen ein Selektieren von SchülerInnen sind, bei ihrem eigenen Kind aber primär auf Leistung setzen, macht die gemeinsame Schule zu einem schwierigen Vorhaben. Noch dazu fehlt es an geeigneten Lehrkräften, denn ein inklusives Schulsystem verlangt auch LehrerInnen, die entsprechend in Pädagogik geschult sind. Selbst die neue LehrerInnenausbildung leistet dies nicht. Ob für jedes Kind mit besonderen Bedürfnissen Platz in einer Regelschule sein wird, darüber streiten ExpertInnen.

Dabei bereichern gerade Kinder mit besonderen Bedürfnissen eine Klasse und entsprechen damit sogar den heutigen Ansprüchen des Arbeitsmarkts, denn durch sie erwerben MitschülerIn-

nen ganz selbstverständlich soziale Kompetenzen. „Kinder können dann vieles erlernen, was sie sonst vielleicht versäumen – sehr viel an sozialer Kompetenz, Rücksichtnahme und Toleranz. Sie können sich als kompetent erleben, weil sie etwa anderen dabei helfen, im Unterricht mitzukommen“, weiß Kinder- und Jugendpsychologin Mandler.

SchülerInnen können sich in diesen sozialen Gruppen als wertvoll erleben, was eine zusätzliche soziale Kompetenz ist. Manch skeptischen Eltern ist diese Bereicherung durchaus vermittelbar. „Besser sein, jemanden unterstützen, auch einmal auf jemanden Rücksicht nehmen. Und die Möglichkeit, jemanden zu beschützen.“ SchülerInnen entwickeln in Integrationsklassen oft eine schöne Gemeinschaft. „Sie leben gemeinsame Werte, sehen Kinder mit besonderen Bedürfnissen als vollwertige Mitglieder, sind gemeinsam auf ihre Leistungen stolz.“

### Extreme Leistungsorientierung

In der Praxis „die Entwicklungshelferinnen“ machen Maria Beham und Jasmin Mandler die Erfahrung: „Eltern glauben, dass Kinder zu wenig in der Schule lernen. Und wenn dann noch ein behindertes Kind in der Klasse ist, dann würde womöglich noch weniger gelernt. Es gibt eine extreme Leistungsorientierung.“ Die Psychologinnen sind überzeugt, dass Anerkennung und würdevolles Miteinander im schulischen Bereich auf allen Ebenen ein Teil der Zukunft sein müssen. Jasmin Mandler äußert noch einen anderen Wunsch: „Neben der Schule, die struk-

turiert ist, sollte dazu übergegangen werden, in der Freizeit einen Ausgleich für die Kinder zu finden. Einen, der möglichst unstrukturiert ist.“ Im Vordergrund sollten vielmehr Entschleunigung und Entspannung stehen.

All das setzt natürlich voraus, dass man sich vom alleinigen Leistungsanspruch verabschiedet und sich stattdessen Gedanken darüber macht, wie grundlegendere Kompetenzen vermittelt werden können, die junge oder möglicherweise auch ältere Menschen in die Lage versetzen, mit Veränderungen in der Gesellschaft zurechtzukommen. Von daher könnten sowohl LehrerInnen wie SchülerInnen von Sonder- und inklusiven Schulen wichtige Erfahrungen beisteuern. Immerhin vermitteln sie den Umgang mit einer vielfältigen Gesellschaft – eine Kompetenz, die sich als wertvoller herausstellen könnte als das pure Faktenwissen.

Internet:

[www.die-entwicklungshelferinnen.at](http://www.die-entwicklungshelferinnen.at)

Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation:  
[tinyurl.com/ogoymu4](http://tinyurl.com/ogoymu4)

[www.oear.or.at](http://www.oear.or.at)  
[monitoringausschuss.at](http://monitoringausschuss.at)  
[www.bmbf.gv.at](http://www.bmbf.gv.at)

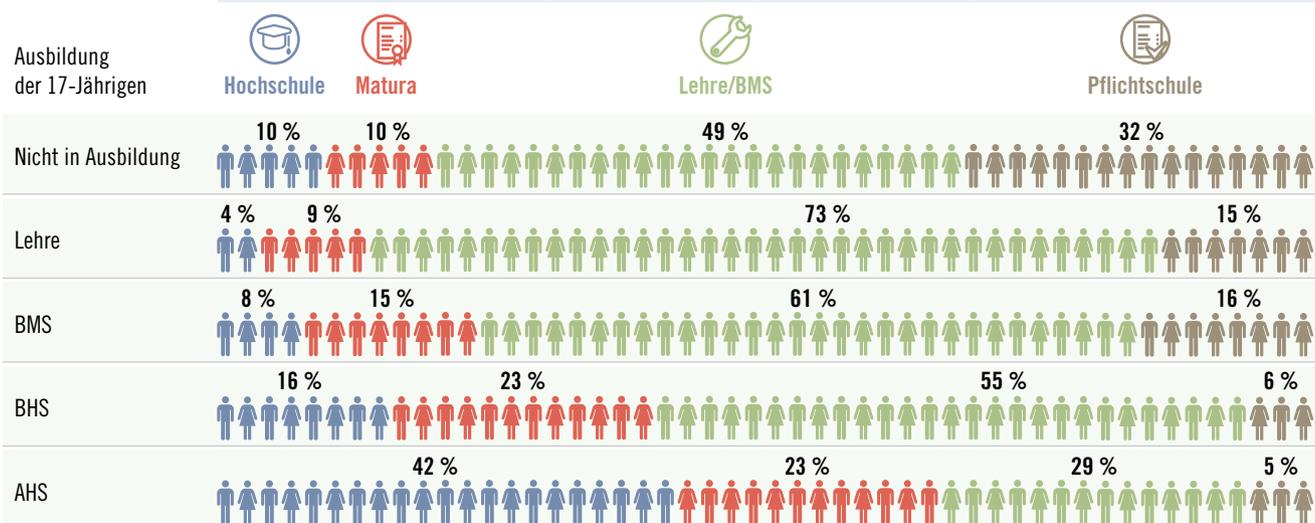
Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen  
[sophia.fielhauer@chello.at](mailto:sophia.fielhauer@chello.at)  
[resei@gmx.de](mailto:resei@gmx.de)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Zahlen, Daten, Fakten

*Nicht persönliches Wissen und Können der Kinder, sondern vor allem der höhere Bildungsstand der Eltern ist in Österreich für das Erreichen höherer Schulformen*

**Das Erreichen höherer Schulformen ist in Österreich stark vom Bildungsstand der Eltern abhängig.**

Höchste abgeschlossene Ausbildung der Eltern der 17-Jährigen



Quelle: Registerzählung 2011; AK/ÖGB-Darstellung

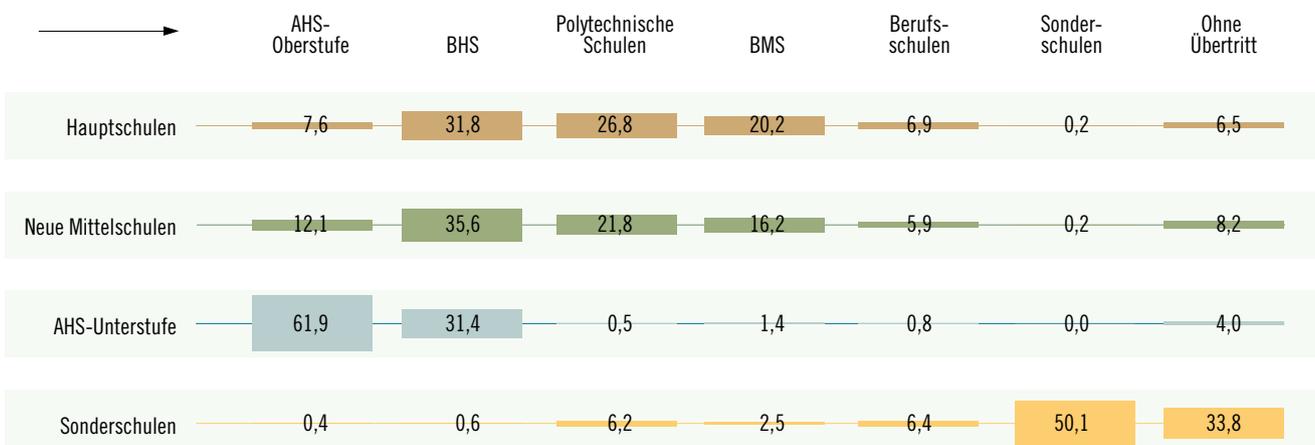
Zahlen gerundet

Arbeit&Wirtschaft 9/2015

ÖGB-VERLAG/APA-AUFTRAGSGRAFIK

**Die Auswahl des Schultyps in der Unterstufe beeinflusst, welche Bildungswege die SchülerInnen später nehmen.**

Von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II



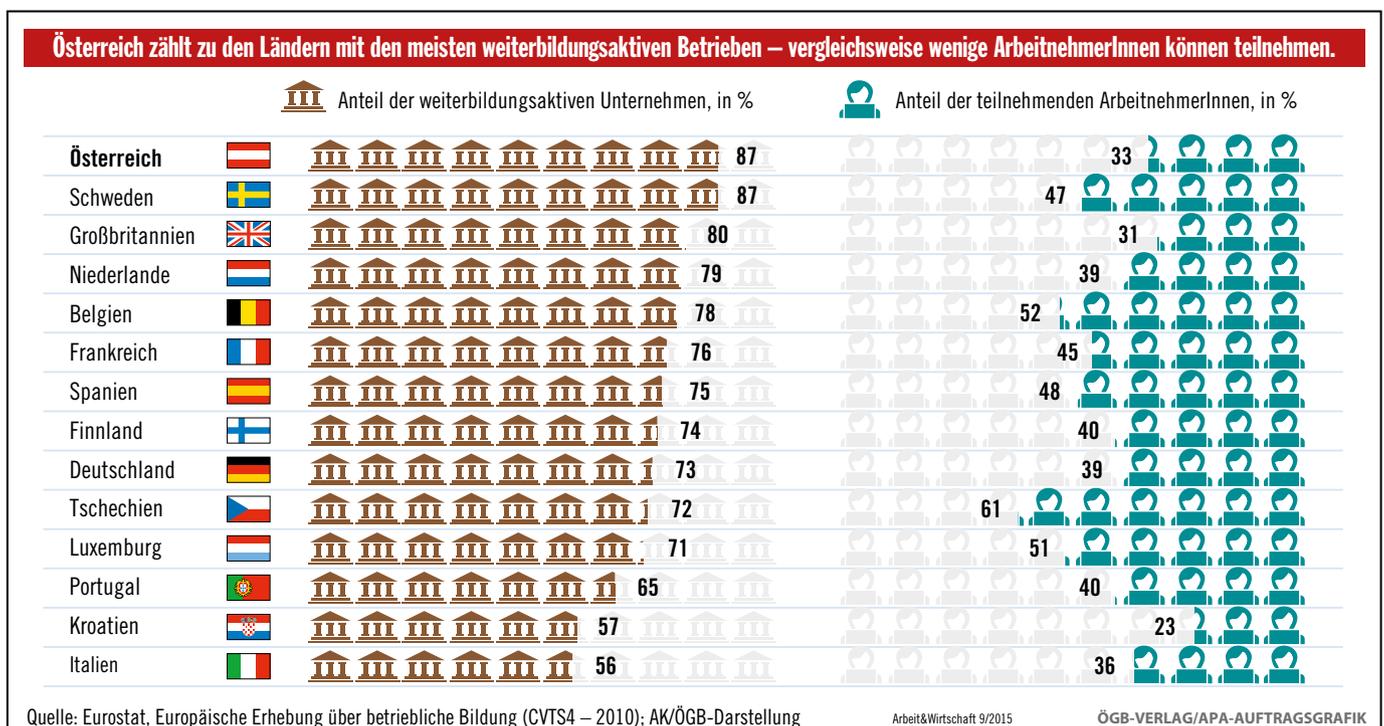
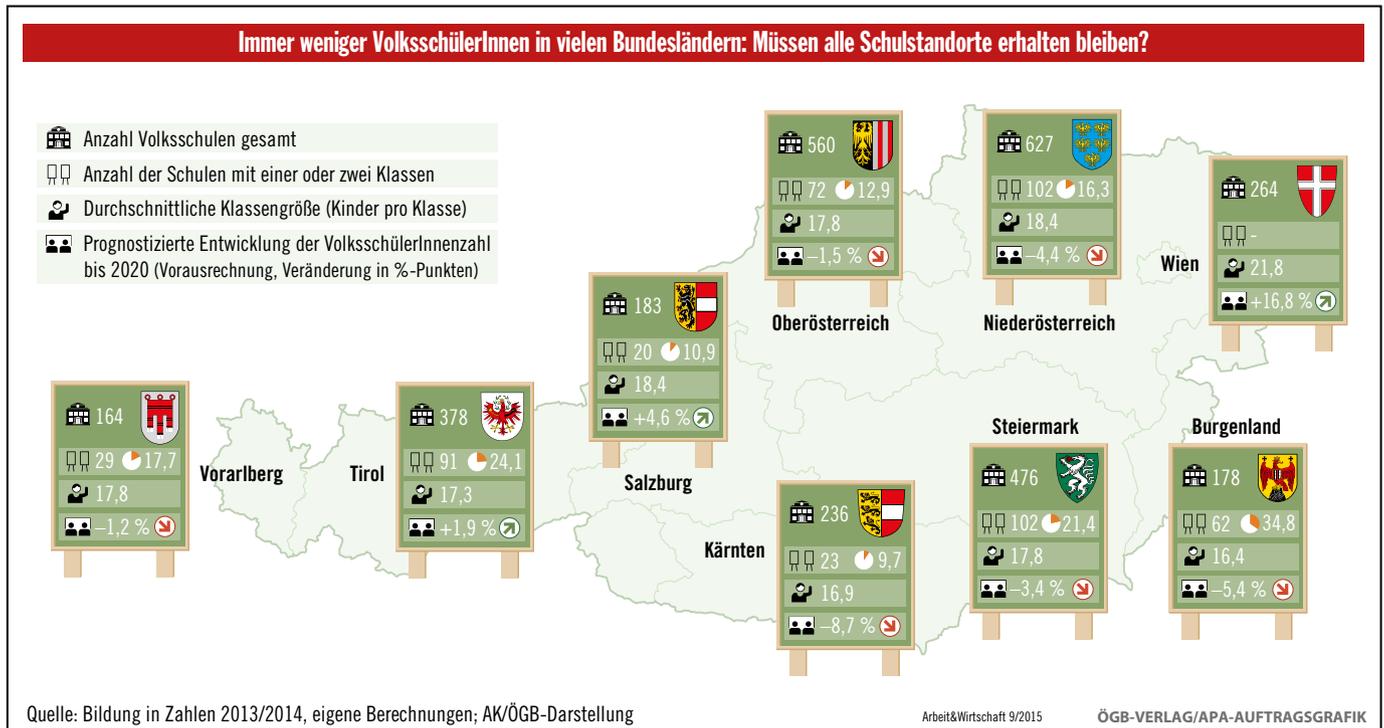
Quelle: Statistik Austria, Bildung in Zahlen 2013/2014; AK/ÖGB-Darstellung

Arbeit&Wirtschaft 9/2015

ÖGB-VERLAG/APA-AUFTRAGSGRAFIK

Ausgewählt und zusammengestellt von Sonja Fercher, Arbeit&Wirtschaft, und Reinhold Russinger, Arbeiterkammer.

*entscheidend. Wer nach der Volksschule in der Hauptschule beginnt, hat nur sehr geringe Chancen, diesen Weg wieder zu verlassen und in eine weiterführende Schule mit Matura zu wechseln. Die Bildungspolitik wird sich verstärkt mit der Frage nach Aufrechterhaltung von kleinen Schulstandorten befassen müssen. Auch nach der Schule sollten künftig Fortbildungen und das Lernen am Arbeitsplatz mehr gefördert werden.*



# Liebling zwischen Schein und Sein

*International avanciert das heimische Ausbildungsmodell zum Exportschlager, während hierzulande immer weniger Junge eine Lehre anstreben. Was ist da los?*

Lisa Sinowatz

Abteilung Lehrlings- und Jugendschutz der  
AK Wien

**E**twa 40 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren absolvieren in Österreich eine Lehre und tragen damit wesentlich zur Deckung des Fachkräftebedarfs bei. Das Ausbildungssystem steht jedoch zunehmend strukturellen Herausforderungen gegenüber. Die demografische Entwicklung und die massiven Qualitätsunterschiede der Lehrlingsausbildung auf Branchen- und Betriebsebene machen es immer schwerer, die Lehre als attraktive Ausbildungsform zu vermitteln. Angesichts des schlechten Images der Lehre und der teils mangelhaften Rahmenbedingungen entscheiden sich immer mehr Jugendliche lieber für vollschulische Ausbildungswege.

Doch neben dem Image der Lehre und der Qualitätsdimension spielt auch die quantitative Verfügbarkeit attraktiver Ausbildungsplätze eine wichtige Rolle. So hat sich die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe deutlich verringert. Die Zahl der Lehrstellen in den Betrieben geht trotz Förderungen zurück. Waren es Anfang der 1980er-Jahre noch über 190.000 Lehrlinge, die in den Betrieben ausgebildet wurden, so sind es derzeit nur mehr rund 105.000.

## Sinkende Zahlen

Vor allem seit Einsetzen der Krise im Jahr 2008 ist die Zahl der betrieblichen Lehrstellen rückläufig. Allein zwischen den Jahren 2009 und 2014 ging die Anzahl der Lehrlinge in den Betrieben um knapp

20.000 zurück, statt einst 124.256 gab es im Vorjahr nur noch 105.861 betriebliche Ausbildungsplätze. Das erschwert es Jugendlichen zusätzlich, einen Ausbildungsplatz in ihrem Wunschberuf zu finden.

Die duale Ausbildung – im internationalen Vergleich von der Politik gerne als Vorzeigemodell zur Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses gehandelt und als großer gesellschaftlicher Beitrag der Wirtschaft gefeiert – gerät im eigenen Land zunehmend ins Hintertreffen. Das Qualifikationsniveau zukünftiger FacharbeiterInnen wird jedoch mit darüber entscheiden, wie Österreich die Herausforderungen des wirtschaftlichen Strukturwandels und des globalen Wettbewerbs meistern kann. Trotzdem gibt es nach wie vor kein System zur Sicherung der Ausbildungsqualität, wie es für andere Lernorte (z. B. Schulen) bereits existiert.

## Hohe Anerkennung

Die duale Ausbildung genießt in Österreich eine hohe gesellschaftliche Anerkennung. Es herrscht ein breiter politischer Konsens darüber, dass das heimische Ausbildungsmodell mit seinem starken Fokus auf die betriebliche Praxis eine Reihe von Vorteilen mit sich bringt.

Zu den häufigsten Argumenten zählen die Integration in die Arbeitswelt, das praktische Lernen am Arbeitsplatz, der finanzielle Vorteil durch die Lehrlingsentschädigung oder der Erwerb von Beitragszeiten zur Pensionsversicherung. Vor allem von Wirtschaftsseite werden

auch gerne die Verdienste der heimischen Betriebe um die FacharbeiterInnen-Ausbildung hervorgehoben. Ein wichtiges Prestigeprojekt bilden dabei etwa die internationalen Berufsweltmeisterschaften für Lehrlinge (WorldSkills), die alle zwei Jahre stattfinden. Im Rahmen dieser Wettbewerbe können junge FacharbeiterInnen ihre Fähigkeiten und Talente unter Beweis stellen und sich mit BerufskollegInnen aus aller Welt messen. Auch bei den heurigen **WorldSkills** erzielte Österreichs Team wieder tolle Ergebnisse.

## Internationale Erfolge

Diese internationalen Erfolge sind zweifelsohne bemerkenswert und eine Auszeichnung für die teilnehmenden Lehrbetriebe und FacharbeiterInnen. Sie zeigen, dass engagierte Lehrbetriebe ihre Lehrlinge dank hoher Ausbildungsqualität zu großen Leistungen führen können und wie sehr die Facharbeit von aufgeschlossenen jungen Menschen mit Einsatzfreude und Talenten profitiert.

Dennoch bleibt ein Wermutstropfen: Die WorldSkills geben Auskunft darüber, wie gut einzelne „gute Lehrbetriebe“ sind. Sie können jedoch kein flächendeckendes breites Bild vermitteln, wie es um die österreichische Ausbildungslandschaft insgesamt bestellt ist. Denn auch die Erfolge können nicht darüber hinwegtäuschen, dass rund ein Viertel aller österreichischen Lehrlinge die Lehrausbildung nicht erfolgreich abschließt, sei es, weil sie die Lehrabschlussprüfung nicht erfolgreich absolvieren, sei es, dass sie gar nicht erst antreten.

**Die Lehre gilt als Erfolgsmodell. Fragt man die Lehrlinge selbst, fällt das Urteil eher mäßig aus.**

Die Wirtschaft und vor allem die ausbildenden Betriebe müssen sich daher die Frage gefallen lassen, welche Anstrengungen sie unternehmen, um die Qualität der Ausbildung zu verbessern. Wer übernimmt die Verantwortung für jenes Viertel der Lehrlinge, das die Lehrabschlussprüfung nicht positiv ablegt oder trotz absolvierter Lehrzeit gar nicht erst antritt?

### Qualität messen, Qualität sichern

Fragt man bei den Lehrlingen selbst nach, ergibt sich ein durchwachsendes Bild. Geht es nämlich nach den Jugendlichen, scheinen wir – trotz des Engagements vieler Betriebe – von einer flächendeckenden Ausbildungsqualität weit entfernt.

Die jüngste Lehrlingsbefragung der AK („Was tut sich bei dir im Job?“, 2014) zeigt: Weniger als die Hälfte der Lehrlinge findet, dass die Ausbildung „Freude macht und sinnvoll“ ist und dass ihre Arbeit „interessant“ ist und „Spaß macht“ (44 Prozent). Nicht einmal jede/r zweite Jugendliche hat das Gefühl, im Betrieb ernst genommen zu werden. Auffallend ist zudem, dass nur ein Viertel der Lehrlinge angibt, dass bei der Arbeit auf ihre Neigungen und Interessen eingegangen wird.

Arbeitszufriedenheit ist jedoch ein wichtiger Indikator für hohe Arbeitsmotivation. Jugendliche, die sich in ihrem Ausbildungsverhältnis wohlfühlen, schließen ihre Ausbildung weitaus erfolgreicher ab und finden sich damit auch am Arbeitsmarkt besser zurecht als LehrabbrecherInnen – und wenig überraschend: sie bringen sich auch weitaus

engagierter im Betrieb ein als Jugendliche, die ihre Lehre unter mangelhaften Rahmenbedingungen absolvieren müssen.

Besonders effektiv funktioniert die intrinsische Motivation, also jene Motivationsform, die ein Individuum aus einer Tätigkeit selbst ziehen kann. Sie kann einerseits dem Lehrling zu mehr Ausbildungszufriedenheit verhelfen, andererseits bildet Motivation auch die Basis für wichtige Kompetenzen wie etwa Kreativität, Einsatzbereitschaft, Eigenverantwortung und Zuverlässigkeit.

Das ist umso wichtiger, als es sich bei den meisten Lehrlingen um Jugendliche handelt, die im Rahmen der Lehrausbildung nicht nur ihre berufliche Sozialisation erfahren. Vielmehr erhalten sie auch wichtige Impulse für ihre persönliche Entwicklung bzw. müssen gerade in der Zeit der Ausbildung die unterschiedlichsten Probleme der Adoleszenz bewältigen.

### Motivation steigern

Der Einsatz motivationssteigernder Instrumente in der Lehrlingsausbildung kann also maßgeblich dazu beitragen, dass Jugendliche ihre menschlichen und fachlichen Potenziale optimal entfalten können. Motivationsfördernde Aspekte sind vor diesem Hintergrund ein Kernstück der Ausbildungsqualität.

Als Fazit bleibt einmal mehr der Hinweis auf die Notwendigkeit eines gesetzlich verankerten Qualitätsmanagements in der betrieblichen Ausbildung. Nur eine verlässlich hohe Ausbildungsqualität, die sich nach transparenten und bindenden Qualitätsindika-

toren ausrichtet, kann den Lehrlingen optimal jene fachlichen und persönlichen Kompetenzen vermitteln, die sie erfolgreich durch die Lehrabschlussprüfung und in eine qualifizierte Berufstätigkeit führen.

### Jugendarbeitslosigkeit vorbeugen

Ziel muss es daher sein, die Ausbildungsqualität messbar zu machen und weiter zu steigern, um die Potenziale des hiesigen Ausbildungssystems vor dem Hintergrund demografischer Entwicklungen und zukünftiger Standortsicherung bestmöglich zu nutzen.

Jede Anstrengung für ein Berufsausbildungssystem, das möglichst keine/n Jugendliche/n zurück lässt, ist letztlich weit mehr als eine Maßnahme zur Stabilisierung der Betroffenen. Vielmehr ist es Präventivarbeit, um systemischen Problemen wie der verfestigten Jugendarbeitslosigkeit und all ihren unerwünschten Folgen vorzubeugen.

Blogtipp:

Maßnahmen für mehr Lehrabschlüsse:  
[tinyurl.com/py2jtrz](https://tinyurl.com/py2jtrz)  
 Erfolgsmodell überbetriebliche Ausbildung:  
[tinyurl.com/lpvcc67](https://tinyurl.com/lpvcc67)  
 Qualitätssicherung in der Lehrausbildung:  
[tinyurl.com/nez73ny](https://tinyurl.com/nez73ny)  
 Mythos Fachkräftemangel:  
[tinyurl.com/na572us](https://tinyurl.com/na572us)  
 Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[lisa.sinowatz@akwien.at](mailto:lisa.sinowatz@akwien.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die Schule von morgen

*Welche Lerninhalte braucht es, um Kinder und Jugendliche auf das Leben in einer ungewissen Zukunft vorzubereiten? Und wie kommen diese Inhalte am besten an?*

Astrid Fadler  
Freie Journalistin

**V**eränderungen im (österreichischen) Schulwesen gehen in der Regel eher langsam vonstatten. Reformvorschläge und Ideen geistern meist längere Zeit durch Fachbücher und Medien, bevor mit der Umsetzung begonnen wird. Das führt unter anderem dazu, dass Eltern bei Schulbesuchen immer wieder **Déjà-vu-Erlebnisse** haben oder noch rückwirkend erstaunt und dankbar sind, wie fortschrittlich und tolerant die eigenen LehrerInnen etwa in den 70er-Jahren waren.

Selbstverständlich sind SchülerInnen keine Versuchskaninchen und im Bildungsbereich sind viele Player an Entscheidungen beteiligt. Doch manchmal schaffen es Veränderungen wirklich derart langsam in die Klassenzimmer, dass das ganze System regelrecht weltfremd anmutet. Immerhin sind sich (fast) alle einig: Bildung bedeutet mehr als Berufsausbildung. Einem modernen Schulwesen sollte es gelingen, sowohl ökonomischen Erfordernissen gerecht zu werden als auch Kreativität und individuelle Förderung zu ermöglichen.

## Nah an der Praxis

Einer der ersten Schritte auf dem Weg zur Erneuerung sind Schulversuche oder Projekte. Seit einigen Jahren etwa gibt es den Schulversuch „Zwei-Phasen-Schularbeit“. Dabei werden Mathematik- oder Deutsch-Schularbeiten am Ende der Stunde wie üblich abgegeben, aber von den SchülerInnen selbst in der nächsten

Mathematik- oder Deutschstunde noch einmal gecheckt und korrigiert. Erst dann wird benotet. Dieses Vorgehen entspricht nicht nur der üblichen Arbeitsweise im beruflichen Alltag, die SchülerInnen beschäftigen sich dadurch auch intensiver mit dem Lernstoff und können ihre Korrekturfähigkeit schulen. Zwei-Phasen-Schularbeiten werden sowohl in Pflichtschulen als auch in AHS-Unterstufen an einzelnen Schulstandorten praktiziert.

Den Übergang ins Berufsleben erleichtern soll das Projekt Fachmittelschule (FMS), das derzeit an Polytechnischen Schulen in fünf Wiener Bezirken in Kooperation mit Neuen Mittelschulen (NMS) läuft. Nach einer ausführlichen Orientierungsphase können SchülerInnen für je drei Wochen in vier von neun möglichen Fachbereichen „schnuppern“. Erst danach entscheiden sie sich fix für einen Fachbereich.

## Umfassendes Wissen

Abseits der üblichen Schulfächer oder (un)verbindlichen Übungen gibt es auch noch die sogenannten Unterrichtsprinzipien: Entwicklungspolitische Bildungsarbeit, Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und Männern, Europapolitische Bildung, Gesundheitserziehung, Interkulturelles Lernen, Lesererziehung, Medienbildung, Sexualpädagogik, Umweltbildung, Verkehrserziehung sowie Wirtschaftserziehung und VerbraucherInnenbildung. Diese sollen sich fächerübergreifend wie ein roter Faden durch den Unterricht ziehen – in welcher Form und wie umfangreich, hängt weitgehend von den Lehrkräften ab.

Politische Bildung ist sowohl Unterrichtsprinzip als auch Schulfach: 1970 als unverbindliche Übung eingeführt, ist sie heute in den einzelnen Schultypen noch unterschiedlich verankert. In der Berufsschule ist sie ein eigenes Unterrichtsfach, in allen anderen Schulformen wird Politische Bildung ab der 8. Schulstufe in Kombination mit (Zeit-)Geschichte, Recht oder Wirtschaftskunde angeboten. Außerdem müssen entsprechende Themen anlassbezogen schon ab der Volksschule in allen Schulstufen fächerübergreifend in den Unterricht eingebaut werden. Laut aktuellem Regierungsprogramm wird Politische Bildung schon ab der 6. Schulstufe im Gegenstand „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ fix verankert. Ein entsprechender Lehrplanteilwurf ist bereits ausgearbeitet.

## Blended Learning

Wie unser Alltag und die Arbeitswelt in 25 Jahren aussehen werden, ist weitgehend ungewiss. Ziemlich sicher ist, dass Computer, Internet und Co eine wichtige Rolle spielen werden. Als Blended Learning bezeichnen ExpertInnen den Mix aus konventionellem Unterricht und digitalen Lehr- und Lernmethoden; „efit21 – Digitale Bildung“ heißt die entsprechende Strategie des BMBWF. Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek: „Kein Kind soll die Schule ohne digitale Kompetenzen verlassen. Es ist wichtig, Schülerinnen und Schüler so früh wie möglich zu einem reflektierten und sinnvollen Umgang mit digitalen Medien hinzuführen und allen Kindern



**In einer schneller und zugleich größer werdenden Welt stellt sich die Frage: Welches Wissen soll oder kann die Schule eigentlich vermitteln?**

die nötigen Grundkompetenzen zu vermitteln. Nur so können sie als Gestalterinnen und Gestalter in einer zunehmend digitalisierten Welt eine aktive Rolle übernehmen.“ Die Palette reicht von E-Books im Rahmen der Schulbuchaktion (digi4school) über Smart-Boards als Hightech-Version der üblichen Schultafel bis zu Lernplattformen.

### Virtueller Lernraum

„In Österreich steht vier von fünf SchülerInnen der **Sekundarstufe** eine Lernplattform als virtueller und geschützter Lernraum zur Verfügung, das ist in keinem anderen europäischen Land besser“, so Heinisch-Hosek. Auf diesen Plattformen (z. B. Edumoodle) können sich PädagogInnen vernetzen, Erfahrungen teilen und mit SchülerInnen direkt kommunizieren. Es werden nicht nur Unterrichtsmaterialien angeboten und das selbstständige Lernen und Üben gefördert, auch gemeinsames und klassenübergreifendes Arbeiten an Themen und Projekten ist möglich.

Die ersten Notebook-Klassen wurden bereits in den späten 1990ern eingeführt. Mittlerweile gibt es in ganz Österreich rund 600 Laptop-Klassen und es sollen noch mehr werden. Während anfangs die Kosten noch stolz von den Eltern übernommen wurden, trat mit fortschreitender Verbreitung von Blended Learning immer deutlicher zutage, dass weniger begüterte SchülerInnen finanzielle Unterstützung brauchen.

Mit dem Projekt „Mobile Learning“ wollen BMBF und BMVIT Schulen und Eltern bei der Einführung neuer

Technologien unterstützen. 94 Schulen aus 31 regionalen Clustern nehmen daran teil und wurden mit insgesamt rund 2.000 (Leih-)Tablets für den Unterricht ausgestattet – zum Teil finanziert aus den Mitteln der Breitbandmilliarde.

Cooler Projektnamen können allerdings nicht ganz darüber hinwegtäuschen, dass Österreich im internationalen Vergleich auch in puncto IT-Skills ziemlich weit hinten liegt. Das Bildungsministerium ist zwar stolz darauf, dass Österreich mit nur 2,9 SchülerInnen pro Computer deutlich unter dem OECD-Schnitt von 4,7 liegt, aber erstens finden sich in der OECD auch weniger begüterte Länder, der Durchschnitt sollte also für ein reiches Land wie Österreich nicht unbedingt ein Maßstab sein. Zweitens gab es in der PISA-Studie „Computers and Learning: Making the Connections“ leider auch einige unerfreuliche Ergebnisse. Bei der aufgabenorientierten Internetsuche etwa lag Österreich deutlich unter dem OECD-Schnitt.

### Durchlässigkeit erhöhen

Verbesserungswürdig ist bekanntlich auch die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems. Dabei geht es nicht zwangsläufig um die Erhöhung der AkademikerInnenquote, sondern um echte Chancengleichheit. Inwieweit Schule Begabungen erkennen und die persönliche Entwicklung fördern kann, sogar Spaß machen kann, hängt zu einem großen Teil auch von den Fähigkeiten und dem Engagement der Lehrkräfte ab. Schulen müssen keineswegs jeden Trend mitma-

chen, aber sie sollten doch am Puls der Zeit sein. Teamteaching etwa sollte angesichts von Integrationsklassen, Projektunterricht und **Bilingual Schools** auch für LehrerInnen, die sich traditionell eher als EinzelkämpferInnen sehen, zur Selbstverständlichkeit werden. Damit wären sie außerdem auch bezüglich Teamfähigkeit ein Vorbild. Über die Jugend von heute zu klagen, die keinem Vortrag folgen kann, ohne sich nebenbei mit dem Smartphone zu beschäftigen, hilft niemandem.

In Zeiten des Infotainments sind auch Erwachsene schneller gelangweilt und greifen zum Handy – das sich ja auch für Notizen und Hintergrundrecherche eignet. Die Halbwertszeit von Wissen wird immer kürzer und im Laufe einer jahrzehntelangen Lehrtätigkeit sind Flexibilität und Toleranz unverzichtbar. Im Sinne der Kinder und Jugendlichen bleibt nur zu hoffen, dass diese Eigenschaften durch bürokratische Hürden nicht überstrapaziert werden.

Internet:

Virtuelle Schule:  
[www.virtuelleschule.at](http://www.virtuelleschule.at)

OECD-Studie im Internet:  
[tinyurl.com/qfveyu4](http://tinyurl.com/qfveyu4)

Lehrkräfte-Toolkits zu den Themen Sicherheit und Gesundheitsschutz (für 7- bis 11-Jährige):  
[tinyurl.com/qzct8vt](http://tinyurl.com/qzct8vt)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Von GegnerInnen zu PartnerInnen

*Rund 26.000 SchülerInnen haben den ersten Durchgang der Zentralmatura überstanden. Wir haben bei AbsolventInnen nachgefragt, wie es gelaufen ist.*

Alexandra Rotter  
Freie Journalistin

**W**enn Hannah Lintner an ihre Matura zurückdenkt, hat sie gemischte Gefühle. Sie war eine von rund 26.000 SchülerInnen, die an der ersten standardisierten Reife- und Diplomprüfung in Österreich, der Zentralmatura, teilgenommen haben.

Lintner, die am Bundesoberstufenrealgymnasium (BORG) in Spittal an der Drau maturiert hat, hat alle Fächer gemeistert und sogar Mathematik, die nie ihr Steckenpferd war, gut geschafft. Doch das Drumherum, die Unklarheit über Termine, die Unsicherheit der LehrerInnen und die teils schlechte Organisation mit kurzfristigen Änderungen haben viel Unruhe reingebracht: „Ich denke, die Zentralmatura hätte viel gechillter ablaufen können, wenn man erst ein paar Klassen später angefangen hätte, sodass die Schüler schon früher darauf vorbereitet worden wären.“ Ihre Erfahrung war unter anderem, dass LehrerInnen verzweifelt waren, weil sie selbst nicht wussten, was sie tun sollten, und ihren Frust an der Klasse ausgelassen haben.

## Server überlastet

Wenige Monate nach Runde eins ist vor allem die Panne mit den Vorwissenschaftlichen Arbeiten (VWA) gut in Erinnerung: Der Server, auf den die SchülerInnen ihre Arbeiten hochladen mussten, war überlastet und fiel aus, was dazu führte, dass die Arbeiten nicht fristgerecht abgegeben werden konnten. Davon wa-

ren nicht nur eine Handvoll MaturantInnen betroffen: Im Gegensatz zu früher, wo man freiwillig eine Fachbereichsarbeit schreiben konnte, muss jetzt jede/r SchülerIn eine VWA im Umfang von 40.000 bis 60.000 Zeichen schreiben. Natürlich fiel wegen des Serverausfalls niemand durch, aber der angesichts der Matura ohnehin schon erhebliche Stresspegel wurde noch mehr in die Höhe getrieben. Aufreibend war auch, dass Prüfungsfragen in manchen Klassen verspätet ankamen, sodass sich Prüfungen verzögerten, und dass Beurteilungsschlüssel bis kurz vor der Matura geändert wurden.

## Stressige VWA

Das Schreiben der VWA hat bei vielen SchülerInnen für Stress gesorgt. Die meisten haben zuvor noch nie eine Arbeit in so großem Umfang verfasst, in der noch dazu zitiert werden muss. Selbst einer **Plagiats**prüfung werden die Arbeiten unterzogen. Gerade bei der VWA zeigte sich, dass die Vorbereitung durch LehrerInnen entscheidend ist. Julia Steiner, die vergangenen Sommer im BRG/BORG in Kirchdorf an der Krems maturiert hat, fand die VWA super: „Sie ist der einzige Teil bei der Zentralmatura, wo du individuell über das schreiben kannst, was dich interessiert. Und sie ist eine super Vorbereitung für die Uni.“ Steiner erzählt, dass „relativ viel Stress“ um die VWA gemacht wurde, obwohl diese „eine an sich doch relativ einfache Sache“ sei.

Hannah Lintner hat nicht so positive Erinnerungen: Sie schrieb über Tattoos und Piercings – ein Thema, für das sich kein/e LehrerIn interessierte. Des-

## BUCHTIPP

Katharina Maag Merki:

### Zentralabitur

Die längsschnittliche Analyse der Wirkungen der Einführung zentraler Abiturprüfungen in Deutschland  
Springer Verlag, 412 Seiten,  
2015, € 36,99

ISBN: 978-3-531-94023-6

### Bestellung:

[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)



halb wurde sie nicht von einem oder einer von ihr gewünschten LehrerIn betreut, sondern der Gitarrenlehrerin zugeordnet. Die Vorbereitung auf die VWA war ebenfalls enttäuschend: „Wir hatten in der sechsten Klasse das Fach VWA und haben ein Buch bekommen – und dann nichts mehr.“ Zudem hätten LehrerInnen einander etwa bei den Zitierregeln widersprochen bzw. waren selbst unsicher. „Ich habe viel dafür tun müssen, aber die VWA ist keine wissenschaftliche Arbeit. Das Einzige, was man dabei lernt, ist, sich mit einem Thema auseinanderzusetzen und ein paar Seiten darüber zu schreiben.“ Immerhin: Lintner erntete am Ende Lob für ihre VWA.

## Diverse Meinungen

Zur Mathematik-Zentralmatura gibt es ebenso diverse Meinungen. Grob gesprochen lautete die Kritik: Die neue Matura kommt jenen entgegen, die in Mathe Schwächen haben, unterfordert aber die

## Der erste Durchgang der Zentralmatura war für die SchülerInnen mit viel Stress verbunden.



anderen. Mit den Vorbereitungsmaterialien des **Bifie** konnten sich SchülerInnen gut wappnen, allerdings mussten sie nicht unbedingt verstehen, was sie tun, weil es teilweise reichte, sich an das Übungsbeispiel zu erinnern und das richtige Ergebnis anzukreuzen. Dass es mit der Vergleichbarkeit nicht weit her ist, zeigte sich daran, dass an manchen Schulen Taschenrechner verwendet werden durften, die Grafiken wie den Verlauf einer Kurve anzeigen, an anderen aber nicht. Aber immerhin schafften bereits 90 Prozent der SchülerInnen bei der schriftlichen Mathe-Matura eine positive Note.

### Vergeudete Chancen

Die Arbeiterkammer zählt zu den BefürworterInnen der Zentralmatura. Der erste Durchgang verlief aus ihrer Sicht mit Ausnahme von wenigen Punkten reibungslos. Laut Martina Laux, Expertin in der Abteilung Bildungspolitik der AK Wien, ist die Zentralmatura „ein guter Schritt, der das österreichische Schulsystem voranbringt“. Es sei fair und gerecht, dass alle SchülerInnen die gleiche Schwierigkeit vorfinden. Positiv sei auch, dass sich die Rolle der LehrerInnen im Unterricht ändere: Waren sie früher „im schlechtesten Fall strafende, prüfende GegnerInnen“ der SchülerInnen, würden sie durch die Zentralmatura zu „PartnerInnen, die wie TrainerInnen im Sport die SchülerInnen bei ihrer Zielerreichung unterstützen“, meint Laux. SchülerInnen würden zur Zielerreichung „mal mehr, mal weniger“ Förderung benötigen. Daher fordert die AK die indizierte Mittelverteilung, also dass „bei der Ressourcen-

verteilung zwischen den Schulen berücksichtigt wird, welche Voraussetzungen die SchülerInnen mitbringen“, sagt Laux. Viel zu tun sei noch bei der Nachbereitung der Prüfungsergebnisse: „Profi-SkifahrerInnen analysieren ihre Trainingsläufe, um besser zu werden – in der Schule passiert das aktuell nicht.“

Derzeit gebe es keine offizielle Strategie, was passieren soll, wenn die Prüfungsergebnisse an einem Schulstandort unterdurchschnittlich sind. Wie diese Schule unterstützt werden soll, ist für Laux eine sehr wichtige Frage: „Das Ministerium vergeudet eine große Chance, wenn die Ergebnisse quasi in den Akten-schrank gepackt und versperrt werden.“

### Bildung als Armutsvermeidung

Rainer Bölling, Bildungsforscher und Autor des Buchs „Kleine Geschichte des Abiturs“, wirft einen kritischen Blick auf den Trend, Reifeprüfungen zu zentralisieren: „Die Erfahrungen mit dem Zentralabitur deuten daraufhin, dass ein mittleres Level angesteuert wird und starke Schüler nicht so sehr gefordert werden.“

In den vergangenen zehn Jahren, seit das Zentralabitur in Deutschland breit angewendet wird, sei das Prüfungsniveau „sehr offensichtlich“ gesunken – und die Noten seien viel besser geworden. Aber ist eine steigende Anzahl an jungen Menschen mit Matura etwas Schlechtes? Schließlich erhöht hohe Bildung die Chancen auf beruflichen Erfolg und verringert die Armutsgefahr. Die EU strebt sogar bis 2020 an, dass mindestens 40 Prozent der Jugendlichen einen Hochschulabschluss haben. „Die

europäische Bildungspolitik ist auf dem falschen Weg“, warnt Bölling. In Frankreich etwa produziere man viele MaturantInnen, aber: „Ein großer Teil geht in die Jugendarbeitslosigkeit.“ Schwierig sei auch die Situation in den USA, wo viele das Studium abbrechen. Bewährt hätten sich dagegen Schulsysteme mit Berufsbildung wie in Österreich. Außerdem: „Wenn die Abiturientenquoten erhöht werden, gibt es mehr Konkurrenz an den Universitäten.“ Keinesfalls für sinnvoll hält Bölling es, die Erlaubnis zu studieren allein von der Performance der SchülerInnen während weniger Tage im Frühling abhängig zu machen. Die Bildungsministerin zeigte sich mit dem ersten Durchgang „sehr zufrieden“. Große Änderungen für das kommende Jahr seien nicht notwendig. Dann gilt die Zentralmatura flächendeckend für die berufsbildenden Schulen. Dann heißt es für 43.000 SchülerInnen, den Reifetest zu bestehen.

Internet:

Übersicht über die Zentralmatura:  
[www.bifie.at/srdp](http://www.bifie.at/srdp)

AK: Förderung von Schulen in sozial benachteiligten Bezirken:  
[tinyurl.com/powju9e](http://tinyurl.com/powju9e)

Gastbeitrag in der FAZ von Rainer Bölling:  
[tinyurl.com/lac6sur](http://tinyurl.com/lac6sur)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Autorin  
**Alexandra Rotter**  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Matura um jeden Preis?

*Die Reifeprüfung am Ende der Oberstufe ist der Eckpfeiler des höheren Schulsystems. Doch macht sie heute noch Sinn?*

Ingolf Erler  
Bildungssoziologe

**D**ie Matura ist für zahlreiche SchülerInnen ein psychischer Ausnahmezustand. Viele verfolgt die Vorstellung, noch einmal zu dieser Prüfung antreten zu müssen, sogar noch Jahre später in Alpträumen. Doch welche pädagogische oder gesellschaftliche Funktion hat dieser Reifetest eigentlich?

Der in Deutschland übliche Begriff „Abitur“ weist auf einen der Ursprünge dieser Prüfung hin, denn er leitet sich vom neulateinischen Wort *abiturire* ab, zu Deutsch ab- oder weggehen. Grundsätzlich ist sie ein Abgangszeugnis der höheren Schulen. Der in Österreich übliche Begriff „Matura“ verweist auf eine zweite Funktion: Wer die Prüfung besteht, ist „reif“ fürs Studium. Die Reifeprüfung hat obendrein eine gesellschaftliche Funktion, denn sie zeigt an, welche Wissensinhalte heute als gesellschaftlich legitim angesehen werden. Nicht zu vergessen: Die Matura ist immer auch die Abgrenzung einer „gebildeten Elite“ vom Rest der Gesellschaft.

## Erfindung des preußischen Staates

Die Reifeprüfung ist eine Erfindung des preußischen Staates aus dem Jahr 1788. Sie entstand als Kriterium für den Hochschulzugang, der bis dahin kaum geregelt war. Nicht jeder brachte damals die nötigen Voraussetzungen nach wenigen Jahren Schule mit, daher versuchte man, den Zugang einzuschränken. Groß war die Freude mit dieser Prüfung nicht. Wohlhabende Eltern fürchteten um ihren Sta-

tus, sollten ihre Kinder scheitern. Den Staat wiederum plagten andere Sorgen: Man befürchtete, dass die Beschäftigung mit antiken Sprachen das republikanische Denken gegen das „preußisch-monarchistische Gefühl“ zu sehr fördern könnte. Der damalige deutsche **Kaiser Wilhelm II.** etwa warnte vor einer „allzu starken Überproduktion der Gebildeten“ und **Bismarck** vor einem „staatsgefährlichen Proletariat der Gebildeten“.

In der Realität machte nur eine verschwindend kleine Minderheit das Abitur: Gerade einmal zwei Prozent der Bevölkerung schafften diesen Abschluss. Zur Jahrhundertwende stieg die Zahl schließlich an, als endlich auch Mädchen zum Abitur zugelassen wurden. In Österreich gab es ähnliche Diskussionen. Hier verordnete **Maria Theresia** im Jahr 1776 ein fünfjähriges Gymnasium mit strenger Schlussprüfung. Im Jahr 1849 entstand schließlich das Gymnasium in der heutigen Form mit einer Maturitätsprüfung als Abschluss.

## Großer Anstieg

Die anfangs geringe Zahl an Maturanten stärkte die Vorstellung von einer Bildungselite, die sich nach unten abgrenzte. Zumindest quantitativ lässt sich dies nicht mehr bestätigen: Im Jahr 1960 haben 10.832 SchülerInnen maturiert, im Jahr 2013 waren es 43.987 und damit vier Mal so viele. Zugleich machte sich der Ausbau der Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) bemerkbar: Der Anteil der AHS-AbsolventInnen unter den MaturantInnen sank von 68 Prozent im Jahr 1960 auf 42 Prozent im Jahr 2013. In der Al-

tersgruppe der 18 bis 19-Jährigen ist die Anzahl der MaturantInnen deutlich gestiegen: Seit 1987 hat sich ihr Anteil von 24,9 auf 42,4 Prozent erhöht.

## Zwischenstation

Damit erfuhr die Matura einen Bedeutungswandel: Lange Zeit war sie ausreichende Einstiegsqualifikation für eine Beamten- oder Bankenlaufbahn, ohne dass auf sie zwingend ein Studium gefolgt wäre. Mittlerweile ist vor allem die AHS-Matura Zwischenstation auf dem Weg zu einem akademischen Abschluss. Demgegenüber bietet die BHS beides: sowohl die berufliche Qualifikation, die zum Teil sehr stark am Arbeitsmarkt nachgefragt wird, als auch die Studienberechtigung.

Die bestandene Matura hat in jedem Fall noch einen großen symbolischen Wert. Auch das Projekt der Lehre mit Matura soll nicht unbedingt mehr Personen mit Lehrabschluss an die Hochschulen führen. Vielmehr soll dadurch die Lehre für Jugendliche wieder attraktiv gemacht werden. Dafür bräuchte es aber wohl mehr Maßnahmen (siehe auch „Liebling zwischen Sein und Schein“, S. 26). Viele Jugendliche wählen schließlich auch deshalb eine Lehre, weil sie mit ihrer Schulzeit negative Erfahrungen verbinden und für sie das Lernen in der Schule unattraktiv ist. Sie erst recht wieder auf die Schulbank zu zwingen, scheint zumindest diskussionswürdig, zumal ihnen der Weg an die Uni über die Studienberechtigungsprüfung zu einem späteren Zeitpunkt immer noch offen steht. Einen sehr span-

**Die Matura eröffnet Wahlmöglichkeiten. Aber ist es wirklich sinnvoll, alle Jugendlichen die „Reifeprüfung“ absolvieren zu lassen?**



nenden Weg gehen in diesem Zusammenhang die Fachhochschulen: Sie sind auch für Personen mit Lehrabschluss, BMS oder spezifischen beruflichen Qualifikationen offen. Diese müssen allerdings Zusatzprüfungen ablegen, um ihre „Reife“ zu beweisen.

## Ritual

Wozu ist die Matura also eigentlich gut? Im schulischen Bereich ist sie in erster Linie eine Art Ritual, pflichtet Heidi Schrodtr, Bildungsexpertin und langjährige AHS-Direktorin, bei. Ein Ritual aber ließe sich auch auf andere Weise durchführen. Die Hauptfunktion besteht also darin, die allgemeine Hochschulreife zu belegen. Mittlerweile hat sich die Schullandschaft allerdings verändert. So haben sich die höheren Schulen in eine Vielzahl an alternativen Zweigen ausdifferenziert. Nicht nur die AHS unterscheidet sich von HTL, von HAK, HLW und anderen Schulformen. Das Portal [htl.at](http://htl.at) des Bildungsministeriums listet allein 57 unterschiedliche Fachrichtungen im HTL-Bereich auf. Daneben bestehen mit der Lehre mit Matura, der Externistenmatura oder Berufsreifeprüfung sowie der Studienberechtigungsprüfung eine Vielzahl an weiteren Möglichkeiten, den Hochschulzugang zu erhalten.

Man mag die Vielfalt an Angeboten begrüßen, sie wirft allerdings auch einige Fragen auf: Wie lässt sich bei einer so großen Zahl an Schulvarianten ein gemeinsamer Standard für eine Reifeprüfung festlegen? Mit der Zentralmatura hat man versucht, diesen zu definieren. Allerdings wirkt dies fast wie der Ver-

such einer Quadratur des Kreises. Immerhin unterscheiden sich beispielsweise die Lehrpläne in Mathematik bereits zwischen den technischen Fächern so stark, dass es im Grunde nicht möglich ist, gemeinsame Standards auf Maturaniveau zu prüfen.

Die Vielfalt im schulischen Bereich ist allerdings harmlos gegenüber der tertiären Bildungswelt. Die Seite [studienwahl.at](http://studienwahl.at) des Wissenschaftsministeriums listet allein in Österreich 2.332 Studienrichtungen an Bachelor-, Master- und Doktoratsstudien auf. Für diese Breite an Studienrichtungen einen gemeinsamen Nenner festzulegen, welche Kenntnisse eine Reifeprüfung abdecken müsste, ist unmöglich.

## Freier Unizugang?

An den Universitäten und Hochschulen wurden Hürden immer beliebter, um die große Zahl der Studierwilligen einzuschränken. So führt mittlerweile eine steigende Anzahl von Studienrichtungen Aufnahmeverfahren durch. Wenn auf diesem Weg der freie Hochschulzugang endgültig ausgehebelt wird, stellt sich tatsächlich die Sinnfrage für die Matura als Reifeprüfung fürs Studium. Stattdessen könnte auch das Abschlusszeugnis der letzten Klasse genügen. Bildungsexpertin Schrodtr verweist auf Schweden, wo ein ähnliches System besteht. Dort ist es auch durchaus üblich, dass Fächer, die für ein Studium erforderlich sind, in Kursen der Erwachsenenbildung nachgeholt werden.

Eine andere Variante wäre die Änderung der Prüfungsordnung. Der Slawist und Bildungsforscher Gero Fischer etwa

schlägt vor, den Bereich der vorwissenschaftlichen Arbeit in eine Art „individualisierte“ Matura umzubauen. Diese könnte sich explizit an den Anforderungen eines späteren Studiums orientieren. Zudem könnte man Kurse anbieten, in denen sich die SchulabgängerInnen für den späteren Weg vorbereiten können, ob dieser in den Arbeitsmarkt oder an eine Hochschule führt. Damit könnte auch ein weiteres Problem gelöst werden, denn viele Drop-outs an den Universitäten hängen mit der falschen Fächerwahl und einem schwierigen Uni-Einstieg zusammen.

Die ersatzlose Abschaffung der Matura aber beinhaltet vor allem ein großes Risiko: Damit wäre der Weg für Aufnahmeprüfungen in allen Studienrichtungen frei. Zudem eröffnet dies privaten Anbietern einen riesigen Markt für Kurse, um SchülerInnen auf diese Prüfungen vorzubereiten – wie sie an den Medizinunis bereits Realität sind. Somit würde der Hochschulzugang wieder zu einer finanziellen Hürde. Dagegen ist die weitestgehend kostenfreie Matura sicherlich die bessere Alternative. Die Durchlässigkeit zu erhöhen, darin sehen viele ExpertInnen den zentralen Auftrag an die Bildungspolitik – die Diskussion über die Matura ist dabei ein Baustein.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[mail@ingolferler.net](mailto:mail@ingolferler.net)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Irinas Weg

*Kinder aus ArbeiterInnen-Familien sind an den Universitäten eine Ausnahmeerscheinung. Nötig wäre eine Willkommenskultur.*

John Evers

*Erwachsenenbildner und Historiker*

Irina absolviert momentan den letzten Abschnitt für die Studienberechtigungsprüfung (SBP) Medizin. Gefragt sind Grundlagen der allgemeinen, anorganischen und organischen Chemie. Die Vorbereitung auf diese Teilprüfung umfasste 60 Stunden Kursbesuch sowie ungefähr 60 Stunden Selbstlernzeit. Insgesamt muss Irina fünf solcher Prüfungen absolvieren (Deutschaufsatz, Biologie und Umweltkunde, Physik 1, Chemie 2 und eine Anatomieprüfung).

Die 30-Jährige hat nach der Hauptschule eine Fachschule für soziale Berufe besucht und arbeitet seit einigen Jahren – mit Unterbrechungen – in Pflegejobs. Ärztin zu werden war immer ihr Traum. Obwohl den Eltern gute Noten sehr wichtig waren, konnte ihr niemand so richtig den Weg von der Hauptschule zum Arztberuf erklären. Eine dreijährige Lehre oder Fachschule war demgegenüber greifbar – praktisch alle KollegInnen ihres Schuljahrgangs versuchten, diesen Weg zu gehen. Von der Möglichkeit einer Studienberechtigungsprüfung hat Irina erst viel später und durch Zufall erfahren.

## Mehrfache Ausnahmeerscheinung

So der Studienzugang nun tatsächlich gelingt, wäre Irina gleich mehrfach eine Ausnahmeerscheinung. Nur etwas mehr als elf Prozent aller österreichischen Studierenden erreichen den sogenannten tertiären Sektor über einen „nichttraditionellen Hochschulzugang“. Gemeint ist

damit ein anderer als der erste, schulische Bildungsweg, der – ganz traditionell – mit der Matura gekrönt werden muss. Besonders niedrig liegt dieser Anteil der „Nichttraditionellen“ bei den Universitäten, etwas höher ist er bei den Fachhochschulen. Letztere sind auch beim Zugang etwas offener und berücksichtigen beispielsweise Berufsausbildungen beim Zulassungsverfahren. Ebenfalls in diesen Wert hineingerechnet werden Personen, die über die Anerkennung ausländischer Abschlüsse zugelassen werden.

Im europäischen Vergleich liegt Österreich damit punkto „Aufwärtsmobilität“ im letzten Drittel. In England/Wales sowie in Schweden sind demgegenüber mehr als 25 Prozent der Studierenden „nicht traditionell“ auf die Uni gekommen. Auch wenn in Britannien Hochschulen durch universitäre Aufnahmeverfahren und Studiengebühren der Durchlässigkeit massiv entgegenwirken, kann vom dortigen Beispiel einiges gelernt bzw. abgeleitet werden.

In Schweden spielt der Formalabschluss bei der Studienzulassung im Grunde keine Rolle mehr. Selbst im auf das Abitur fixierten Deutschland darf seit 2009 mit absolvierter Meisterprüfung studiert werden. In Österreich erspart sich demgegenüber ein/e MeisterIn gerade einmal eine von vier Teilprüfungen der Berufsreifeprüfung.

Österreichische Statistiken zeigen allerdings auch, dass gerade diese atypisch Studierenden unter den besonders ambitionierten Studierenden überdurchschnittlich stark vertreten sind. Im obersten Zehntel, welches am aller-schnellsten das Studium abschließt

(neun Semester oder weniger), sind Personen mit Studienberechtigungs- bzw. Berufsreifeprüfung gemeinsam mit HAK-AbsolventInnen nämlich besonders zahlreich. Ein – in diesem Sinne – „hohes Maß an Zielstrebigkeit, Motivation und Disziplin“ ist laut Martha Eckl von der AK Wien ebenfalls bei den „First Generation Students“ zu finden. Das sind Studierende, die aus Haushalten kommen, in denen kein Elternteil einen Ausbildungsweg mit der Matura abgeschlossen hat.

In vielen Fällen handelt es sich wie bei Irina um klassische ArbeiterInnenkinder, die durch ihren besonderen Einsatz eine Reihe von strukturellen Benachteiligungen ausgleichen müssen. Wie dramatisch diese wirken, zeigt sich daran, dass nur 6,6 Prozent jener Kinder, deren Eltern maximal eine Pflichtschule abgeschlossen haben, den tertiären Bereich erreichen und weit weniger als die Hälfte der Studierenden (42 Prozent) zur Gruppe der „First Generation Students“ gehören.

## Reale Hürden und angebliche Ferne

Irinas Eltern war eine gute Ausbildung ihrer Tochter durchaus wichtig. Die Ressourcen, in der Oberstufe gegebenenfalls selbst Lernunterstützung zu geben oder zu finanzieren, waren aber ebenso wenig vorhanden wie Kenntnisse der Universitätslandschaft und auch die Möglichkeit, später ein Studium zu bezahlen. Fern von den Bedürfnissen und diskriminierend gegenüber der Möglichkeit, an eine Uni zu kommen, war und ist hier vor allem das Bildungssystem. Auch wenn Irina



© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

## Klassische ArbeiterInnenkinder müssen durch besonderen Einsatz eine Reihe von strukturellen Benachteiligungen ausgleichen.

diese entscheidenden Hürden letztlich doch überwinden konnte, ist ihr Hindernislauf noch lange nicht zu Ende. Begriffe wie MedAT (Aufnahmeverfahren Medizin) wirken nicht nur wie elitäre Geheimcodes, sondern stehen vor allem für weitere Selektionsinstrumente.

Bereits die ersten Studien zum MedizinerInnentest haben ergeben, dass der Anteil der Studierenden mit hochschulgebildeten Vätern durch diese Tests von 41 auf 55 Prozent stieg, jener mit Vätern, die über einen mittleren Abschluss verfügen, von 33 auf 27 Prozent sank. Die soziale Diskriminierung, die dieser Test bedeutet, lässt sich übrigens durchaus in konkreten Zahlen beschreiben: Die entsprechenden Vorbereitungskurse kosten inzwischen bis zu 2.000 Euro – Geld, welches Irina schlichtweg nicht hat.

### Unzureichende Stipendien

Überhaupt ist aus Sicht von AK und ÖGB die Finanzierung des Studiums ein zentraler Aspekt. Martha Eckl und andere ExpertInnen belegen in Beiträgen auf dem A&W-Blog, wie unzureichend beispielsweise das Stipendiensystem momentan aussieht. Seit Jahren wurden hier Erhöhungen weit unter den Lohnanpassungen vorgenommen, die Stipendienquote sank von über 26 auf 22 Prozent der Studierenden. Selbst Höchststipendien liegen unter der Mindestsicherung, durchschnittlich erhalten StipendienbezieherInnen – nach allen Abzügen – 272 Euro. Für Irina besonders relevant ist zudem die „Altersfalle“: Für die Beantragung eines Stipendiums gilt an sich

eine Altersgrenze von 30 Jahren, die bei langer Berufstätigkeit auf bis zu 35 Jahre ausgedehnt werden kann.

Weil das Stipendium nicht ausreicht, muss Irina zudem nebenberuflich arbeiten, was sich negativ auf die Stipendienhöhe und den Studienerfolg auswirken könnte. Doch nicht nur eine Erhöhung der Stipendienrate, der Beihilfenhöhe sowie der Altersgrenze ist notwendig, wenn „Öffnung“ und „Durchlässigkeit“ keine Schlagworte bleiben sollen.

### Echte Willkommenskultur gefragt

Entgegen der Kritik von AK und ÖH wurde gerade erst das „Flickwerk“ (AK) der Studieneingangs- und Orientierungsphase (STEOP) bis 2021 verlängert sowie zusätzlich ausgedehnt. Die STEOP, also ein verpflichtender Kanon von Prüfungen, der in einem kurzen Zeitabschnitt zu absolvieren ist, soll nun für fast alle Studien gelten. Eine entsprechende „Willkommenskultur“ für Menschen, die sich – wie beschrieben – zunächst schwerer beim „Studieneingang“ tun und dann vielleicht auch etwas mehr Zeit für die erste „Orientierung“ im Universitätsdschungel brauchen, sieht jedenfalls anders aus.

Neben mehr Geld und weniger Eingangshürden benötigen Studierende aus bildungsbenachteiligten Schichten auch Netzwerke. Vor allem in der ersten Studienphase können entsprechende Unterstützungsangebote dazu beitragen, eventuell fehlende familiäre Ressourcen auszugleichen. Versuche, hier deutsche Initiativen wie „Arbeiterkind.de“ auf Österreich zu übertragen, scheinen aber

vorerst ins Stocken geraten zu sein. In Graz existiert allerdings seit 2013 ein spezielles Programm: „Eigens ausgebildete MentorInnen, die selbst aus ‚bildungsfernen‘ Schichten kommen, stehen First Generation Students bei der Auswahl des Studiums zur Seite und beraten sie in den ersten beiden Semestern zu allen Fragen rund ums Studium und mögliche Unterstützungen.“ Bemerkenswert: Laut Uni Graz kommen 52 Prozent ihrer Studierenden aus „bildungsfernen“, also tatsächlich benachteiligten Schichten – deutlich mehr als der österreichweite Schnitt. Eigentlich schade, dass es so etwas nicht an allen österreichischen Universitäten gibt, immerhin könnten alle Studierenden der ersten Generation eine solche Unterstützung gut gebrauchen.

---

Internet:

Projekt Uni Graz:  
[tinyurl.com/o52on74](http://tinyurl.com/o52on74)

Literatur:

Magazin erwachsenenbildung.at Nr. 21,  
Februar 2014:

Das Versprechen sozialer Durchlässigkeit.  
Zweiter Bildungsweg und Abschlussorientierte  
Erwachsenenbildung:  
Abrufbar unter:  
[erwachsenenbildung.at/magazin/archiv.php](http://erwachsenenbildung.at/magazin/archiv.php)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[john.evers@vhs.at](mailto:john.evers@vhs.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Lernen fürs Arbeitsleben

*Bildung dient der Mehrung des Humankapitals. Das gelingt nicht allen. Die Schulausbildung wird zum „Platzanweiser für den Arbeitsmarkt“.*

Beatrix Bender

Sozialwissenschaftlerin

**D**ie unmittelbare Verwertbarkeit von Bildung gehört zum allgemeinen Credo. Die einen argumentieren mit der Bedeutung des Humankapitals für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes, die anderen mit Beschäftigungsfähigkeit und Verdienstmöglichkeit der ArbeitnehmerInnen. Bildung gilt als Produktionsfaktor zur Sicherung des individuellen Humankapitals. Das Konzept geht auf den Wirtschaftsnobelpreisträger **Gary S. Becker** zurück, eingebettet in die neoliberale Kaderschule der **Chicago School of Economics**. Wer solcherart nicht gebildet sein will oder versagt, kommt in die Kategorie „bildungsfern“.

## Was soll ich werden?

Knapp vor der Jahrtausendwende galt HTML-Programmieren als aussichtsreicher Job. Wenige Jahre später übernahmen Content-Management-Systeme diese Arbeit. Heute kann dieses Szenario bereits jeden zweiten Beruf betreffen. Wie soll ich heute wissen, was der Arbeitsmarkt von morgen will? Diese Frage bewegt nicht nur Jugendliche. Die Halbwertszeit einer Ausbildung sinkt, Weiterbildung in jeder Lebensphase lautet das Gebot der Stunde. Bereits 1962 forderte ein EU-Memorandum „Lebenslanges Lernen“. „Es setzt unter Druck und legitimiert Ausgrenzung. Wer es nicht schafft oder nicht dazu bereit ist, sich permanent anzupassen, ist selbst schuld“, kritisiert der Bildungsforscher Erich Ribolits. Eine zu Jahresbeginn von WIFO und IHS er-

stellte Studie zum Qualifikationsbedarf in Österreich untersuchte die beruflichen Bildungsherausforderungen. Die Ergebnisse der im Auftrag der Arbeiterkammer verfassten Studie:

- » Der Qualifikationsbedarf steigt in allen Berufen und Tätigkeiten – am stärksten innerhalb der Berufe.
- » Der strukturelle Wandel forcierte den Bedarf an weiterführenden und hochschulischen Qualifikationen.
- » Der Wettbewerb um die Jungen beginnt bereits vor der Ausbildung.
- » Polarisierung: Beschäftigungszuwächse gibt es sowohl bei den Höherqualifizierten als auch am unteren Ende des Qualifikationsspektrums.
- » Bei vielen Menschen entspricht die Beschäftigung nicht der Qualifikation.
- » Migration und Bildung: Integrationspolitik muss qualifikations- und kompetenzorientiert sein.
- » Der Arbeitsmarkt kann immer weniger auf die Älteren verzichten.
- » Weiterbildung, lebensbegleitendes Lernen und lernfreundliche Arbeitsumgebung sind für alle Beschäftigtengruppen wichtig.

Damit aus einer Qualifikation ein attraktives Jobprofil wird, braucht es das Ineinandergreifen von „formaler Ausbildung, berufsübergreifenden und sozialen Kompetenzen“, so die Koautorin der Studie Julia Bock-Schappelwein. Die Bedeutsamkeit von Soft Skills erklärt sich aus den sich verändernden Anforderungen in der Arbeitsorganisation: Die Zusammenarbeit in wechselnden Teams oder das virtuelle Arbeiten in der Cloud verlangen die Fähigkeit zur Selbstreflexion genauso wie Einfühlungsver-

mögen und Kommunikationsstärke. Die Studie legt aber auch Widersprüche offen, zeigt, dass Bildung nicht alle Arbeitsprobleme löst.

## Mismatch

Im Jahr 2010 war mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen nicht bildungsadäquat beschäftigt. Besonders Frauen (27,4 Prozent) und MigrantInnen (33,4 Prozent) arbeiten unter ihrem Qualifikationsniveau. Die Ingenieurin, die als Reinigungskraft arbeitet, oder die Sozialwissenschaftlerin, die bei ihrem Studentenjob in der Gastronomie „hängenbleibt“, sind keine Einzelfälle. Deutlich zeigt sich dieses Mismatch in der Berufsgruppe der Hilfskräfte, der Großteil der Beschäftigten ist formal überqualifiziert.

Dieser Befund überschneidet sich mit einer Analyse des Arbeitsmarktforschers Manfred Krenn, der die anhaltende Nachfrage im Bereich der Einfacharbeit behandelt. 700.000 Arbeitsplätze für angelernte Hilfstätigkeiten, für die keine Berufsausbildung nötig ist, stehen 545.000 PflichtschulabsolventInnen gegenüber. Nur 37,3 Prozent der Beschäftigten in Einfacharbeiten verfügen über keine Berufsausbildung, über die Hälfte hat einen Lehrabschluss und zwölf Prozent haben Matura oder einen Universitätsabschluss. Es gibt individuelle Gründe, um eine Qualifikation beruflich nicht nutzen zu können; Kompetenzen, die man nicht nutzt, verbrauchen sich. Zugleich decken die Zahlen einen Verdrängungswettbewerb auf. Da stellt sich die Frage: Rechnet sich Bildung?



## Wer weiß schon, welche Qualifikationen am Arbeitsmarkt der Zukunft gebraucht werden?

Je zusätzliches Ausbildungsjahr erhöht sich der durchschnittliche Bruttostundenlohn um neun Prozent. Allerdings ist die Bildungsrendite von Frauen tendenziell niedriger. OECD-Studien zufolge ist die Lohnprämie für ein Studium im Vergleich zur Sekundärausbildung niedriger. Besonders Frauen bringt ein Jahr Hochschulbildung finanziell am wenigsten, womit Österreich an letzter Stelle von 21 OECD-Ländern liegt. Aber: Ein Studium erweist sich als bester Schutz vor Arbeitslosigkeit. Menschen mit Pflichtschulabschluss haben ein mehr als doppelt so hohes Risiko arbeitslos zu werden.

### Vorteile der Berufsqualifikation

Auch die Lohnprämie für eine Sekundärausbildung (Lehre, BHS, AHS) zahlt sich gegenüber einer Pflichtschulausbildung aus. Wer sich die ausbildungsspezifischen Erwerbchancen ansehen will, nutzt „BibEr“, das von AMS und Statistik Austria betreute „Bildungsbezogene Erwerbskarrierenmonitoring“. Es zeigt die Erwerbsverläufe je nach Ausbildungstyp, die Einkommenshöhe und den Arbeitsstatus.

Abgesehen von Geld lassen sich die Vorteile einer Berufsqualifikation auch anders belegen. So sind Menschen mit höherer Ausbildung zufriedener, gesünder und haben eine längere Lebenserwartung. Liegt das nun an der Qualifikation oder an den Lebensumständen?

„Ich weiß nicht, was kommen wird. Deshalb brauche ich einen guten Rucksack, um den Weg zu meistern“, skizziert Bock-Schappelwein die große He-

rausforderung für die Bildung der Zukunft. Deshalb brauche es einen Mix an Qualifikationen, praktischen Arbeitserfahrungen und einen Abschluss, der über die Pflichtschule hinausgeht. „Wo fallen Entscheidungen für Bildungskarrieren? In der Volksschule. In der Eingangsphase müssen ausreichend Mittel und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden“, fordert die Ökonomin.

Diese Einschätzung stützen internationale Studien, die zudem das Gesamtschulsystem als eine notwendige, wenn auch nicht ausreichende Bedingung für mehr Chancengleichheit ansehen. In Österreich wird nicht nur Vermögen vererbt, sondern auch Bildungsabschlüsse. Deshalb wäre es dringend geboten, die Durchlässigkeit zu weiterführenden Ausbildungen zu erhöhen.

### Lust am Lernen

Trotz aller Bemühungen wird es immer Menschen geben, deren Lieblingslied „Nie mehr Schule“ heißt. Die von der EU angeregte stärkere Zertifizierung informell erworbenen Wissens steckt in Österreich noch in den Anfängen. Projekte zur Anerkennung von Lehrabschlüssen, wie „Du kannst was!“ in Oberösterreich, heben sich positiv ab. Unternehmen sind gefragt, lernfreundliche Arbeitsumgebungen zu schaffen: Arbeit, die Raum bietet für selbstständige Entscheidungen und arbeitsplatznahe Qualifizierung. Wie erhalten wir uns Neugierde und Lust am Lernen? Diese vermittelt ein ungewöhnliches Filmdokument. In „Rosi, Kurt und Koni“ porträtiert Hanne Lassl Lebensläufe von Ös-

terreicherInnen mit bruchstückhaften Lese- und Schreibkompetenzen. Das betrifft fast eine Million Menschen. Sie zeigt nicht nur die Hürden und Beschämung, die diese Menschen erleben, sondern ebenso ihren Kampf um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, was Lernen auch bedeutet.

### Fähigkeiten für Innovation

„Lernen ist mehr als Lernen, um sich der Welt anzupassen, sondern Lernen heißt auch, sich die Welt anzupassen. Bildung hat mit Freiheit zu tun, heißt Zeit zu haben, nachzudenken, Umwege zu gehen, auf Abwege und eigene Ideen zu kommen, quer zum normalen Denken“, sagte der Bildungsforscher Erich Ribolits in einer Diskussion. Anders ausgedrückt: All das sind Fähigkeiten für Innovation – und die braucht die Arbeitswelt von morgen sicher.

Internet:

Bildungserträge in Österreich von 1999 bis 2005 (IHS und Statistik Österreich), 7/2007:  
[www.equi.at/dateien/Bildungsrendite\\_IHS-STATA-05.pdf](http://www.equi.at/dateien/Bildungsrendite_IHS-STATA-05.pdf)

Nationaler Bildungsbericht 2009:  
[www.bifie.at/buch/936/1/d](http://www.bifie.at/buch/936/1/d)

Projekt Bildungsbezogenes Erwerbskarrierenmonitoring:  
[tinyurl.com/qzbjdo](http://tinyurl.com/qzbjdo)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[beatrice@beneder.info](mailto:beatrice@beneder.info)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Bildung? Ja, bitte!

*Was die gewerkschaftliche Bildungs- und Kulturarbeit zu etwas Besonderem macht und warum Spaß dabei wichtiger ist als der Markt.*

Sabine Letz

Leiterin des ÖGB-Referats für Bildung,  
Freizeit, Kultur; Geschäftsführerin des VÖGB

**S**eminare, Lehrgänge, Workshops, Veranstaltungen – das gewerkschaftliche Bildungsangebot ist umfangreich und vielfältig. Es ist jedoch mehr als die Summe all dieser Angebote. Doch was macht die gewerkschaftliche Bildungsarbeit aus, was ist das Besondere, was unterscheidet sie von anderen Angeboten der Erwachsenenbildung? Prinzipiell geht es darum, ArbeitnehmerInnen und vor allem ArbeitnehmervertreterInnen in die Lage zu versetzen, bei der Problemlösung kollektiven und nicht individuellen Interessen zu folgen. Zusammenhänge zu erkennen und zu hinterfragen, das Gelernte zu reflektieren, sind dabei wesentliche Elemente. Weder ReferentInnen oder ExpertInnen sollen unhinterfragt „die Welt erklären“ noch „Dr. Google“. Das braucht ausreichend Raum und Zeit und gelingt natürlich in länger dauernden Lehrgängen leichter als in einem zweitägigen Seminar.

## Politische Bildung

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit unterliegt nicht der Logik des Marktes (Was verkauft sich gut?) und der reinen Verwertbarkeit (Was bringt mir ein Zertifikat?) wie Angebote anderer Erwachsenenbildungseinrichtungen. Es beinhaltet Dauerbrenner z. B. aus dem Bereich der Sozialen Kompetenz oder dem Arbeitsrecht genauso wie klassische „politische“ Themen wie Antirassismus oder die Europäische Union – wobei de facto alle

Themen in der gewerkschaftlichen Bildung auch politische Themen sind.

Gewerkschaftliche Bildung ist immer politische Bildung, weil es darum geht, die vermittelten Inhalte und die erworbenen Kompetenzen im gesamtpolitischen Kontext zu sehen, Verbindungen zwischen den Themen zu schaffen und Zusammenhänge herzustellen.

Martin Allespach, Hilbert Meyer und Lothar Wentzel beschreiben das in ihrem Buch „Politische Erwachsenenbildung“ folgendermaßen: „Eine politische Bildung, die ‚nicht Akzeptanzbeschaffung für bestehende gesellschaftliche Verhältnisse‘ ist, sondern ‚kritische Instanz zur Problematisierung gesellschaftlicher Widersprüche. Sie stellt den Anspruch, Politik zu entschlüsseln, Zusammenhänge durchschaubar zu machen und neue Perspektiven aufzuzeigen.“

## Ziele und Besonderheiten

Die Fähigkeit zu analysieren, strategisch zu denken, zu argumentieren, mitzugestalten und vor allem auch über Grenzen hinweg zu denken und zu handeln ist wesentliches Ziel der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Und dabei sind sowohl die Grenzen im Kopf, die es manchmal zu überwinden gilt, gemeint, als auch ein transnationales Agieren über den eigenen Standort hinaus. Bildung ist nicht nur da, um Menschen fit für den Markt zu machen. Gewerkschaftliche Bildung hat deswegen eine ganz spezielle Rolle, da sie die Prinzipien der Kollegialität, der Solidarität vermittelt – Grundwerte, die die Basis jedes gewerkschaftlichen Handelns sind. Und gerade diese gewerkschaftliche

## BUCHTIPP

Klaus Ahlheim,  
Horst Mathes:

**Utopie denken**

**Realität verändern:**

Bildungsarbeit in den  
Gewerkschaften

Offizin Verlag, 155 Seiten,  
2011, € 13,80

ISBN: 978-3930345915

**Bestellung:**

[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)



Handlungskompetenz hat viel mit dem Aufbau von Haltungen zu tun und damit, selbstbewusst und auf gleicher Augenhöhe politisch zu argumentieren.

Es ist daher auch eine Besonderheit der gewerkschaftlichen Bildung, dass das Ziel nicht ist, den individuellen Marktwert zu erhöhen. Im Gegenteil, das Ergebnis dieses Lernprozesses ist sehr oft, dass die ArbeitnehmervertreterInnen danach verstärkt mit Konflikten und Auseinandersetzungen auf betrieblicher Ebene konfrontiert sind, wenn sie das Erlernte im Interesse der Beschäftigten umsetzen. Umso wichtiger ist es, die KollegInnen auch für diese Herausforderung mit **Empowerment**-Angeboten zu unterstützen und zu begleiten.

Das Ziel ist es, eine Aus- und Weiterbildung anzubieten, die aus der Praxis kommt, sich an den Herausforderungen der Arbeitswelt orientiert und GewerkschafterInnen in der Vertretung von ArbeitnehmerInneninteressen bestmöglich unterstützt. Dies gelingt nur durch Entwicklung und Stärkung des gewerk-

## Gewerkschaftliche Bildung will ArbeitnehmerInnen in die Lage versetzen, Zusammenhänge zu erkennen und zu hinterfragen.

schaftlichen Bewusstseins, aus dem heraus erst Handlungs- und Konfliktfähigkeit entstehen kann.

### Vom Wissen zum Handeln

Konkret bedeutet das, Seminare mit dem Schwerpunkt inhaltliche Fachkenntnisse anzubieten und Sachkompetenz zu vermitteln. Die Inhalte allein nützen jedoch nichts, wenn man nicht weiß, wie man z. B. Recht durchsetzen und verhandeln soll. Daher ist auch soziale Kompetenz wesentlich. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit endet hier aber nicht, denn es gehört schließlich dazu, das Erlernte auch im Betrieb anzuwenden, es umzusetzen und Handlungskompetenz zu beweisen. Zudem ist es aus gewerkschaftlicher Sicht wichtig, das Wissen an andere weiterzugeben und als MultiplikatorInnen aufzutreten.

Eine der Besonderheiten in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ist die **Heterogenität** der TeilnehmerInnen – das spiegelt sich auch in den Angeboten wider. Die TeilnehmerInnen der einzelnen Seminare und Lehrgänge kommen aus unterschiedlichen Branchen, sind unterschiedlichen Alters und verschiedener Herkunft usw. Sie haben daher auch unterschiedliche Arbeits- und Lebensrealitäten, die in der Konzeption und Umsetzung berücksichtigt werden müssen.

Dies erfolgt einerseits innerhalb der einzelnen Angebote, andererseits gliedern sich die unterschiedlichen Angebote entlang dieser Zielgruppen. Es gibt Angebote für Gewerkschaftsmitglieder, die keine (oder noch keine) Funktion

haben, wie Diskussionsveranstaltungen, Kulturangebote oder die Gewerkschaftsschule. Für ArbeitnehmervertreterInnen gibt es österreichweit eine Vielzahl an Seminaren und Lehrgängen von unterschiedlicher Dauer. Dazu gehören die Grundkurse und Spezialseminare der Gewerkschaften, zentral und regional angebotene Tagesseminare und mehrtägige Seminare ebenso wie die länger dauernden Lehrgänge: Gewerkschaftsschule, BetriebsrätInnenakademie (BRAK) oder Sozialakademie (SOZAK).

Die zweijährige Gewerkschaftsschule stellt dabei eine Besonderheit dar: Sie wird österreichweit regional angeboten, findet abends statt und ist sowohl für Gewerkschaftsmitglieder mit als auch ohne Funktion in der ArbeitnehmerInnenvertretung zugänglich. Für ArbeitnehmervertreterInnen gibt es darüber hinaus noch zusätzliche Spezialangebote je nach ihrer Funktion (Behindertenvertrauenspersonen, BetriebsrätInnen im Aufsichtsrat, Sicherheitsvertrauenspersonen, KonfliktlotsInnen, Europäische BetriebsrätInnen usw.).

### Bindeglied

Aber auch ein spezielles Angebot für ReferentInnen und TrainerInnen, die in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig sind, gehört zur Palette dazu – in der ReferentInnenakademie erhalten sie eine Vielzahl an Train-the-Trainer-Angeboten. Das ist besonders wichtig, da die TrainerInnen und ReferentInnen als Bindeglied zwischen Gewerkschaft und TeilnehmerInnen eine Schlüsselfunktion haben. Im Rahmen der gewerkschaftlichen

Bildungsarbeit besitzt auch die gewerkschaftliche Kulturarbeit einen wichtigen Stellenwert. Sie verfolgt das Ziel, möglichst vielen ArbeitnehmerInnen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen.

Die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen wird vielfach als Bereicherung und Ausgleich zum stressigen Arbeitsalltag erlebt. Viele ArbeitnehmerInnen kommen jedoch viel zu selten in den Genuss von Kunst und Kultur. Die gewerkschaftliche Kulturarbeit umfasst dabei den Besuch von Veranstaltungen, Museen und Theateraufführungen genauso wie das aktive Mitwirken in Workshops (z. B. Schreibwerkstätten und Theaterworkshops).

### Lernen darf Spaß machen

Bei all den beschriebenen Zielen und Besonderheiten ist eines klar: Das alles kann nur gelingen, wenn auch der Faktor Spaß nicht zu kurz kommt. Nur wenn die Inhalte auch emotional ankommen, ist Lernen wirkungsvoll. Mit anderen Worten: Es darf, nein, es muss auch gelacht werden. Denn auch das ist eine Besonderheit der gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung.

Internet:  
[www.voegb.at](http://www.voegb.at)  
[www.facebook.com/voegb](https://www.facebook.com/voegb)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[sabine.letz@oegb.at](mailto:sabine.letz@oegb.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Lohndünger Weiterbildung

*Weiterbildung zahlt sich aus. Mehr Lohn für die Beschäftigten, aber auch mehr Gewinn für die Unternehmen – eine echte Win-win-Situation.*

**Petra Völkerer**

*Ökonomin, Referentin im Präsidialbüro  
Rudi Kaske*

**D**ie TeilnehmerInnen der BetriebsrätInnenakademie von ÖGB und AK sind zurzeit schwer beschäftigt: Täglich von 8 bis 17 Uhr heißt es „back to school“. Viel Neues wird hier täglich vermittelt – seien es betriebswirtschaftliche und arbeitsrechtliche Grundlagen, Gesundheits- oder Arbeitsmarktpolitik.

Ende Oktober stand einer dieser Tage ganz im Zeichen der Bildungspolitik. Nach einem Vormittag, der den Bogen von der Elementarpädagogik bis zur Hochschule spannte, stand der Nachmittag ganz im Zeichen der betrieblichen Praxis. Die TeilnehmerInnen stellen szenisch dar, wie und ob Bildung im jeweiligen Betrieb vorkommt. In längstens drei Minuten wurden vielfältigste Aspekte der betrieblichen Weiterbildungsrealität zutage gefördert.

## Win-win-Situation

Hier wurde die Bildungsbarriere verkörpert, dort darüber diskutiert, ob eine verpflichtende Weiterbildung in der Freizeit rechtens ist. E-Learning und die dadurch verursachte „Vereinzelung“ von Lernerfahrungen wurden genauso thematisiert, wie die Tatsache, dass auch bei einem vielfältigen betrieblichen Kursangebot noch lange nicht gesagt ist, wer was bekommt.

All diese Themen sind nicht nur für BetriebsrätInnen relevant, sondern auch für AK, Gewerkschaften und ÖGB ins-

gesamt. Vieles davon findet sich auch in ihren bildungspolitischen Programmen und Forderungen wieder.

Mit der sogenannten Digitalisierung der Wirtschaft geht auch eine Digitalisierung des Arbeitsplatzes einher – der „Arbeitsplatz 4.0“, wenn man so will. Die Prognosen sind nicht rosig: Viele Jobs sollen verloren gehen, und zwar nicht nur gering qualifizierte, sondern auch massiv im Bereich der mittleren Qualifikationsniveaus. In den anderen Jobs steigen die Ausbildungserfordernisse stark an. Qualifikationen veralten immer schneller, behaupten die ZukunftsforscherInnen. Daher reicht es nicht, allein im Schulsystem auf den digitalen Wandel bedacht zu nehmen.

LLL, also lebensbegleitendes Lernen, gewinnt für die Beschäftigten somit zunehmend an Bedeutung. Dazu kommt, dass es in alternierenden Gesellschaften wie der österreichischen auch ein demografisches Erfordernis ist, die Beschäftigten möglichst lang und gut weiterzubilden. Wichtigster Lernort dafür ist der Betrieb. Und hier die gute Nachricht: Die aktuelle AK-Studie „Betriebliche Weiterbildung in österreichischen Unternehmen“ zeigt, dass betriebliche Weiterbildung eine Win-win-Situation ist. Sie zahlt sich für alle Beteiligten aus.

## Höhere Produktivität

Studienautor René Böheim von der Uni Linz zeigt in der Studie den positiven Zusammenhang zwischen betrieblicher Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen und der Produktivität von Unternehmen auf. Die Daten stammen von der Euro-

päischen Erhebung über betriebliche Weiterbildung (CVTS4) und der Leistungs- und Strukturhebung. Im Rahmen des CVTS wurden in Österreich insgesamt 3.553 Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten im Produktions- und Dienstleistungssektor über ihre Weiterbildungsaktivitäten befragt. Unternehmen, die in betriebliche Weiterbildung investieren, sind demnach um rund 16 Prozent produktiver als jene, die das nicht tun. Dieser relativ hohe Wert entspricht Ergebnissen aus internationaler Forschung, die vergleichbar hohe Renditen für andere europäische Länder dokumentieren (z. B. England).

## Und die ArbeitnehmerInnen?

Nur was bedeutet eine Steigerung der Rendite um 16 Prozent? Der Fachbegriff lautet Bruttowertschöpfung (BWS). Diese betrug im Jahr 2010 im Durchschnitt 70.110 Euro. Die Steigerung durch betriebliche Weiterbildung beläuft sich auf sage und schreibe 11.217 Euro. Die durchschnittlichen Kosten für Weiterbildungen lagen hingegen bei gerade einmal 2.037 Euro pro TeilnehmerIn. Weiterbildung der MitarbeiterInnen ist also ein gutes Geschäft.

So weit, so gut für die Unternehmen. Aber was haben die ArbeitnehmerInnen davon? „Mehr Lohn bei betrieblicher Weiterbildung“, wie eine gleichnamige Studie aus dem Jahr 2009 herausgefunden hat. Beschäftigte in Unternehmen, die betriebliche Weiterbildung anbieten, verdienen demnach rund ein Prozent mehr als Beschäftigte in Betrieben ohne Weiterbildung. Bei den

## Weiterbildung bringt Beschäftigten ein Plus am Lohnzettel und Unternehmen mehr Gewinn.

Analysen, die mehrere Jahre mit eingeschlossen, wurde ein noch stärkerer Zusammenhang zwischen betrieblicher Weiterbildung und Lohnniveau gefunden. Sprich mehr betriebliche Weiterbildung führt zu besserer Qualifizierung, die sich auch in höheren Löhnen niederschlägt. Es gibt also auch ein Plus für die Beschäftigten am Lohnzettel, wenn auch dieses bei Weitem nicht so groß ist wie für die Unternehmen.

### KV + Betriebsrat = Bildung

Für die TeilnehmerInnen der BetriebsrätInnenakademie und ihre KollegInnen in den Betriebsratskörperschaften gibt es eine besonders gute Nachricht: Die neue AK-Studie belegt nämlich, dass in Unternehmen, die aufgrund von kollektivvertraglichen Bestimmungen in betriebliche Weiterbildung investierten – und ohne solche Bestimmungen diese Investitionen nicht getätigt hätten – eine noch höhere Rendite möglich ist. Diese Rendite kann 17 bis 37 Prozent betragen – im Vergleich zu Unternehmen, die keine derartigen Bestimmungen vorfinden und deshalb nicht in betriebliche Weiterbildung investierten. Zudem findet mehr betriebliche Weiterbildung statt, wenn es dazu Regelungen im Kollektivvertrag gibt. Insgesamt geben allerdings nur rund 15 Prozent aller Unternehmen im CVTS an, dass der für sie geltende Kollektivvertrag Bestimmungen zur betrieblichen Weiterbildung enthält.

In keinem Sektor haben mehr als 50 Prozent der Unternehmen angegeben, einen Kollektivvertrag mit Bestimmungen zur Weiterbildung zu besitzen – und

das obwohl kollektivvertragliche Regeln immer für die ganze Branche gelten. Hier scheint ein gewisses Informationsdefizit seitens der Unternehmen zu bestehen, was wiederum eine gute Möglichkeit für den Betriebsrat der jeweiligen Branchen ist, auf die Rechte der Belegschaft in Sachen Weiterbildung aufmerksam zu machen.

Waren im Jahr 2005 noch 81 Prozent der Unternehmen weiterbildungsaktiv, ist der Anteil im Jahr 2010 auf 87 Prozent gestiegen. Damit sind die österreichischen Unternehmen Spitzenreiter, gemeinsam mit den schwedischen. Studienautor Böheim sieht den Grund für den Anstieg in den sich rasch verändernden Anforderungen an die Fähigkeiten der Beschäftigten. Der Haken daran: Der Anteil der Beschäftigten, die an Kursen teilgenommen haben, beträgt im Durchschnitt nur 33 Prozent und ist somit deutlich geringer als in Schweden (47 Prozent).

### Nicht alle Unternehmen bilden weiter

Trotz der positiven Auswirkungen wird in Österreich also gerade mal jede/r dritte ArbeitnehmerIn von Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten weitergebildet. Gerade in Branchen mit einem besonders hohen Anteil von formal geringqualifizierten – wie etwa im Gastgewerbe oder dem Baubereich – ist die Weiterbildungsbereitschaft ganz besonders gering.

Warum bilden Betriebe nicht mehr Beschäftigte weiter? Von den rund 13 Prozent der Unternehmen, die 2010 keine betriebliche Weiterbildung ange-

boten haben, begründen dies 82 Prozent damit, die vorhandenen Fähigkeiten der Beschäftigten seien ausreichend. Weitere 45 Prozent der befragten Unternehmen betreiben darüber hinaus eine Hire-and-fire-Politik, wenn die Qualifikationen nicht reichen. Dies wirkt umso schwerer, als weitere 40 Prozent angeben, dass ihre Belegschaft zu ausgelastet für Weiterbildung sei.

Im Sinne einer inklusiven Bildungs- und einer präventiven Arbeitsmarktpolitik ist es besonders wichtig, Beschäftigte vor Ort in den Betrieben zu erreichen, noch bevor sie arbeitslos werden. Es braucht also neue Wege, und einer der wichtigsten Stellhebel könnte der Betriebsrat sein: um die Belegschaft über ihre Rechte (auch im Rahmen kollektivvertraglicher Regelungen) zu informieren, die Geschäftsführung in Bezug auf das Thema betriebliche Weiterbildung für die ganze Belegschaft zu sensibilisieren und beide Seiten bei der Organisation der Teilnahme an einem Bildungsangebot zu motivieren und gegebenenfalls zu unterstützen. Denn, wie aus allen Studien zum Thema hervorgeht: Betriebliche Weiterbildung ist eine Win-win-Situation, für die Unternehmen und für die Beschäftigten.

Internet:

Tipp: Böheim-Studie

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[petra.voelkerer@akwien.at](mailto:petra.voelkerer@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



Neues aus der SOZAK

# Bauer gegen König

*Wenn die ArbeitnehmerInnen aus Protest ihre Arbeit niederlegen, dann ist es fünf vor zwölf. Eine Untersuchung an einem praktischen Beispiel.*

Maja Nizamov  
Freie Journalistin

**D**ie kollektive Arbeitsniederlegung ist manchmal das einzige Mittel, um auf Verschlechterungen im Betrieb aufmerksam zu machen, seien es Gehaltskürzungen, ungünstige Änderungen des Dienstrechts, unzureichende Entlohnung, keine Lohnauszahlung oder gar Entlassungen. In der Vorweihnachtszeit des Jahres 2013 teilte die im niederösterreichischen Mödling ansässige Maschinenfabrik KBA-Mödling AG mit, dass sie an den österreichischen Standorten Stellen abbauen wolle – trotz laufend guter Umsätze des deutschen Mutterkonzerns. 460 MitarbeiterInnen – fast die Hälfte der gesamten Belegschaft – sollten den Umstrukturierungsmaßnahmen zum Opfer fallen. Um dies zu verhindern, fand der Betriebsrat mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, nur eine Möglichkeit, sich gegen eine ungerechtfertigte Entlassungswelle zu wehren – den Streik.

Dieses besonderen Falles nahmen sich fünf Teilnehmer des 64. Lehrgangs der Sozialakademie an: Werner Fina,

Walter Floth, Robert Hofmann, Mehmet Kabakci und Thomas Salway analysierten den Arbeitskampf und dokumentierten diesen im Report „Streik Matt. Bauer schlägt König!“, der vom Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes neben einem Pixie-Buch herausgegeben wurde. In dieser Broschüre fassen sie alle wichtigen Informationen zum Thema Streik zusammen. Zudem führten sie eine Umfrage unter der Belegschaft und der ArbeitnehmerInnenvertretung der KBA durch, um dokumentieren zu können, welche Auswirkungen der Streik mit sich brachte.

## Erster Streik im 12. Jh. v. Chr.

Der erste Streik unserer Zivilisation wurde im alten Ägypten dokumentiert, als 1159 v. Chr. der erste Aufstand der Arbeiter stattfand. Diese drängten dabei auf die Auszahlung ihres Lohns, der bereits seit über zwei Wochen fällig war.

Während es scheint, als wäre den Französisinnen und Franzosen das revolutionäre Verhalten bereits in die Wiege gelegt worden, ist Österreich nicht gerade als große Streiknation bekannt. Im

### BUCHTIPP

Heinz Krejci:  
**Recht auf Streik**  
Ein Paradigmenwechsel mit Folgen im Arbeitskampfrecht Österreichs  
Verlag Österreich, 470 Seiten, 1. Auflage 2015, € 129,00  
ISBN 978-3-7046-7004-5



**Bestellung:**  
[www.arbeit-recht-soziales.at](http://www.arbeit-recht-soziales.at)

Jahr 2014 zählte die Gewerkschaft 5.200 ArbeitnehmerInnen, die in einen Streik involviert waren, das sind gerade einmal 27 Sekunden Streikdauer pro ArbeitnehmerIn. Der größte Arbeitskampf der jüngsten Geschichte in Österreich ist jener der MetalllerInnen im Jahr 2011. Im Zuge der Herbstlohnrunde forderten 165.000 ArbeitnehmerInnen der Metall- und Bergbauindustrie eine Lohnerhöhung von 5,5 Prozent, die ArbeitgeberInnen waren jedoch nur zu Zugeständnissen bis zu 3,65 Prozent bereit. Nach einem Streik einigten sich beide Seiten auf eine Erhöhung um 4,2 Prozent.

ArbeitnehmerInnen haben ein verfassungsmäßig gewährleistetes Recht auf Streik, wie es sich aus Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention ableiten lässt: „Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen, einschließlich des Rechts, zum Schutze ihrer Interessen Gewerkschaften zu bilden und diesen beizutreten.“ Somit ist das Streikrecht durch die Europäische Menschenrechtskonvention in der österreichischen Verfassung quasi „verankert“. Niemand, der an einem solchen Arbeitskampf teilnimmt, darf benachteiligt werden.

### Reaktion der Arbeitgeber

Streikdrohungen bzw. Streiks werden jedoch vor allem von der Seite der ArbeitgeberInnen oft infrage gestellt, sie fürchten finanzielle Einbußen und schlechte Publicity. Im Falle des oben beschriebenen KDA-Arbeitskampfes drohte die Geschäftsleitung mit einem Schreiben auf der Startseite im Intranet, dass sie sich „aus rechtlichen Gründen“ zu weitreichenden persönlichen Konsequenzen für die „Noch-Belegschaft“ gezwungen sehen würde: die Aussetzung des Lohnes für die Dauer des Streiks, Entlassungen und Privathaftung. „Jeder Streik wird eine Reaktion der ArbeitgeberInnenseite verursachen. Dies sollte man sich jederzeit vor Augen halten!“, sagen die Autoren der Broschüre. „Umso wichtiger ist ein korrektes Verhalten während der Streiksituation.“ Kündigungen oder Entlassungen aufgrund einer Teilnahme an einem Streik sind jedoch eindeutig rechtswidrig. ArbeitnehmerInnen haften auch nicht für Schadenersatzforderungen wegen Produktionsausfällen, wie sie in diesem Fall die KDA gestellt hätte.

### Fair Play

Um möglichst genau, organisiert und korrekt während eines Streiks vorzugehen, haben die Autoren eine Checkliste erstellt, an der sich BelegschaftsvertreterInnen orientieren können. Ist ein Arbeitskampf unvermeidbar und wird ein Streik beschlossen, ist es in erster Linie wichtig, ein Streikkomitee zu bilden und sich mit der zuständigen Gewerkschaft

in Verbindung zu setzen, um die weitere Vorgehensweise zu klären. Im Sinne der Fairness müssen die Geschäftsleitung und die nächste Polizeidienststelle informiert werden.

Die Streikverantwortlichen müssen zunächst unbedingt ein Streikprotokoll führen und genaue Listen über die Anzahl der Streikenden sowie eine Timeline erstellen und besondere Vorkommnisse protokollieren. Auch Leiharbeitskräfte müssen informiert werden, denn es ist gemäß des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes unzulässig, diese während eines Streiks zu beschäftigen. Für den Streiktag selbst muss einiges vorbereitet werden, angefangen von Präsentationen bis hin zu Referaten und Diskussionsrunden. Streiken bedeutet nicht, dass man zu Hause bleibt, es besteht nämlich Anwesenheitspflicht im Betrieb, Abwesenheiten wie ArbeitnehmerInnen im Krankenstand oder Urlaub müssen den Streikverantwortlichen gemeldet werden. Obwohl der Grund für einen Streik und der Arbeitskampf selbst eine höchst emotionale Sache für die Betroffenen sind, ist die Anwendung von Gewalt oder Beleidigungen gegenüber Führungskräften, der Geschäftsleitung, aber auch KollegInnen – gleich ob sie den Streik unterstützen oder auch nicht – keinesfalls empfehlenswert. Findet der Streik in einem Krankenhaus oder im Pflegedienst statt, muss ein Notdienst aufrechterhalten werden.

### Gelebte Solidarität

Ein Streik kann jedoch noch so hervorragend organisiert sein – er lebt vor allem von der Solidarität der Belegschaft. Denn nur ein fester und möglichst lückenloser Zusammenhalt kann Druck auf den/die ArbeitgeberIn ausüben. Man muss sich jedoch vor Augen führen, dass auch die Solidarität an ihre Grenzen stoßen kann. Oft sind MitarbeiterInnen jahrelang im Unternehmen beschäftigt und emotional mit dem Betrieb verbunden, es fällt dann sehr schwer, diesen Schritt zu setzen. Bei der KBA war der Zusammenhalt sehr groß. Ob der Streik ein Erfolg war, darüber teilen sich jedoch die Meinungen. Für viele war das Ziel des Streiks, den Abbau der Arbeitsplätze völlig abzuwenden. Nach Ende des Arbeitskampfes ei-

### INFO & NEWS

Die TeilnehmerInnen der Sozialakademie der Arbeiterkammer (SOZAK) arbeiten im Zuge des Lehrgangs jedes Jahr in Kleingruppen an von den Gewerkschaften beauftragten Projektarbeiten zu unterschiedlichen gewerkschaftspolitisch relevanten Themen. BetriebsrätInnen, GewerkschaftssekretärInnen sowie Interessierte können diese Projektarbeiten unter [www.ichwardabei.at](http://www.ichwardabei.at) downloaden oder im ÖGB-Verlag bestellen (Michael Musser, +43 1 662 32 96-39732, [michael.musser@oegbverlag.at](mailto:michael.musser@oegbverlag.at)). In unserer neuen Serie stellen wir ausgewählte Projektarbeiten vor.

nigte man sich auf 385 Stellen, die innerhalb von fünf Jahren abgebaut werden sollten. Aufgrund vieler Personalwechsel im Vorstand und der Geschäftsführung wurde das Ergebnis des Streiks von ArbeitgeberInnenseite nicht akzeptiert. Bis heute wurden 400 Beschäftigte abgebaut, die betroffenen ArbeitnehmerInnen wurden durch einen großzügigen Sozialplan und Umschulungen aufgefangen. Das ist nicht der Erfolg, den sich die Streikenden erhofft haben. Jedoch hätte es ohne Streik, ohne die Solidarität der Belegschaft und den dadurch entstandenen Druck keinen Sozialplan und keine Umschulungsmöglichkeiten gegeben. Die betroffenen MitarbeiterInnen wären mit einer sofortigen Kündigung konfrontiert gewesen, ohne ein Sicherheitsnetz, das sie aufgefangen hätte. Insofern konnte die Solidarität der Belegschaft zumindest einen kleinen Erfolg verbuchen.

Nachlese:

Arbeit&Wirtschaft 02/2015:  
„Streik: Ja, dürfen die das denn?“

Blogtipp:  
„Lohndrückerei und Arbeitskampf“:  
[blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)  
Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[maja.nizamov@gmx.net](mailto:maja.nizamov@gmx.net)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

## blog.arbeit-wirtschaft.at

Der A&W-Blog ergänzt die Printausgabe als digitales Debattenforum. Frisch gebloggt gibt einen Einblick, was in letzter Zeit online los war. In voller Länge finden Sie diese sowie jede Menge anderer aktueller Debattenbeiträge zum Nachlesen auf [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at).

### WEBTIPPS DER WOCHE

Wir legen euch diese drei Beiträge besonders ans Herz:

- » Wien: Eine reiche Stadt wächst (Markus Marterbauer)
- » VW-Skandal zeigt die Macht der Lobby-Konzerne (Alice Wagner)
- » Faire Verteilung von Arbeitszeit (Wolfgang Katzian)

### WIEN: EINE REICHE STADT WÄCHST

Das Gerede von der Überschuldung der Stadt Wien entbehrt jeder Grundlage. Denn die Pro-Kopf-Verschuldung der Hauptstadt liegt deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt und ist viel niedriger als jene des Spitzenreiters Niederösterreich. Zudem stehen ihr hohes privates und öffentliches Vermögen gegenüber. Das Problem ist also nicht die Verschuldung, sondern es sind die ökonomisch unsinnigen Fiskalregeln, die die Stadt daran hindern, in den Ausbau der Infrastruktur zu investieren.

Gerade weil Wien eine rasch wachsende Stadt ist – zuletzt kamen rund 25.000 EinwohnerInnen pro Jahr dazu – wäre das dringend notwendig. Denn damit steigt der Bedarf an öffentlicher Verkehrsinfrastruktur, sozialem Wohnbau sowie Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Dieser kann nur durch öffentliche Investitionen gedeckt werden.

Doch die EU-Fiskalregeln und der innerösterreichische Stabilitätspakt hindern die Stadt daran. Nicht einmal die bei ei-

ner so rasch wachsenden Bevölkerung unverzichtbaren Investitionen in die kommunale Infrastruktur werden vom Nulldefizitwahn verschont. Wenn nicht nur die Bevölkerung, sondern auch der Wohlstand in der Stadt wächst und alle davon profitieren sollen, müssen diese unsinnigen Regeln geändert werden.

Lesen Sie mehr: [tinyurl.com/pylvx65](http://tinyurl.com/pylvx65)

### VW-SKANDAL ZEIGT DIE MACHT DER LOBBY-KONZERNE

Der VW-Skandal um die Manipulation von Abgaswerte-Messungen macht einmal mehr die problematische Dominanz des Lobbyings großer Konzerne in Brüssel deutlich. Laut Angaben des VW-Konzerns arbeiten 43 Lobbyisten in EU-Angelegenheiten für das Unternehmen und er gibt jährlich 3,3 Millionen Euro für Lobbying aus. Insgesamt schätzt man die Lobbyingausgaben der Autokonzerne und ihrer Verbände in Brüssel insgesamt auf mehr als 18 Milliarden Euro.

Das zeigt natürlich Wirkung. Die Autoindustrie hat es durch ihr vehementes Lobbying geschafft, strengere Abgaswerte und strengere Kontrollsysteme seit den 1990er-Jahren zu verhindern. Um ihre Forderungen durchzubringen, sitzen Experten der Autoindustrie z. B. in Expertengruppen, die die Europäische Kommission beraten.

Volkswagen etwa sitzt, trotz Skandal, nach wie vor in fünf Expertengruppen, die die Kommission derzeit beraten. Diese Gruppen sind nicht gerecht besetzt. In Schlüsselgeneraldirektionen kamen ArbeitnehmervertreterInnen auf minimale ein Prozent. Es liegt auf der Hand, dass das derzeitige System grundsätzlich überarbeitet gehört.

Lesen Sie mehr: [tinyurl.com/nr78z8u](http://tinyurl.com/nr78z8u)

### FAIRE VERTEILUNG VON ARBEITSZEIT

Quer über alle Branchen haben sich die VertreterInnen von Industrie und Wirtschaft ein Patentrezept zurechtgelegt, das lautet: Länger arbeiten, mehr Überstunden machen, später in Pension gehen, noch flexibler werden. Die Konsequenz ist eine absurde Situation. Immer mehr Menschen arbeiten an ihrem absoluten persönlichen Limit und darüber hinaus. Mit immer weniger Personal soll ein immer größeres Arbeitsvolumen bewältigt werden.

Mehr als 270 Millionen Überstunden wurden allein im Vorjahr in Österreich geleistet. Jede fünfte Überstunde bleibt unbezahlt. Diesem Überstundenwuchs stehen aktuell fast 320.000 Menschen gegenüber, die gar keine Arbeit haben. Dabei ist Zeit eine der wichtigsten Ressourcen, die wir Menschen zur Verfügung haben. Neben der Bezahlung sind es daher Fragen der Arbeitszeitgestaltung, die uns im gewerkschaftlichen Alltag am intensivsten beschäftigen. Wir brauchen neue und faire Arbeitszeitmodelle, die den ArbeitnehmerInnen mehr Zeit zum Leben lassen: Zeit für Familienleben, Regeneration, Freizeit oder Teilhabe am politischen und kulturellen Leben. Vorbehalte gegenüber Arbeitszeitverkürzung kann man durchaus als „retro“ bezeichnen.

Lesen Sie mehr: [tinyurl.com/pp883yj](http://tinyurl.com/pp883yj)

---

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren: [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)

Sie finden uns auch auf Facebook: [facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://facebook.com/arbeit.wirtschaft)



# Nicht zuletzt

## Die Patientin Schule heilen!

**S**tellen wir uns der Einfachheit halber vor, die österreichische Schule sei eine Patientin und liege im Spital. Der Befund ist eindeutig, das österreichische Bildungswesen leidet hochgradig an zwei Krankheiten: Chancengerechtigkeit und Bildungsarmut: Ein erklecklicher Teil der Jugendlichen hat mit Ende der Pflichtschule nicht einmal die grundlegenden Grundkompetenzen in Lesen und Rechnen erlangt.

### Niemand so richtig zuständig

Schon bevor die Patientin Schule ins Krankenhaus kam, waren etliche Anzeichen der Erkrankungen sichtbar. Diese Symptome wurden dem Krankenhaus aber nicht mitgeteilt und mehrere behandelnde praktische ÄrztInnen haben auf den teilweise bereits bedenklichen Zustand ungeordnet – nach Bundesländerlaune – reagiert. Im Krankenhaus sind irgendwie alle und niemand so richtig für die Patientin zuständig.

Der Primararzt – namens Bundesministerium – weiß wenig darüber, was im Krankenzimmer wirklich los ist. Welche Behandlungen und Medikamente die Patientin bekommt, weiß er nur oberflächlich. Somit meint er zwar festzulegen, welche Behandlungsschritte zu tun sind, kann sich aber nie sicher sein, ob sein Einsatz – vor allem der finanzielle – überhaupt in die gewünschte Richtung geht.

Die ÄrztInnen – die Bundesländer – tragen unter sich einen großen Machtkampf aus. Die meisten sind vor allem am eigenen Image orientiert und weniger am Wohlergehen der Patientin. Wer von ihnen welche Heilmethode anwendet, soll möglichst geheim bleiben. Sie treffen immer wieder auf eine Patientin in höchst unterschiedlichen Zuständen, was mehr Behandlung und mehr Medikamente in manchen Situationen erfordern würde. Gibt's nicht, weil weder Solidarität noch die Heilung der Patientin gemeinsames Anliegen ist.

### Kampf gegen das System

Zwei Krankenschwestern – im anderen System nennen sie sich LehrerInnen –, die sich abwechseln, wissen um den tagtäglichen Zustand der Patientin bestens Bescheid. Die eine ist älter und wird weder ermuntert noch angehalten, sich um bessere und neuere Pflege zu kümmern. Sie macht alles so, wie es immer war, und erwartet sich keine Besserung des Zustands mehr. Die zweite, jüngere, ist sehr bemüht, aber sie kämpft sich allein durchs System – für jedes neue Hilfsmittel muss sie harte bürokratische Hürden überwinden.

Zusätzlich wird die Patientin täglich mittags nach Hause entlassen. Meist ist leider gerade dann, wenn der Zustand der Patientin schlecht ist, niemand Unterstützender da. Dies verschlimmert

die Hauptkrankheit – Chancengerechtigkeit – naturgemäß regelmäßig.

### Behandlungsplan

Wie kann die Patientin denn nun geheilt werden? Der Primararzt muss endlich die Oberhoheit über das Geschehen erlangen. Die behandelnden ÄrztInnen müssen sich am Zustand der Patientin orientieren. Ihre eigentümliche Eigenbrötlerei ist scharf zu beschneiden. Ganz wichtig ist die Stärkung der Krankenschwestern.

Übersetzt bedeutet das: Die Frühförderung im Kindergarten muss einen qualitativen Sprung machen – über ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr und Standards bei der Frühförderung. Auf die Transparenz der Verwendung der Mittel muss ein deutlich gezielter Einsatz folgen. Die Gelder und LehrerInnen müssen dorthin, wo die größten Probleme sind. Jene Schulen, die viele sozial benachteiligte SchülerInnen betreuen, brauchen sozial ausgleichende Unterstützung. Der Ausbau von Ganztagesbetreuung in der Schule muss in höchster Qualität erfolgen. Und: Kein Schulabschluss mehr ohne Erreichung der Grundkompetenzen.

Denn bei den Diskussionen um Bildungsreform bleibt allzu oft auf der Strecke, worum es hier eigentlich geht: um die Kinder und Jugendlichen! Um ihre Bedürfnisse, ihre Fähigkeiten und ihre Freude am Lernen.

**Becker, Gary Stanley:** US-amerikanischer Ökonom (1930 – 2014), er erhielt 1992 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften „für seine Ausdehnung der mikroökonomischen Theorie auf einen weiten Bereich menschlichen Verhaltens und menschlicher Zusammenarbeit“. Becker war einer der ersten, der sich auch mit Themen wie (Rassen-) Diskriminierung, Kriminalität oder Drogenabhängigkeit aus Sicht der Ökonomie beschäftigte. (Seite 36)

**BIFIE:** 2008 ausgegliedertes Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens; Hauptstandorte sind Wien und Salzburg. Zu den Kernaufgaben zählen unter anderem die Vermittlung zwischen Schulverwaltung, Forschung und schulischer Praxis sowie die Umsetzung zentraler Projekte des Ministeriums und somit derzeit noch die Erstellung und Durchführung der Zentralmatura. Denn die dafür zuständige Abteilung des BIFIE wird ins Bildungsministerium übersiedeln. Außerdem soll es ab 2017 kein Doppel-Direktorium mehr geben. (Seite 31)

**Bilingual Schools:** Schulen mit fremdsprachigem Unterricht in verschiedenen Fächern wie etwa Biologie, Geografie, Geschichte oder Musik. (Seite 29)

**Bismarck, Otto von:** deutscher Politiker und Fürst (1815 – 1898), 1862 – 1890 Ministerpräsident von Preußen, 1867 – 1890 Bundes- bzw. Reichskanzler. Der aus altem Adelsgeschlecht stammende Jurist wurde von König Wilhelm I. unterstützt, aber besonders anfangs sogar von vielen Konservativen als zu reaktionär abgelehnt. Ein wichtiges Leitprinzip für Bismarck war, die Macht und Privilegien des landbesitzenden Adels zu erhalten. Um die Stellung Deutschlands (und seine eigene) nicht zu gefährden, traf er unter anderem in der Außenpolitik während seiner Amtszeit immer wieder auch sehr pragmatische Entscheidungen. Als epochal gilt die Einführung der Sozialversicherung während seiner Amtszeit. (Seite 32)

**Déjà-vu-Erlebnis** (französisch; sprich: descha wü): schon gesehen; Erinnerungstäuschung, bei der man den Eindruck hat, eine Situation schon einmal erlebt zu haben. (Seite 28)

**Delinquenz:** Straffälligkeit (Seite 10)

**Empowerment:** Ermächtigung; Strategien und Maßnahmen, die Autonomie und Selbstbestimmung im Leben von Menschen oder Gemeinschaften ermöglichen bzw. verbessern sollen. (Seite 38)

**Entwicklungsrat für die PädagogInnenbildung NEU:** Gremium mit je zwei Mitgliedern aus dem Bildungs- und dem Wissenschaftsministerium, das auf Basis der Empfehlungen der Vorbereitungsgruppe die Reformen zur Ausbildung von Österreichs PädagogInnen erarbeitet hat. (Seite 8)

**Europäische BürgerInnen-Initiative:** Wenn innerhalb von zwölf Monaten in einem Viertel aller EU-Staaten eine Million Unterstützungsbekundungen

zu einem bestimmten Anliegen gesammelt werden, dann muss sich die Europäische Kommission mit diesem Thema befassen. Sie ist allerdings nicht verpflichtet, dann tatsächlich eine entsprechende Gesetzesinitiative einzuleiten. Seit der Einführung dieses Instruments der politischen Teilhabe 2012 gab es zahlreiche BürgerInnen-Initiativen, die gescheitert sind oder abgebrochen wurden. (Seite 7)

**Heterogenität:** Vielfalt, Verschiedenartigkeit (Seite 39)

**Juncker-Investitionsplan:** 2014 präsentierte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor dem Europaparlament den Investitionsplan für Europa, mit dem eine Million Jobs entstehen sollen und das Wachstum bis 2017 um bis zu ein Prozent zusätzlich gepusht werden soll. Kosten: Rund 315 Milliarden Euro, hauptsächlich für wesentliche Infrastrukturprojekte in den Bereichen Digitales, Energie und Verkehr. (Seite 6)

**Maria Theresia:** österreichische Regentin (1717 – 1780), Tochter von Karl VI., der durch die Pragmatische Sanktion Thronfolgerinnen ermöglichte; ab 1740 Erzherzogin von Österreich und Königin von Böhmen und Ungarn. Allerdings musste sie ihr Recht erst mit Waffengewalt durchsetzen. Ihr Ehemann Franz Stephan von Lothringen wurde 1745 zum Kaiser gekrönt. Maria Theresia regelte den Schulbetrieb durch Einführung der generellen Unterrichtspflicht. Die ab 1750 hauptsächlich unter der Leitung von Gerard van Swieten durchgeführte Theresianische Schulreform verfolgte in erster Linie den Zweck, Beamte für den Verwaltungsapparat des Staates auszubilden. Dafür sollte das Unterrichtswesen aus der Kontrolle kirchlicher Institutionen in die Oberhoheit des Staates überführt werden. Auf dem Land wurden einklassige Volksschulen für die Sechs- bis Zwölfjährigen eingerichtet. Allerdings blieb die Zahl der Analphabeten noch lange relativ hoch. Auch das höhere Schulwesen wurde reformiert und die Hochschulen gingen in den staatlichen Verantwortungsbereich über. Zusätzlich wurden weitere spezielle Schulen und Akademien für bestimmte Berufszweige gegründet. Maria Theresias Sohn und Nachfolger Joseph II., seit 1765 Mitregent, führte auch nach ihrem Tod weitere wichtige Reformen durch. (Seite 32)

**Monitoringausschuss:** Unabhängiger Ausschuss, der die Einhaltung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen durch die öffentliche Verwaltung für den Bereich der Bundeskompetenz überwacht. Der Ausschuss kann im Einzelfall Stellungnahmen von Organen der Verwaltung einholen, gibt Empfehlungen und Stellungnahmen in Zusammenhang mit Angelegenheiten der UN-Konvention ab und berichtet dem Bundesbehindertenbeirat regelmäßig über seine Beratungen. (Seite 22)

**Nationaler Bildungsbericht:** erscheint seit 2009 im Drei-Jahres-Rhythmus in enger Kooperation zwi-

schen dem BIFIE und WissenschaftlerInnen an österreichischen Forschungsinstituten. Im Nationalen Bildungsbericht werden Daten und wissenschaftliche Erkenntnisse über das Bildungswesen aufbereitet, die dann für Politik und Verwaltung als Steuerungswissen dienen sollen. Der Nationale Bildungsbericht 2015 erscheint Anfang 2016. (Seite 9)

**Plagiat:** Diebstahl geistigen Eigentums; durch unrechtmäßiges Nachahmen entstandenes künstlerisches oder wissenschaftliches Werk. (Seite 30)

**Sekundarstufe:** Die Sekundarstufe I umfasst die Schulstufen 5 bis 8, die Sekundarstufe II umfasst alle Bildungseinrichtungen ab der 9. Schulstufe bis zur Reifeprüfung. (Seite 29)

**Wilhelm II.:** deutscher Regent (1859 – 1941), von 1888 bis 1918 letzter deutscher Kaiser. Wegen der Reformpläne von Wilhelm (Verbot von Sonntagsarbeit, von Nacharbeit für Frauen und Kinder etc.), der als „König der Armen“ die Schwächung der Sozialisten erreichen wollte, kam es rasch zu Konflikten mit Bismarck. Der Kaiser, der zu spät die für eine konstitutionelle Monarchie nötigen Reformen akzeptieren wollte, floh Ende 1918 in die Niederlande, wo er den Rest seines Lebens verbrachte. (Seite 32)

**WorldSkills:** 1950 ausgehend von Spanien entstandener internationaler Berufswettbewerb, der alle zwei Jahre ausgetragen wird, zuletzt 2015 in São Paulo, Brasilien. Jugendliche (bis zum Alter von 22) aus aller Welt können dort ihr fachliches Können in ca. 45 Wettbewerbsdisziplinen unter Beweis stellen. Träger der Berufsweltmeisterschaften ist die gemeinnützige internationale Organisation WorldSkills International mit Sitz des Generalsekretariates in den Niederlanden. Für die Teilnahme des österreichischen Teams an den WorldSkills und an EuroSkills ist Skills Austria als nationales Sekretariat innerhalb der Wirtschaftskammer verantwortlich. (Seite 26)

**Zukunftskommission für das Österreichische Schulwesen:** 2003 vom Bildungsministerium eingerichtete Kommission aus fünf ExpertInnen, die ein innovatives Schul-Reformprogramm sowie entsprechende konkrete Umsetzungsmaßnahmen ausarbeitete. Der Abschlussbericht wurde Ministerin Gehringer im April 2005 überreicht. Einige der Empfehlungen wurden umgesetzt, so etwa die Einführung von Bildungsstandards inklusive Zentralmatura. (Seite 8)

**Chicago School of Economics (Chicagoer Schule):** Im Laufe des 20. Jahrhunderts erhielten auffallend viele Ökonomen, die an der Universität Chicago lehrten (Friedrich von Hayek, Milton Friedman, Gary Becker etc.) den Nobelpreis. Ihre Lehren sind gekennzeichnet durch die neoklassische Preistheorie und den strikten Glauben an den freien Markt. Der Beginn der frühen Chicagoer Schule wird im Jahr 1892 angesetzt, jüngster Vertreter ist der 1939 geborene Jurist Richard Posner, der sich vor allem mit der ökonomischen Analyse des Rechts befasst. (Seite 36)



## Fremdenrecht

Asyl – Ausländerbeschäftigung – Einbürgerung  
– Einwanderung – Verwaltungsverfahren

**Thomas Neugschwendtner, Johannes Peyrl, Christian Schmaus**

Reihe: Ratgeber

5. aktualisierte Auflage / November 2015 / inkl. e-book inside!

504 Seiten / EUR 29,90

ISBN 978-3-99046-057-3

Das „Fremdenrecht“ gehört wohl zu den umstrittensten Rechtsmaterien in Österreich. Kaum ein anderer Rechtsbereich wurde in den letzten Jahren so oft überarbeitet, so oft vom Verfassungsgerichtshof zurechtgestutzt und so oft von der Zivilgesellschaft kritisiert und bekämpft.

Das Buch bietet eine verständliche und fundierte Darstellung der Rechtslage für Migranten/innen und Flüchtlinge in Österreich. Erklärt werden sämtliche fremdenrechtliche Themenbereiche – von der Einreise nach Österreich bis zur Einbürgerung. Informationen über politische Zusammenhänge und europäische Entwicklungen helfen, zusammen mit Beispielen aus der Praxis, sich einen Überblick über die komplexe Materie zu verschaffen. Der Aufbau der Kapitel bietet eine inhaltlich stringente Anordnung und Zusammenfassung der im Gesetzestext verstreuten Bestimmungen.

## BESTELLUNG

IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS  
www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at  
F +43 1 405 49 98-136 / T +43 1 405 49 98-132  
oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags  
1010 Wien, Rathausstraße 21

Anzahl der Exemplare

Name

Vorname

Firma/Institution

Telefon

E-Mail

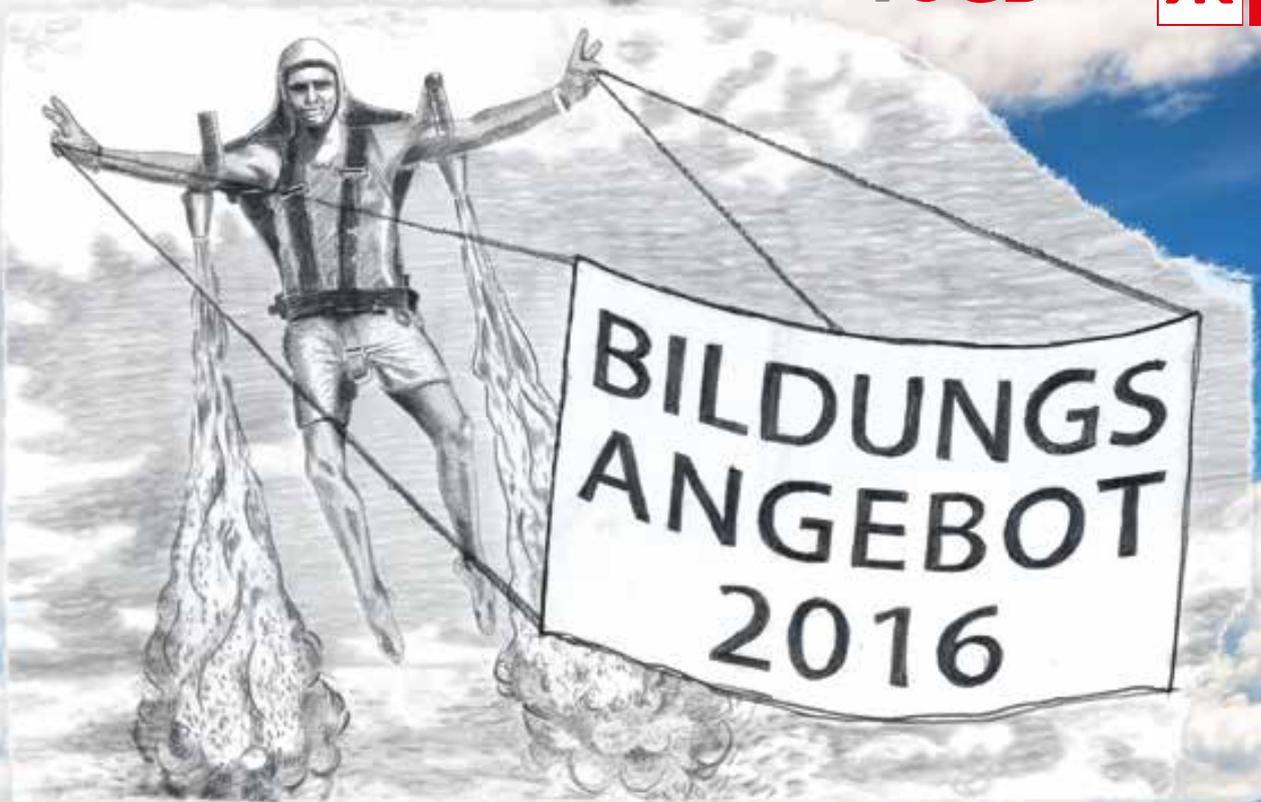
Anschrift

PLZ

Ort

Datum, Unterschrift





[www.voegb.at](http://www.voegb.at)

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

AW

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

Besten Dank